

# die internationale

MAGAZIN DER INTERNATIONALEN SOZIALISTISCHEN ORGANISATION



Toufik-de-Planoise (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Manifestation\_-\_Besancon\_C3%A7on\_p%C3%A9forme\_des\_retraites\_-\_19-01-2023\_-\_Toufik-de-Planoise.jpg), https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en

## GEWERKSCHAFTEN IN EUROPA HEUTE

## INHALT

### *Energie*

**Energiekrise in Europa und die Lage in Frankreich, Ökologiekommission der NPA**..... 3

**Marokkanische Energiewirtschaft, Jawad Moustakbal**..... 9

### *Gewerkschaften*

#### **Gewerkschaften in Europa heute**

**Belgien – Folgen der Desintegration, Paul Van Pelt**..... 12

**Streikwelle in Großbritannien weitet sich aus, Terry Conway**..... 15

**Gewerkschaften in Frankreich, Léon Crémieux**..... 20

**Ein Schatten ihrer selbst, Franco Turigliatto**..... 24

**Systemkonforme Gewerkschaften?, Ernest Mandel**..... 28

### *Ökonomie*

**Ein Krieg mit anderen Mitteln, Claude Serfati**..... 37

### *Faschismus*

**Einheitsfront gegen Faschismus?, W. A.**..... 47

### *Peru*

**Unterstützen wir den Volksaufstand in Peru!, Israel Dutra**..... 53

### *Iran*

**Der Aufstand hat eine revolutionäre Dynamik entwickelt, Peyman Jafari**..... 55

**Frau, Leben, Freiheit, Internationaler Aufruf**..... 58

**Islamische Republik Iran: kapitalistisch-theokratisch-patriarchalisch, Babak Kia**..... 60

### *Konferenz in Rom*

**Zur Erinnerung an Livio Maitan, Diego Giachetti**..... 62

## IMPRESSUM

*die internationale* wird herausgegeben von der Internationalen Sozialistischen Organisation (ISO, Deutschland), in Zusammenarbeit mit Genoss\*innen der Sozialistischen Alternative (SOAL, Österreich) und der Bewegung für den Sozialismus (BFS/MPS, Schweiz).

*die internationale* erscheint zweimonatlich. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben den Standpunkt und die Meinung der Autor\*innen wieder.

Redaktion:  
Wilfried Dubois, Jochen Herzog,  
Björn Mertens, Paul Michel, Heinrich  
Neuhaus, Jakob Schäfer, Michael Weis  
(V.i.S.d.P.)

#### Abonnements:

- Einzelpreis: EUR 5,-  
CHF 6,-
- Jahresabo: EUR 25,-
- Doppelabo (je 2 Hefte): EUR 35,-
- Solidarabo: ab EUR 40,-
- Sozialabo: EUR 15,-
- Probeabo (3 Hefte): EUR 10,-
- Auslandsabo: EUR 40,-

[www.intersoz.org](http://www.intersoz.org)

Verlag, Verwaltung & Vertrieb:  
*die internationale*  
c/o ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln  
Vertrieb:  
[internationale-vertrieb@intersoz.org](mailto:internationale-vertrieb@intersoz.org)

Gestaltungskonzept: Tom Bogen

#### Kontaktadressen:

- Deutschland:  
ISO,  
[iso@intersoz.org](mailto:iso@intersoz.org),  
<https://intersoz.org/>
- Österreich:  
SOAL, Sozialistische Alternative,  
[office@soal.at](mailto:office@soal.at),  
<https://soal.at/>

- Schweiz:  
BFS/MPS, [info@bfs-zh.ch](mailto:info@bfs-zh.ch),  
<https://sozialismus.ch/>

# ENERGIEKRISE IN EUROPA UND DIE LAGE IN FRANKREICH

Der folgende Artikel beleuchtet einerseits die spezifische Situation auf dem französischen Energiesektor, verschafft aber darüber hinaus einen Überblick über die Mechanismen, die auf dem europäischen Markt wirksam sind und die Preise für die Verbraucher und ebenso die Profite für die Konzerne explodieren lassen.

## Ökologiekommission der NPA

Wie überall auf der Welt steigen auch in Europa die Energiepreise in die Höhe und die Engpässe werden immer größer. Im Januar 2021 lagen die Strompreise auf den Großhandelsmärkten bei rund 47 €/MWh. Im September 2021 erreichten sie mit über 100 €/MWh einen damals historischen Höchststand. Im August 2022 lagen sie bei fast 750 €/MWh. Heute bewegen sie sich um die 200 €/MWh. Es ist davon auszugehen, dass die Preise in Europa zumindest bis zum Ende des Winters weiterhin hoch bleiben werden. Die Auswirkungen sind vielfältig: explodierende Gewinne der großen Energiekonzerne, Schwächung der „unabhängigen“ Energieversorger, die die Preiserhöhungen an ihre Kunden weitergeben etc. Aber auch Mehrkosten für Gebietskörperschaften und Unternehmen und massive Probleme für die Privathaushalte, insbesondere für die ärmsten – trotz der von einigen Regierungen eingeführten flankierenden Maßnahmen.

## Konjunkturelle, aber v. a. strukturelle Ursachen

Nach der Corona-Pandemie kam es zu einem Anstieg der Nachfrage, während das Angebot aus verschiedenen Gründen stockte, was die Spekulation auf den Märkten anheizte. Neben dem Krieg in der Ukraine, der meist als alleiniger Grund für den Preisanstieg angeführt wird, sind auch Spekulationen mit fossilen Brennstoffen und die Kohlenstoffpreise für die Emissionen von CO<sub>2</sub> für den

Anstieg verantwortlich. In Frankreich kommen noch weitere spezifische Ursachen hinzu: die geringere Verfügbarkeit der Kernkraft (45 % seiner Gesamtleistung im letzten Halbjahr 2022) aufgrund der alternden Reaktoren und die Wasserknappheit in den Staudämmen aufgrund der Dürre etc. Doch die Konjunktur ist nicht die einzige Erklärung für den unkontrollierten Anstieg der Energie- und insbesondere der Strompreise.

Hauptverantwortlich ist der ECT (Energiecharta-Vertrag), der 1994 ratifiziert wurde, um die Versorgung Westeuropas mit fossilen Brennstoffen zu sichern und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Staaten im Energiebereich zu fördern. Die Energiecharta ist ein rechtlicher Schutzschild für die „Investoren“ im Energiesektor. Auf dieser Grundlage können sie Staaten verklagen, die eine Klimapolitik zulasten ihrer Geschäftstätigkeit verfolgen. Dadurch können Energiekonzerne von Regierungen „Entschädigungen“ in Milliardenhöhe fordern. Außer dass die Charta zulasten der Klimapolitik geht, ist sie ein Dukatenesel für die Kapitalisten: 85 Milliarden US-Dollar an Zahlungen zu Lasten der [Vertrags-]Staaten im Jahr 2021 für Fälle, die bis dahin entschieden oder noch anhängig waren.

## Der Energiemarkt als Dukatenesel

Die Hauptursache des Problems ist jedoch die Öffnung der europäischen Strommärkte für den Wettbewerb. Die von der OECD vorangetriebene Deregulierung erforderte zunächst die Beseitigung jeglicher Residuen der öffentlichen Daseinsvorsorge, was in Frankreich zu der organisierten Zerschlagung des staatlichen Strommonopols (EDF) führte. Die Verstaatlichung des Sektors durch de Gaulle 1946 im Rahmen einer Regierung der Nationalen Union mit kommunistischen Ministern zielte darauf ab, die kapitalistische Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg wieder aufzubauen. Im Jahr 1996 formalisierte eine EU-Richtlinie die wirtschaftsliberale Politik des „freien und unverfälschten“ Wettbewerbs in der EU und besiegelte das Ende des EDF-Monopols. Andere private Anbieter konnten nun Strom an Privat- und Geschäftskunden verkaufen, ohne selbst Erzeuger zu sein und stattdessen als Handelsvermittler zwischen Erzeugern und Verbrauchern fungieren. In der Vergangenheit verkaufte der angestammte Betreiber EDF seinen Strom direkt an die Verbraucher zu einem Preis, der die Produktionskosten widerspiegelte. Nun verkauft EDF seinen Strom mit Verlust an Versorger, die ihn wiederum an die Verbraucher weiterverkaufen und sich dabei selbst bereichern.

Das Beispiel EDF ist besonders aufschlussreich für diesen Taschenspielertrick, der darauf abzielt, den Energiemarkt der kapitalistischen Profitlogik wieder zu unterwerfen. Möglich machen dies zwei quasi-mafiöse Konstrukte:

■ Der Regulierte Zugang zu historischer Kernenergie (ARENH), bei dem EDF seinen Konkurrenten eine Quote von 25 % seiner Kernenergieproduktion zu einem Preis von 42 €/MWh abtreten muss, also unterhalb der Gesteinskosten. Als die Preise auf dem Strommarkt niedrig waren, stellte diese Regelung kein großes Problem dar, was nun aber nicht mehr der Fall ist.

■ Die festgeschriebenen Stromtarife (Tarifs Réglementés de Vente de l'Electricité, TRVE), eine Berechnungsmethode, die dem EDF seine Verkaufspreise aufzwingt, während die anderen Anbieter die Kontrolle über ihre eigenen behalten; bei einem Preis pro MWh, die für 42 € gekauft und für 200 € und mehr weiterverkauft wird, sieht man den Profit, den private Anbieter daraus ziehen ... und die Verluste, die EDF erleidet.

Seit 2010 geht das NOME-Gesetz (Neue Organisation des Strommarktes, Nouvelle organisation du marché de l'électricité, NOME) noch einen Schritt weiter: Bei der Berechnung der EDF-Verkaufstarife werden die Kosten für die Versorgung dieser „alternativen Anbieter“ auf den Großhandelsmärkten berücksichtigt. Das Ergebnis: ein Bonus für die privaten Versorger, immer größere Verluste für EDF ... und steigende Preise für die Nutzer (die inzwischen „Kunden“ heißen). Da die ARENH auf 25 % begrenzt ist, sind private Versorger, die nicht mehr zum Marktpreis einkaufen konnten, in Konkurs gegangen und haben ihre Kunden im Regen stehen lassen. Andere, wie Enercoop, änderten ihre Geschäftsbedingungen, die ihren Abonnenten „grünen, nicht nuklearen Strom“ garantieren, um von EDF nuklearen Strom zum „Spotpreis“ von 42 €/MWh zu kaufen!

### **Energie ist keine Ware**

Der Verbund der Stromnetze verbindet 35 Länder Europas miteinander. Dies ermöglicht es, Ressourcen zu bündeln, um die Produktion an den Verbrauch anzupassen. Für die Kapitalisten ist dies jedoch vor allem ein Mittel, um Strom zu tagesaktuellen Börsenkursen (Großhandelsmärkte, SPOT-Märkte) zu verkaufen, indem sie auf das Angebot und die Nachfrage in den verschiedenen Ländern spekulieren. Um die Gewinne unter dem Deckmantel der „Dekarbonisierung“ zu sichern, funktioniert der Strommarkt nach dem System der „Merit Order“. Der Preis pro MWh wird auf der

Grundlage der am Ende produzierten MWh berechnet. Dieser ist je nach Energiequelle unterschiedlich: niedrig für erneuerbare Energien, mittel für Kernkraft und hoch für fossile Energieträger (hauptsächlich Gas). Wenn die Nachfrage nach Strom gering ist, reichen erneuerbare Energien und Kernkraft aus: Der Preis ist dann niedrig. Wenn die Nachfrage jedoch höher ist, werden wieder Wärmekraftwerke in Betrieb genommen. Der Preis, zu dem der Strom auf dem Markt verkauft wird, gleicht sich dann den Produktionskosten der Wärmekraftwerke an. Und alle Akteure in der Erzeugungs-/Verteilungskette profitieren davon, da die zu niedrigen Kosten erzeugte MWh zum teuersten Preis (weiter-)verkauft wird. Die Rechnung für diesen undurchsichtigen und hochspekulativen Energiemarkt zahlen natürlich letztendlich die Verbraucher und Steuerzahler.

Diese Spekulationsblase schürt vor dem Hintergrund der Klimakrise den Zorn in der Bevölkerung und die globale Rezession und schwächt die kapitalistische Weltwirtschaft. Die Verfechter der herrschenden Ordnung sind über die Ohnmacht der Staaten verärgert. „Niemand weiß, was an den virtuellen Handelspunkten für Erdgas geschieht; wie hoch sind die Einkaufspreise, wenn das Gas in den europäischen Häfen ankommt, und wie kommt es, dass die Preise für den Weiterverkauf an die Verbraucher so hoch sind? Dem muss ein Riegel vorgeschoben werden, und deshalb brauchen wir Transparenz (...)“ (Dan Nica, S&D Europaabgeordneter, zuständig für Energie). Im Oktober 2022 verabschiedete das EU-Parlament eine Resolution, in der die Staatsoberhäupter aufgefordert wurden, diese infernalische Dynamik zu stoppen, und nach Italien bekundeten mehrere EU-Länder wie Frankreich, Deutschland, die Niederlande, Spanien, Polen, Slowenien und Luxemburg ihre Absicht, aus dem ECT auszusteigen. Unter dem Druck der Energielobbys unterstützt die Europäische Kommission lediglich eine „Modernisierung des Vertrags“ und hat die Abstimmung auf April 2023 verschoben.

Diese Zögerlichkeit, der spekulative Markt und die Anpassung an den Gaspreis sind die Gründe für die Explosion der Energie- und insbesondere der Strompreise. Mit einem Anteil von 40 % an der Nettostromerzeugung der 27 EU-Länder (Eurostat-Daten für 2020) sind der deutsche und der französische Strommarkt die beiden größten in Europa. Aber weder Deutschland mit Gas noch Frankreich mit Atomstrom sind vor Engpässen gefeit. Am 5. September 2022 schlug Macron Bundeskanzler Scholz einen Deal vor: „Deutschland braucht unser

Gas und wir brauchen den Strom, der im restlichen Europa und insbesondere in Deutschland erzeugt wird“. 100 % des Urans, das die französischen Atomkraftwerke antreibt, wird importiert. Und die Framatome-Fabrik in Lingén in Deutschland stellt Brennelemente mit in Russland angereichertem Uran für schweizerische, belgische oder französische Kraftwerke her. Am 13. September 2022 lieferte Rosatom eine Ladung dieser Brennelemente über den französischen Hafen Dunkerque nach Deutschland. Und hier gibt es keine Handelssanktionen gegen Russland. Putins Staatsterrorismus, der das ukrainische Kernkraftwerk Saporischja bombardiert, das Personal unter Aufsicht stellt und den Direktor entführt, hindert weder Macron noch Scholz daran, Rosatom zu einem durchaus respektablen Handelspartner für das Atomgeschäft zu machen.

In Anbetracht der angespannten Versorgungslage auf dem von Katar (dem größten Gasproduzenten der Welt) dominierten Gasmarkt und entgegen den Zielen des Weltklimarats haben die EU-Länder in Windeseile 26 Flüssiggasterminals projektiert, davon 11 in Deutschland. Frankreich unterstützt das H2Med-Projekt (Wasserstoff-Pipeline), ein „großes europäisches Netz für grünen Wasserstoff“ (in Wirklichkeit eine verkappte Gaspipeline), das die Iberische Halbinsel mit Deutschland und Nordeuropa über Frankreich verbindet.

### **Energie unter dem Zeichen des Klassenkampfes**

Auf internationaler Ebene verschärfen die explodierenden Energie- und Lebensmittelpreise die strukturellen Spannungen, die seit der weltweiten Corona-Krise rasch zugenommen haben. Die wiederauflebenden Klassenkämpfe in mehreren Ländern Afrikas, Asiens oder Lateinamerikas, insbesondere in Peru, sind ein Beispiel dafür. Die Arbeiter\*innen und die Völker Europas werden ebenfalls nicht tatenlos zusehen, wie die Energie- und Rohstoffpreise steigen. Dies gilt umso mehr, als die europäischen Staats- und Regierungschefs vor dem Hintergrund des Katargate-Skandals durch das Wiederaufleben fossiler Brennstoffe und die Vergabe eines „grünen Labels“ für Gas und Atomkraft im Juli 2022 immer mehr als Lakaien der kapitalistischen Interessen und als Saboteure jeglicher Klimapolitik erscheinen.

Aus Angst vor Aufständen wie den „Gelbwesten“ in Frankreich kriminalisieren die europäischen Länder die Widerstandsaktionen gegen ihre Energiepolitik. Im Oktober 2022 wurden vier Streikende einer EDF-Toch-

tergesellschaft 96 Stunden in Polizeigewahrsam genommen, weil sie wegen einer Aktion zur Unterbrechung der Stromversorgung des Cyberterrorismus beschuldigt wurden. Im November 2022 wurden deutsche und französische Wissenschaftler\*innen des internationalen Kollektivs Scientists Rebellion sechs Tage lang inhaftiert, weil sie einen BMW-Showroom in München besetzt hatten. Im Januar 2023 wurde Greta Thunberg zusammen mit anderen Aktivist\*innen, die gegen die Erweiterung des Kohlebergwerks in Lützerath (Deutschland) protestierten, mehrere Stunden lang festgenommen. Diese Unterdrückungs- und Einschüchterungsaktionen belegen eindeutig eine intensivere Zusammenarbeit zwischen den Repressionsapparaten der europäischen Staaten in diesem Bereich.

### **Energie als Schlüsselfrage**

Jede Gesellschaft braucht Energie: Sie ist eine der materiellen Grundlagen unserer Existenz. Sie ist unverzichtbar und ihre Produktion seit der industriellen Revolution ist zum großen Teil für den Klimawandel verantwortlich: ein Widerspruch ohne Ausweg, solange Energie dem Gesetz des Profits unterworfen ist. Der kapitalistische Konsumismus schafft gesellschaftlich überflüssige Märkte. Die Ausgaben für Energie werden im BIP verbucht! Die billigste, umweltfreundlichste und treibhausgasfreie Energie ist jedoch die, die nicht verbraucht wird. Die größte Energiequelle ist die Mäßigung: keine Verschwendung mehr, kein Autofahren um jeden Preis, keine unnötigen Spielereien, keine geplante Obsoleszenz etc.

Angesichts des sozialen und klimatischen Notstands brauchen wir Sofortmaßnahmen:

- Ausstieg aus dem ECT,
- Besteuerung der Profite,
- Verbesserung der Energieeffizienz,
- Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs,
- urbane Innovationen,
- vernünftige Entwicklung erneuerbarer Energien.

Aber in der Sache wissen wir als revolutionäre Marxist\*innen, dass kein Kompromiss zwischen dem Kapitalismus und dem Überleben der menschlichen Spezies möglich ist; es gibt kein technologisches Wunder, das aus diesem Widerspruch herausführen würde: Rettung des Systems oder des Klimas.

Eine Energiewende ist unumgänglich: Entwicklung eines sparsamen Energieverbrauchs und Ersatz von Energie auf Vorrat (fossile Brennstoffe und Kernkraft) durch erneuerbare Energien: Wind, Sonne, Wasserkraft,

Geothermie etc. Der Einsatz erneuerbarer Energien wird jedoch nicht ausreichen, um den Bedarf zu decken, wenn dieser nicht grundlegend verändert wird. Die Gesellschaft muss mit der produktivistischen-extraktivistischen Logik des Kapitalismus brechen und die Bedingungen für eine radikale Demokratie schaffen: Die Produzent\*innen und Nutzer\*innen informieren sich, diskutieren, schlichten und werden zu Akteuren der Entscheidungen, die das Leben eines jeden Einzelnen betreffen. Wie in anderen strategischen Sektoren sind die Enteignung und die Kontrolle der Arbeiter\*innen über den Energiesektor zusammen mit einer demokratischen und ökologischen Planung die Voraussetzungen für eine effiziente und egalitäre alternative Energiepolitik, die die Natur und die biologische Vielfalt bewahrt, und zwar durch ein öffentliches Energiemonopol, das dezentralisiert, denuklearisiert und dekarbonisiert ist.

Die Menschheit steht an einem Scheideweg: auf der einen Seite die Sackgasse des „grünen Kapitalismus“, auf der anderen Seite der Weg zu einer ökosozialistischen Gesellschaft. Die Dialektik der Energierevolution: technologisch (Aneignung wissenschaftlicher Erkenntnisse und ihrer technischen Entwicklungen im Dienste der Menschheit) und politisch (Art und Weise der wirtschaftlichen Entwicklung, des Verkehrs, des Wohnens, der Gestaltung der Umwelt, in der wir leben etc.). Als revolutionäre Marxist\*innen treten wir für diesen Weg ein, um hoffentlich noch lange einen Planeten zu erhalten, der für alle Menschen bewohnbar ist.

■ Übersetzung: MiWe



## MAROKKANISCHE ENERGIEWIRTSCHAFT – WEGE AUS DER ABHÄNGIGKEIT?

Trotz der Unabhängigkeit Marokkos im Jahr 1956 war die Energiewirtschaft des Landes stets von Abhängigkeiten geprägt: einerseits vom Import fossiler Energieträger, die auch in den Jahren 2017–2020 ca. 90 % der gesamten Primärenergieversorgung und 80 % der Stromversorgung ausmachten; andererseits von privaten Anbietern, die heute den Großteil der Stromerzeugung (84 %) und fast den gesamten Vertrieb beherrschen. **Jawad Moustakbal**

Der ehrgeizige Plan für erneuerbare Energien, den Marokko seit 2009 verfolgt und der darauf abzielt, bis 2030 52 % des Strombedarfs abzudecken, hätte die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen, die größtenteils importiert werden, deutlich verringern können. Jedoch haben die wirtschaftsliberale Politik der Regierung im Bereich des gesamten Energiesektors, einschließlich der erneuerbaren Energien, und die damit einhergehenden öffentlich-privaten Partnerschaften (PPP) die Abhängigkeit von privaten Anbietern sowie die Schuldenkrise verschärft.

Dieser Artikel möchte zu einem besseren Verständnis der historischen, wirtschaftlichen und politischen Gründe für diese Abhängigkeit beitragen, welche die ohnehin rudimentäre marokkanische Souveränität bedroht, die soziale Ungleichheit verschärft und die ärmste Bevölkerung dazu verurteilt, die Folgen von politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen zu tragen, die von einer neokolonialen Elite in ihrer Rolle als Partner multinationaler Konzerne und internationaler Banken getroffen werden.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts bestand das Hauptmotiv der französischen Kolonialherren in Bezug auf die

Stromerzeugung darin, den Abbau von Rohstoffen, vor allem von Phosphaten, zu erleichtern, die Produktivität der Bergwerke zu steigern und das Schienennetz, das dem Transport der Rohstoffe ins Mutterland diene, zu elektrifizieren. Es ging also um die Elektrifizierung des „nützlichen Marokko“, wie es die französischen Kolonialherren bezeichneten. [...]

Trotz der Unabhängigkeit des Landes im Jahr 1956 wurde die Verwaltung des Energiesektors sowie anderer strategischer Wirtschaftszweige (etwa Landwirtschaft, Industrie, Handel und Trinkwasserversorgung) erst 1963 mit der Gründung des Office National de l'Electricité ONE (Staatliches Amt für Elektrizität) dem marokkanischen Staat unterstellt. ONE ist eine öffentliche Einrichtung, die laut Gründungsdekret für „öffentliche Dienstleistungen sowie für Erzeugung, Transport und Vertrieb von Elektrizität“ zuständig ist. [...]

Im Zuge des Strukturanpassungsprogramms, das Marokko nach der Schuldenkrise der 1980er Jahre von den IFI [Internationale Finanzinstitute] verordnet wurde<sup>1</sup>, leitete das Land einen Prozess der Privatisierung seiner profitabelsten Staatsunternehmen und die Liberalisierung der strategischen Wirtschaftszweige ein. Unter den ersten Betroffenen war der Energiesektor mit der Privatisierung der Ölraffinerien und der Zulassung der privaten Erdölförderung. So wurde die Société Anonyme Marocaine de l'Industrie du Raffinage SAMIR (Anonyme Marokkanische Raffineriegesellschaft) im Jahr 1997 zugunsten des schwedisch-saudischen Konzerns Corral Petroleum Holding, der mehrheitlich dem saudischen Milliardär Mohammed al-Amoudi gehört, privatisiert.

Im selben Jahr wurden Trinkwasser- und Stromversorgung, Regenwasser- und Abwasserentsorgung sowie die öffentliche Beleuchtung im Großraum Casablanca (4,2 Millionen Einwohner\*innen) an einen einzigen Betreiber vergeben: die Lyonnaise des Eaux Casablanca (Lydec), eine Tochtergesellschaft des französischen Unternehmens Lyonnaise des Eaux (heute Suez Environnement).

Diese erste Privatisierungswelle wurde von einer Unmenge an Gesetzen und propagandistischen Maßnahmen begleitet, die diesen Prozess als unerlässlich für die „Modernisierung“ der marokkanischen Wirtschaft darstellten. Zudem profitierte man von der technischen Unterstützung durch multinationale Unternehmen. Die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Auswirkungen dieser Privatisierungsmaßnahmen waren jedoch katastrophal. [...]

Trotz eines ehrgeizigen Programms und Investitionen in der Höhe von Milliarden Dirham, die für die Entwick-

lung erneuerbarer Energien, insbesondere die Solarenergie mit einem der weltweit größten CSP-Kraftwerke (konzentrierte Solarstromerzeugung), zur Verfügung gestellt wurden, beherrschten im Jahr 2021 immer noch die Kohlenwasserstoffe, die vorwiegend für das Transportwesen genutzt werden, mit einem Anteil von 52 % den Energiemix Marokkos, während bei der Stromerzeugung Kohle mit 33 % nach wie vor an der Spitze steht.

Abgesehen davon ist der Verkehr mit 38 % des gesamten Energieverbrauchs Marokkos der größte Energieverbraucher des Landes. Da er fast vollständig von fossilen Energieträgern abhängig ist, ist er für rund 50 % der nationalen Energiebilanz verantwortlich, die sich 2018 auf über vier Mrd. EUR belief, und trägt 20 % zum Handelsbilanzdefizit bei.

Was die Stromerzeugung betrifft, lag der Anteil der erneuerbaren Energien bei 19 % der nationalen Stromerzeugung im Jahr 2019, wobei 11 % auf Windkraft, 4 % auf Wasserkraft und 4 % auf Solarenergie entfielen. Kohle ist weiterhin die wichtigste Quelle für Elektrizität (65 %), gefolgt von Erdgas (11 %).

### **Der Mythos von Marokko als Energieexporteur nach Europa**

Seit dem Start der marokkanischen Solarprojekte in im Jahr 2009 haben die Verantwortlichen immer wieder angekündigt, Marokko zu einem Exportland für grüne Energie zu machen. Die offiziellen Zahlen zeigen, dass diese Aussagen der Realität nicht im Mindesten entsprechen und somit illusorisch sind. Das entbehrt nicht einer gewissen Ironie, zumal Marokko den Großteil seiner Energie, einschließlich Elektrizität, importiert.

Die Zahlen der „Direction du Trésor et des finances extérieures“ zeigen, dass Marokko bei der Elektrizität, abgesehen von den Jahren 2019 und 2021, immer ein Handelsbilanzdefizit hatte. So stieg das Volumen der importierten Energie im vergangenen Jahr um 133,4 %, während das Volumen der exportierten Energie (nach einem Zuwachs von 33,3 %) um 31,5 % zurückging.<sup>2</sup> [...]

### **Wer entscheidet?**

In Marokko entziehen sich alle strategischen Entscheidungen, die den Energiesektor betreffen, jeglicher demokratischen Kontrolle. Die Gründung von MASEN (Marokkanische Agentur für erneuerbare [Sustainable] Energien) im Jahr 2009 und die Ernennung von Mustafa Bakkoury zu ihrem Leiter durch den König sind ein Beweis für die autokratischen Managementmethoden in dieser Branche.

Als Mustafa Bakkoury zum Leiter von MASEN ernannt wurde, war er Vorsitzender der von Fouad Ali El Himma, einem Berater und Freund des Königs, gegründeten Partei für Authentizität und Modernität (PAM). Im Jahr 2015 wurde beschlossen, die Zuständigkeit der Solaragentur auf den gesamten erneuerbaren Sektor auszuweiten, wodurch ONE de facto ausgeschaltet wurde. Im März 2021 wurde „laut gut informierten Medienquellen“ plötzlich bekannt, dass über Mustafa Bakkoury im Zuge von „Ermittlungen [gegen ihn] wegen Misswirtschaft und Veruntreuung in seiner Funktion als Leiter von MASEN“ ein Ausreiseverbot verhängt wurde, ohne dass es zum Zeitpunkt des Vorfalls eine offizielle Erklärung gegeben hätte.

Lokale Gemeinschaften, Parlamentarier, aber auch Ingenieure und Techniker der staatlichen Unternehmen im Bereich der Produktion, des Managements, des Transports und der Wartung von Energieanlagen wurden in den Debatten über die von MASEN geleiteten Projekte systematisch an den Rand gedrängt. Hätte man sie zu Rate gezogen, wäre es möglich gewesen, wichtige technische Fehler zu vermeiden und die privaten „Partner“, die ihrerseits Experten zu Verteidigung ihrer eigenen Interessen zugezogen hatten, besser unter Kontrolle zu halten. „Seit die erneuerbaren Energien zu einem strategischen Sektor erklärt wurden, hat die Agentur MASEN die ausschließliche Verfügungsgewalt im Bereich der nachhaltigen Entwicklung übernommen. Sie ist allmächtig geworden“, sagt ein Branchenexperte, der anonym bleiben möchte. „Wie bei allen großen königlichen Projekten herrscht auch hier das Gesetz des Schweigens: Jeder wusste, dass sich die Projekte verzögert hatten und zu teuer waren, aber niemand wagte es, Rechenschaft zu verlangen.“

### Wer profitiert?

Im Jahr 2018 starteten „normale“ Staatsbürger\*innen über soziale Netzwerke eine innovative Boykottkampagne gegen drei Unternehmen, deren Eigentümer bekanntermaßen dem Königspalast nahestehen: Danone, Sidi Ali und vor allem Afriquia, das dem einflussreichen Milliardär Aziz Akhennouch gehört, der im September 2021 vom König zum Regierungschef ernannt wurde. Aufgrund dieser Aktion zivilen Ungehorsams führte der Wettbewerbsrat 2019 eine umfassende Studie über den Erdölsektor durch und deckte „Fehlfunktionen“, d. h. betrügerische Handlungen, auf. Anstatt den Wettbewerb zu fördern – das Hauptargument ihrer Befürworter – hat die Liberalisierung im Jahr 2014 zu einer Oligopolsituation auf allen Ebenen geführt: Import, Lagerung, Vertrieb und Verkauf

an die Endverbraucher\*innen, wobei „2017 die fünf größten Anbieter 70 % des Marktes [an sich rissen] und die drei größten unter ihnen 53,4 % [hielten]“. An der Spitze stand das Unternehmen Afriquia des Herrn Akhennouch.

Diese Oligopolsituation verschärfte sich mit der Schließung von SAMIR im Jahr 2015, obwohl SAMIR 64 % der Nachfrage nach Raffinerieprodukten abdeckte und über eine große Lagerkapazität (zwei Millionen Kubikmeter) verfügte. „Die Kosten für Energie sind dadurch deutlich angestiegen, das Handelsbilanzdefizit hat sich erheblich verschlechtert und kleine und mittlere Unternehmen wurden zugunsten der größten Akteure geschwächt“, heißt es in der 2020 veröffentlichten Stellungnahme des Wirtschafts-, Sozial- und Umweltrats CESE [Conceil Économique, Sociale et Environnementale].

### Elektrische Energie unter vollständiger Kontrolle des Privatsektors

Während das Ziel, 42 % des elektrischen Stroms bis 2020 aus erneuerbaren Quellen zu gewinnen, laut offiziellen Angaben der Regierung nicht erreicht wurde,<sup>3</sup> wurde das Ziel, den Anteil der privaten Konzessionen an der Stromerzeugung zu erhöhen, übertroffen. Ende 2021 beherrschte der private Sektor mehr als zwei Drittel (71,8 %) der Stromerzeugung in Marokko.

Die Erteilung von Konzessionen zur Stromerzeugung an Private, ob aus fossilen oder erneuerbaren Energiequellen, gilt der herrschenden Elite als unumstößliches Postulat. Davon profitieren in erster Linie multinationale Konzerne aus Frankreich (Engie), Spanien (Gamesa), Saudi-Arabien (Acwa), den Vereinigten Arabischen Emiraten (Taqa) und Deutschland (Siemens), oft in Zusammenarbeit mit nationalen Unternehmen, die sich im Besitz der königlichen Familie (Nareva) oder einflussreicher, regierungsnaher Familien wie Akhennouch und Benjelloun (Green of Africa) befinden.

Man darf auch nicht vergessen, dass die Almada-Gruppe, die sich heute als führend im Bereich der nachhaltigen Entwicklung präsentiert, für die Verunreinigung und Zerstörung mehrerer Ökosysteme verantwortlich ist. „So war nicht nur deren Zuckerunternehmen Consumar in Umweltkatastrophen verwickelt, sondern auch ihr Bergbauzweig Managem, der durch seine Silbermine Imider im Süden Marokkos Grundwasserleitungen verseucht hat und sich mit der lokalen Bevölkerung in einem andauernden Konflikt um Wasserressourcen befindet“.<sup>4</sup>

In Marokko, wie auch in anderen Ländern, haben die Akteure, die von grünen Projekten profitieren, meist eine



lange Geschichte der Umweltverschmutzung und der Zerstörung von Ökosystemen hinter sich. Die Umschichtung eines Teils ihrer Investitionen in erneuerbare Energien ist in Wirklichkeit nur eine andere, oftmals profitablere Möglichkeit, finanzielle Gewinne zu erzielen und die lokale Bevölkerung ihrer Gebiete zu enteignen.

### Wer zahlt den Preis?

Die Bevölkerung trägt sowohl als Steuerzahler als auch als Gesamtheit der Konsument\*innen die finanziellen Folgen dieses durch und durch ungerechten Systems, von dem ausschließlich private Investoren profitieren. Die im Rahmen der Konzessionen der 1990er und frühen 2000er Jahre unterzeichneten Verträge, insbesondere die Stromabnahmevereinbarungen (Power Purchase Agreements / PPAs), verpflichteten das Office National de l'Électricité (ONE) dazu, Energie von privaten Betreibern je nach Verfügbarkeit und zu Preisen zu kaufen, die über den Verkaufspreisen für Vertrieb und Verbrauch lagen, sowie die Kosten der Preisschwankungen bei Rohstoffen, insbesondere bei Kohle, zu übernehmen. Das stürzte ONE in eine beispiellose strukturelle Finanzkrise. Die Regierung rettete das Amt, indem sie einen Programmvertrag mit ihm unterzeichnete, der ONE zu Preiserhöhungen ermächtigte. So wurden im Jahr 2014 die Verbraucherpreise um 20 % erhöht. Das wird sich wahrscheinlich wiederholen, da die jüngsten Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien mit ähnlichen Verträgen für eine Dauer von 30 Jahren abgeschlossen wurden. Somit wird es weiterhin massive staatliche Investitionen geben – ohne jegliche Garantie für Strompreissenkungen für die Bevölkerung. [...]

Die Frage der Schulden und der Finanzierung ist von grundlegender Bedeutung. Alle neueren Projekte zur Stromerzeugung, einschließlich der sogenannten „grünen“ Projekte, werden durch Kredite von internationalen Privatbanken, multilateralen Banken, dem Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank, der Afrikanischen Entwicklungsbank (AfDB) sowie von französischen, deutschen und japanischen Entwicklungsagenturen finanziert.

Im Bereich der Solarenergie hat die Agentur MASEN staatlich garantierte Schulden aufgenommen, um einerseits die für die Projektentwicklung notwendige Infrastruktur (Straßen, Wasserinfrastruktur, Zäune, Leitungen und Transformatoren für den Energietransport) zu entwickeln und andererseits ihre Beteiligung an den einzelnen SPC-Gesellschaften zu finanzieren, d. h. an Gesellschaften, die speziell für das jeweilige Projekt gegründet wurden (Noor ourzatae, Noor Midelt etc.), wie Grafik 1 zeigt.

Hauptakteure bei all diesen Projekten sind die Kreditgeber, die bei allen strategischen Entscheidungen das letzte Wort haben. Daher ist es nur logisch, dass die Staatsangehörigkeit der Kreditgeber mit jener der an dem Projekt beteiligten Unternehmen übereinstimmt, sei es als Betreiber (die französische Engie, die deutsche Siemens usw.) oder als Ausstatter (die französische Alstom, die japanische Mitsui usw.).

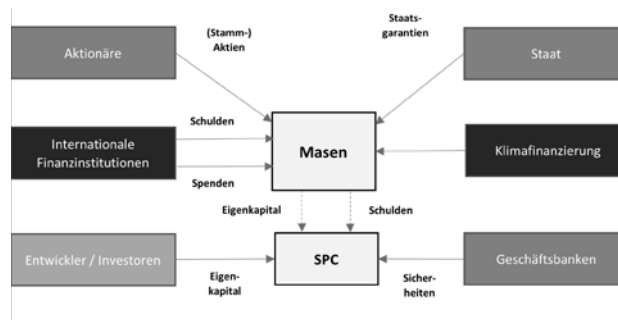
Das Projekt des Wärmekraftwerks Safi mit einer Kapazität von 1.369 MW (25 % des landesweiten Bedarfs) und einer Gesamtinvestition von 2,3 Mrd. EUR wurde hauptsächlich von der japanischen Bank für internationale Zusammenarbeit, der Attijariwafa Bank (Königliche Al Mada-Gruppe) und BMCI, der marokkanischen Tochtergesellschaft der französischen Bank BNP Paribas, finanziert. Die Gesellschaft, der eine 30-jährige Konzession für das Projekt gewährt wurde, ist niemand anderer als die Safi Energy Company, ein Unternehmen, das gemeinsam von Nareva (der Königlichen Al Mada-Gruppe) (35 %), der französischen Engie (ehemals GDF Suez) (35 %) und dem japanischen Handelshaus Mitsui (30 %) gehalten wird.

Die Kredite erhöhen die Staatsverschuldung, die Ende 2021 bei fast 100 % des BIP lag und deren Bedienung mehr als ein Drittel des Staatshaushalts verschlingt und fast das Zehnfache des nationalen Gesundheitsbudgets ausmacht.

### Damit Marokko nicht auf der Strecke bleibt ...

Es ist wichtig, auf das offensichtliche Scheitern des wirtschaftsliberalen Energiemodells in ökonomischer und ökologischer Hinsicht, insbesondere unter dem Gesichtspunkt

#### GRAFIK 1: TYPISCHER FINANZIELLER AUFBAU VON PROJEKTEN UNTER DER LEITUNG VON MASEN



Quelle: Eigendarstellung von MASEN, 2016

der Energie- und Umweltgerechtigkeit, hinzuweisen. Offizielle Berichte, darunter auch jener des Wirtschafts-, Sozial- und Umweltrats CESE, erkennen dieses Scheitern teilweise an, halten aber an Liberalisierung, Kahlschlag und Privatisierung fest.

Es wird jedoch keine gerechte Lösung geben, solange sich der Energiesektor in den Händen ausländischer multinationaler Konzerne und einer lokalen Nomenklatura befindet, die den Staat ausplündern und in einem autoritären Klima der Vetternwirtschaft nach Belieben Profit erwirtschaften können. Die systematische Verschuldung und die öffentlich-privaten Partnerschaften (PPP) stellen ein beträchtliches Hindernis für jegliche nationale Souveränität dar, ganz zu schweigen von der Souveränität der Bevölkerung, einschließlich der Energieunabhängigkeit.

Eine gerechte Energiewende erfordert die Selbstbestimmung der lokalen Bevölkerung in allen Phasen des Produktionsprozesses: Planung, Umsetzung, Förderung, Lagerung und Vertrieb.

Der Energiesektor ist als öffentliche Dienstleistung zu betrachten, die von den Beschäftigten sowie von der lokalen Bevölkerung, die sich bereit erklärt hat, einen Teil ihres Grundbesitzes (Boden, Wasser, Wälder, ...) im allgemeinen Interesse zur Verfügung zu stellen, mitverwaltet wird. Darüber hinaus sollte die lokale Bevölkerung in den Genuss von Vorzugstarifen bzw. kostenlosen Stromdienstleistungen kommen.

Die derzeitigen bürokratischen Managementstrukturen müssen einer dezentralisierten Verwaltung auf lokaler Ebene weichen.

Wenn man sich für dezentrale Lösungen und Projekte entscheidet, müssen die Anlagen, in denen Energie erzeugt wird, so nah wie möglich an die Endverbraucher/innen herangeführt werden, um Verluste durch den Joule-Effekt zu vermeiden und die Kosten für den Stromtransport gering zu halten. Daraus folgt die Planung von Projekten in kleinerem Maßstab, damit die erforderlichen Mittel lokal oder mit staatlicher Unterstützung aufgebracht werden können.

Es müssen regionale Initiativen entstehen, die auf dem Prinzip der Solidarität und des gemeinsamen Interesses beruhen und auch die physikalische Natur des elektrischen Stroms stärker berücksichtigen. Das unerlässliche Gleichgewicht zwischen Erzeugung und Verbrauch würde dann dazu führen, dass der Besitzer überschüssiger Energie ein ebenso großes Interesse daran hat, diese abzugeben, wie derjenige, der sie benötigt, womit allgemeine Engpässe bei der Stromversorgung vermieden werden können.

Angesichts dessen, was man als neoliberale Tyrannei bezeichnen kann, und des Ungleichgewichts der Kräfteverhältnisse zugunsten der herrschenden Klassen, äußern sich Unmut und Protest der lokalen Bevölkerung auf vielfältige Weise. Es wird versucht, Alternativen zur privaten Führung und zur privaten Bereicherung zu entwickeln und gegen diese Spielart des Neokolonialismus aufzutreten, für den die Privatisierungen gleichermaßen Mittel und Symbol sind. Es ist eminent wichtig, diesen Initiativen Gehör zu schenken, sie zu unterstützen und die Frage der Energiewende mit sozioökonomischen Fragen zu verknüpfen, wenn wir tatsächlich eine gerechtere und demokratischere Gesellschaft aufbauen wollen.

30. November 2022

■ **Jawad Moustakbal** ist der nationale Koordinator von Marokko für das International Honors Programme „Climate Change: The Politics of Food, Water, and Energy“ an der School of International Training (SIT) in Vermont, USA. Er hat als Projektmanager für verschiedene Unternehmen gearbeitet, darunter das staatliche marokkanische Phosphatunternehmen OCP. Jawad ist auch ein Aktivist, der sich für soziale Gerechtigkeit und Klimagerechtigkeit einsetzt. Er ist Mitglied des nationalen Sekretariats von ATTAC in Marokko und Mitglied des gemeinsamen Sekretariats des Internationalen Komitees für die Abschaffung unrechtmäßiger Schulden.

Quelle: <https://longreads.tni.org/fr/le-secteur-energetique-marocain>

■ *Übersetzung aus dem Französischen: E. F.*

**1** Nach einem dramatischen Rückgang der staatlichen Ressourcen aufgrund des Einbruchs der Phosphatpreise Ende der 1970er Jahre, der Kosten des Saharakriegs, einer langen und weit verbreiteten Dürre, steigender Energiekosten und der Einschränkung der marokkanischen Auswanderung nach Europa war Marokko nicht mehr in der Lage, seine Schulden zurückzuzahlen, und forderte eine Umschuldung. Die internationalen Finanzinstitutionen (IFI), darunter der IWF und die Weltbank, forderten daraufhin 1983 die Einführung eines Strukturanpassungsplans.

**2** „Electricité: forte hausse des importations du Maroc à fin octobre 2022“ Journal le matin du 24 Novembre 2022.

**3** Siehe hierzu die anschaulichen Grafiken 1 und 2 im französischen Original des Textes (<https://longr.tni.org/fr/le-secteur-energetique-marocain>), die wir aus technischen Gründen nicht übernehmen können.

**4** MOUSTAKBAL, Jawad, „On the perspective of ruling classes and the elite in Morocco on global environmental issues“, CADTM), 12. Oktober 2016.

# GEWERKSCHAFTEN IN EUROPA HEUTE

(db) Im Unterschied zu den 1960er und frühen 1970er Jahren sind die Gewerkschaften in Europa heute extrem geschwächt und kaum in der Lage, den Angriffen von Kabinett und Kapital auf Löhne und soziale Sicherungssysteme wirksamen Widerstand entgegenzusetzen. In dem nachfolgenden Dossier, das sich mit der Lage der Gewerkschaften in vier großen Ländern Europas auseinandersetzt, sind neben interessanten Besonderheiten gewisse Charakteristika festzustellen, die auch – und zwar ganz besonders – auf die deutschen Gewerkschaften zutreffen:

*Erstens:* Mehr oder weniger ausnahmslos haben sich die Gewerkschaftsführungen noch weiter in das kapitalistische System integriert und sich dabei den Bedürfnissen der kapitalistischen Wirtschaft angepasst.

*Zweitens:* Seit Jahren setzen sie alles daran, größere Konflikte mit den Unternehmern oder dem Staat zu vermeiden. Über die Beteiligung am Runden Tisch (bzw. in der Konzertierte Aktion) sind sie bestrebt, ihre privilegierte Stellung als bürokratische Schicht zu bewahren.

*Drittens:* Die Konfliktscheu ist nicht nur ihrer Ängstlichkeit geschuldet (schließlich können größere Kämpfe auch in einer Niederlage enden und damit die Stellung der Bürokratie gefährden), sondern entspricht zum größten Teil auch ihren tatsächlichen Überzeugungen. Dies zeugt von der Integrationskraft stabiler bürgerlicher Herrschaft.

*Viertens:* Diese Grundkonstellation führt dazu, dass sich die Gewerkschaftsbürokratie auf ihre Stammmitgliedschaft stützt und damit regelmäßig die Interessen neuer, prekarisierter Schichten dem sozialen Frieden opfert, mit der Folge, dass damit die Spaltung der Klasse noch vertieft wird.

*Fünftens:* Zum Erhalt ihrer Stellung versucht die Bürokratie den Umbau der Gewerkschaften in Dienstleistungsorganisationen voranzutreiben (Angebote bestimmter Versicherungen usw.)

## Ein Dossier mit 5 Beiträgen

Belgische Gewerkschaften  
**SEITE 12**

Streikwelle in Großbritannien  
**SEITE 15**

Französische Gewerkschaften  
**SEITE 20**

Ein Schatten ihrer selbst  
**SEITE 24**

Systemkonforme Gewerkschaften  
**SEITE 28**

# BELGIEN – FOLGEN DER DESINTEGRATION

Belgiens gewerkschaftlicher Organisationsgrad ist einer der höchsten weltweit: 55 % aller Arbeiter\*innen sind Gewerkschaftsmitglieder. Dieser Organisationsgrad nimmt auch nicht ab. Ganz im Gegenteil, er steigt weiter leicht an und das Vertrauen der breiten Öffentlichkeit in Gewerkschaften hält sich auf einem sehr hohen Niveau (+75 %). **Paul Van Pelt**

## Regionale Unterschiede

Die belgische Wirtschaft, und damit die Arbeiterklasse Belgiens, war lange durch eine ungleiche Entwicklung der kapitalistischen Industrie geprägt, die zu starken Unterschieden in den Regionen führte. In der Vergangenheit war es dadurch für die Gewerkschaftsapparate schwierig, die lokalen Strukturen zu kontrollieren. Deswegen konnten sich in der Vergangenheit lokal – d. h. in einer oder nur wenigen Regionen – viele Kämpfe spontan entfalten.

## Streikdynamik

Bei einigen dieser Kämpfe gelang es allerdings, sie von der eigenen Region auf andere Regionen auszudehnen. So zum Beispiel im Jahr 1936: Ein spontaner Streik im flämischen Antwerpen (ausgelöst durch die Ermordung militanter Arbeiter durch Faschisten) griff auf das Borinage (ehem. Kohlerevier um Mons, „Kumpelland“, Wikipedia [A. d. Red.]) in Wallonien über und weitete sich zu großen Streiks aus, durch die ein „bezahlter Urlaub“ durchgesetzt wurde. Dasselbe Muster wiederholte sich im Jahr 1960: Ein Streik des Personals der Kommunalverwaltung, der sich gegen das berüchtigte Vereinigungsgesetz mit seinen damit verbundenen zahlreichen Sparmaßnahmen richtete, griff auf Brüssel, Liège, Charleroi und andere Orte über, was zu dem sechswöchigen „Generalstreik des Jahrhunderts“ führte. In beiden Fällen riss die Dynamik des Streiks den zögerlichen Gewerkschaftsapparat mit.

## Eisenbahn als politisierender Transmissionsriemen

Der Transmissionsriemen, durch den die Streiks von einer Region auf eine andere übergriffen, war die Eisenbahn. Denn die Eisenbahn sorgt nicht nur für Verkehrsverbindungen zwischen Regionen, sondern ist auch Teil des umfangreichen Öffentlichen Dienstes in Belgien. Wenn die Eisenbahner (die in Belgien verbeamtet sind) die Arbeit niederlegen, hat das zwei Auswirkungen: a) Sie stellen Beamte in anderen Teilen des öffentlichen Dienstes vor die Wahl, Solidarität zu zeigen und sich der Aktion anzuschließen oder nicht; b) Da die Eisenbahner den Staat (also die Regierung!) als Dienstherrn haben, verleiht das ihrer Aktion sofort einen de facto politischen Charakter. Wenn sich Beamte von anderen Teilen des Staatsapparates der Aktion anschließen (was in der Vergangenheit häufig der Fall war), stärkt das die politische Dynamik der Streikaktion noch weiter.

Diese dialektische Beziehung zwischen den Regionen, zwischen den verschiedenen Sektoren der Arbeiterklasse im Allgemeinen und vor allem zwischen den Beamten in den verschiedenen Teilen des Staatsapparates – mit den Eisenbahnen als verbindendem Element – erklärt zumindest teilweise, warum die belgische Arbeiterbewegung (wie Rosa Luxemburg es ausdrückte) „Belgisch spricht“ und mit ihrer Aktionsweise daher wiederholt eine Dynamik in Richtung politischem Generalstreik an den Tag legte.

## Reformen der Gebietskörperschaften

Unter anderem sorgte die Verlagerung des wirtschaftlichen Schwerpunkts – von der Schwerindustrie Walloniens hin zur moderneren flämischen Industrie und zu Brüssel als administrativem Zentrum – dafür, dass sich der belgische Staat nach dem Zweiten Weltkrieg von einer die Landesteile betreffenden Staatsreform zur nächsten immer weiterentwickelte. Neben signifikanten politischen Konsequenzen hatten diese sukzessiven Staatsreformen (in Verbindung auch mit der durch die EU vorangetriebene Liberalisierung der öffentlichen Dienste) besonders starke Auswirkungen auf den öffentlichen Dienst Belgiens. Ab 1937 hatten alle öffentlich Bediensteten (von Kommunen, Provinzen, Zentralstaat, Eisenbahnen, Telekommunikation, Bildungswesen, Post usw.) zunächst ein und dasselbe Statut. Das ist jedoch schon länger nicht mehr der Fall und führte zu einer immer stärkeren Zersplitterung.

Dieser Zersplitterungseffekt führte auch dazu, dass die Eisenbahner\*innen sich immer mehr auf sich selbst zurückzogen und eigene, strikt unternehmensspezifische Forderungen stellten, deren ideologische Auswirkungen

sich nicht nur in diesen Forderungen zeigte, sondern auch darin, dass sich die Eisenbahner\*innen in kleinere Berufs- oder kategoriale „Gewerkschaften“ aufteilten. Die Auswirkungen waren auch bei den Streikaktionen deutlich zu spüren. Das Ganze (befeuert zum guten Teil durch die bürgerlichen Massenmedien) führte letztendlich dazu, dass die Öffentlichkeit bezüglich der Bahnstreiks eine immer stärker ablehnende Haltung entwickelt. Das Phänomen korporatistischer Organisationen gibt es im Übrigen nicht nur bei der Eisenbahn, sondern ist auch in anderen Sektoren zu beobachten.

### **Aushöhlung des Klassenzusammenhalts**

All diese Phänomene zusammen führen immer mehr zu einer Isolierung des „Transmissionsriemens“ Eisenbahn, weg von anderen Teilen des öffentlichen Dienstes. Allerdings isolieren sich auch genau diese anderen Teile des öffentlichen Dienstes immer mehr sowohl untereinander als auch gegenüber dem privaten Sektor. Das hat zur Folge, dass die spontane Tendenz lokal entstandener Kampforganisationen, sich zu politischen Generalstreiks entwickeln zu können, ausgehöhlt wird, ein Phänomen, das durch die Effekte der Coronakrise noch verstärkt zu werden droht. Einer dieser Effekte, der dazu führt, dass immer mehr Arbeit aus der Distanz (per Telearbeit) erledigt wird, unterminiert den Zusammenhalt eines großen Teils (mehr als 45 %) der Arbeitenden als soziale Klasse.

### **Rückgang des Klassenbewusstseins**

Nicht zu vergessen ist dabei allerdings, dass 50 Jahre ununterbrochener totaler oder teilweiser Niederlagen das Klassenbewusstsein der belgischen Arbeiterklasse stark erodiert haben. Die nationalen Demonstrationen in Brüssel (bekannt als „Märsche von Nord nach Süd“), die immer mehr als sinnlos angesehen werden, die ständigen Vor- und zurück-Aktionen, die zunehmende Perspektivlosigkeit der Gewerkschaftsaktionen, sie alle sorgen paradoxerweise dafür, dass sich die Unzufriedenheit nicht etwa in selbstbewussten Aktionen ausdrückt, sondern politisch, in der Vereinzelung in der Wahlkabine: In Wallonien und Brüssel (und zum Teil auch in Flandern) geschieht dies durch die Wahl der PTB/PVDA, die aus dem Mao-Stalinismus hervorging, in Flandern hingegen hauptsächlich durch die Wahl der faschistischen/rassistischen Partei „Vlaams Belang“.

### **Gemeinsames und Trennendes**

Genau genommen sind sich die traditionellen Apparate auf ideologischer Ebene einig in ihrer systematischen Wahl des

„sozialen Dialogs“, der Klassenzusammenarbeit und der generellen Orientierung auf (individuelle) Dienstleistungen. Diesbezüglich gibt es keinen wirklichen Unterschied zwischen den Konzepten von sozialistischer FGTB [Fédération générale du travail de Belgique], christlicher CSC [Confédération des syndicats chrétiens] oder liberaler CGSLB [Centrale générale des syndicats libéraux de Belgique]. Diese ideologische Wahl verstärkt auch die internen korporatistischen Tendenzen innerhalb der verschiedenen Komponenten (Zentralen) der diversen Gewerkschaftsverbände. Nicht verschwiegen werden sollte jedoch, dass vor allem der ideologische (sozialistische) Hintergrund der FGTB immer unbedeutender wird – ihm wird kaum mehr Aufmerksamkeit geschenkt.

Organisatorisch sind die traditionellen Organisationen noch immer durch tiefe „philosophische“ [politisch-ideologische] Gräben getrennt, sie grenzen christliche, sozialdemokratische und (seit einiger Zeit) liberale Organisationen voneinander ab. (Letztere Organisationen bekommen dabei immer mehr Zuspruch, was gerade die zunehmende Individualisierung vor allem junger Menschen widerspiegelt). Neben diesen „philosophischen“ Unterschieden müssen innerhalb jeder einzelnen dieser Organisationen zudem noch die kommunikativen Unterschiede zwischen den Bewohnern von Brüssel, Flandern und Wallonien berücksichtigt werden, die die alten regionalistischen Traditionen weiter festigen.

Bemerkenswert ist auch, dass der gewerkschaftliche Organisationsgrad bei Frauen, jungen Leuten und Menschen mit Migrationshintergrund deutlich niedriger ist. Dies kann durch eine interne „Kultur“ innerhalb der Gewerkschaftsbewegung erklärt werden, die immer noch charakterisiert wird durch a) Formen des patriarchalischen „weißen“ Machismus, b) ein zu hierarchisches, pyramidenförmiges, von oben nach unten funktionierendes (bürokratisches) Organisationsmodell und c) ein (bewusst oder unbewusst) fehlendes Verständnis für den Umgang mit kulturellen Unterschieden, wie z. B. dem Tragen eines Kopftuchs bei muslimischen Frauen.

### **Intersektionalität**

Diese negative „Kultur“ verstärkt zudem den in diversen anderen sozialen Bewegungen (Feminist\*innen, Black Lives Matter, Kultur ...) sowie bei linksgerichteten intellektuellen latent vorhandenen Widerstand gegen die Gewerkschaftsbewegung. Es ist daher wichtig, (wo immer möglich) dieser „Kultur“ entgegenzutreten, indem man sie, neben dem Problem der internen Demokratisierung, mit

der Logik des „Intersektionalismus“ konfrontiert. Anders ausgedrückt sollte das Ziel sein, das Sammelbecken oder sogar der Schmelztiegel für alle möglichen Kämpfe, ganz gleich welchen Ursprungs, innerhalb wie außerhalb der Gewerkschaftsbewegung, zu werden. Jeder noch so kleine Fortschritt an dieser Front kann zur Entwicklung einer positiven, politisierenden Dynamik führen, sowohl innerhalb der Gewerkschaftsbewegung als auch gemeinsam mit anderen sozialen Bewegungen. Es handelt sich dabei also nicht nur um einen „praktischen“ Gedanken (um den Kampf voranzubringen), sondern auch um ein Mittel, das Klassenbewusstsein aufzubauen bzw. zu schärfen.

### Alternative Führung

Um die negativen Gegebenheiten zu bekämpfen, muss die Führung der Arbeiterklasse selbst ein hohes Maß an Problembewusstsein und -verständnis entwickeln. Das würde es ihr ermöglichen, die zuvor genannten Schwierigkeiten zu überwinden, und zwar nicht mehr auf der Grundlage spontaner Dynamiken, sondern auf der Basis einer bewussten Politik, die dem Gewerkschaftskampf eine klare Richtung gibt. Nur leider sind die traditionellen (Gewerkschafts-)Apparate ganz allgemein nicht gerade willens, dies zu tun. Aus diesem Grund muss eine alternative Führung direkt im Herzen der belgischen Gewerkschaftsbewegung aufgebaut werden, die eine bewusste Führungsrolle übernehmen kann, mit einer ideologisch fundierten, auf einen Systemwechsel abzielende Perspektive. Dies kann einerseits durch das Einbringen konkreter und zweckmäßiger Lösungen geschehen, aber auch durch den Versuch, verschiedene Kerne der potenziellen Gewerkschaftslinken miteinander zu verbinden und zu vernetzen. Unglücklicherweise muss jedoch gesagt werden, dass es heute sehr wenige Ansatz- oder Ausgangspunkte für die Entwicklung solch einer breiten Gewerkschaftslinken gibt.

Mit Nachdruck muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass die Suche nach solchen Ansatzpunkten für die Wiederherstellung solch einer Gewerkschaft auf keinen Fall in Simplizismen ableiten darf. Es stimmt nicht, dass „die Basis“ immer Recht hat und die „da oben“ immer falsch liegen. Die Sache ist sehr viel komplizierter. Die Krise der Beziehungen hat destabilisierende Auswirkungen auch in den traditionellen Gewerkschaftsapparaten. Auch dort stellen Leute immer mehr Fragen. Im Zentrum steht dabei die Überzeugung, dass die Gewerkschaftsbewegung – wenn es ihr gelingen soll, 50 Jahre neoliberalen Versagens zurückzudrehen – neue Kräfteverhältnisse aufbauen muss, und zwar nicht nur auf der betrieblichen

Ebene, sondern auch in der gesamten Gesellschaft. Dafür bedarf es einer Zusammenarbeit mit anderen sozialen Kräften wie Selbstorganisationen, Freiwilligenverbänden, zivilgesellschaftlichen Organisationen und auch politischen Aktivist\*innen.

### Systemwechsel und Strukturreformen

Ein flämischer Gewerkschaftsführer zum Beispiel erklärt dies so: „Kräfteverhältnisse und die Erlangung von Macht sind entscheidend, um Forderungen durchzusetzen, das ist ganz klar. Die Gewerkschaftsbewegung kann und muss dabei eine entscheidende und strukturierende Rolle spielen, nicht allein, aber zusammen mit anderen fortschrittlichen Kräften der Zivilgesellschaft. Nicht autoritär und hochmütig, sondern mit Respekt für die Meinungen und Arbeitsweisen eines jeden Einzelnen. All das muss jedoch um ein klares und begrenztes Forderungsprogramm herum geschehen, das von einem Systemwechsel ausgeht, eine Strukturreform, die das am meisten Gefährdete in den Mittelpunkt stellt.“

Von ihren Inhalten her sind solche Teile des traditionellen Gewerkschaftsapparats auf dem richtigen Weg, wenn sie direkt Forderungen für Mindestrenten aufstellen, für Mindestlöhne, faire Besteuerung mit einer echten Reichensteuer, Stärkung der Kaufkraft, soziale Sicherheit und öffentliche Dienstleistungen, Armutsbekämpfung und (sehr wichtig!) für den Kampf gegen die extreme Rechte. Besonders wichtig sind daher die demokratischen Forderungen wie die Verteidigung des Streikrechts (angesichts solcher Attacken wie „Mindestsicherung von Dienstleistungen“ in diversen öffentlichen Dienststellen und Unternehmen, Verurteilung von Gewerkschaftsaktivist\*innen durch Gerichte u.a.m.), der gewerkschaftlichen Freiheiten (z. B. die Blockade von Industriegebieten während eines Streiks) und des Kampfes gegen Rassismus und gegen den Aufstieg der extremen Rechten. Antirassismus und Antifaschismus können es (vor allem in Flandern) Einheitsinitiativen, die von außerhalb oder von den Rändern der Gewerkschaftsbewegung her entstehen, ermöglichen, auf das interne Leben genau dieser Gewerkschaftsbewegung Druck auszuüben.

### Politische Hindernisse

Einer Verbreiterung der Struktur der Gewerkschaftslinken stehen leider auch politische Hindernisse im Weg. In der Vergangenheit übernahm z. B. die aus dem Mao-Stalinismus hervorgegangene PVDA/PBT die Initiative für eine „Bewegung zur Gewerkschaftserneuerung“. Damals

ging sie dies mit ihrer wohlbekanntem (sektiererischen) Formel „die Partei führt die Front“ an. Das Ergebnis: Als Erstes gab es eine direkte Konfrontation mit dem gesamten Gewerkschaftsapparat (die PVDA/PBT half so z. B. un- freiwillig mit, die Gewerkschaftsbürokratie zu vereinheit- lichen, statt die Gräben innerhalb dieser Bürokratie auszu- nutzen). Als Zweites blieben dadurch zahlreiche potenziell interessierte Aktivist\*innen auf Distanz. Das Ganze erwies sich dadurch letztendlich als totaler Fehlschlag. Seither folgte die PVDA/PTB einer anderen Logik, die zum Einen darin bestand, in den Gewerkschaftsapparat (kri- tiklos) einzusteigen, und zum Anderen die PVDA/PTB als zusätzliches „Verbindungsglied zur politischen Ebene“ (neben Sozial- und Christ-Demokratie) für den gesamten Gewerkschaftsapparat bekanntzumachen. Die Wahlerfol- ge der PVDA/PTB erleichtern Letzteres und verstärken damit diesen Ansatz. Gleichzeitig behindert die PVDA/ PTB damit ihre eigenen Gewerkschaftsaktivist\*innen und deren oppositionelle Tendenzen gegenüber dem Gewerkschaftsapparat. Die PVDA/PTB agiert somit als Bremsklotz bei der Entwicklung einer breiteren Gewerk- schaftslinken.

Für revolutionäre Marxist\*innen ergibt sich daraus, dass die „spontanen Rebellionen“ verknüpft werden müssen mit Öffnungen, die durch linke Flügel innerhalb des traditionellen Gewerkschaftsapparats gemacht werden (oder gemacht werden können). Das ist jedoch nicht ein- fach. Als Aktivist\*innen müssen wir beweisen, dass wir das Vertrauen und die Anerkennung sowohl des „spontanen Aufstandes“ als auch der linken Teile der Gewerkschafts- führung verdienen, trotz der heftigen und strategischen Meinungsverschiedenheiten, die wir weiterhin mit beiden haben (!). Denn strategisch betrachtet geben sich diese linken Teile des traditionellen Gewerkschaftsapparats noch immer großen Illusionen hin, was die „reformisti- schen“ Möglichkeiten innerhalb des „belgischen“ Systems angeht. Zudem wird bei vielversprechenden Kämpfen auf branchenspezifischer Ebene oftmals die Chance, hier eine breitere Solidarität zu erreichen, nicht ergriffen. Es liegt an den revolutionären Marxist\*innen, dies zu ändern!

■ *Übersetzung: A. H.*

# STREIKWELLE IN GROSS- BRITANNIEN WEITET SICH AUS

Am 1. Februar traten rund eine halbe Million Arbeiter\*innen in ganz Großbritannien in den Ausstand – die größte Streikwelle seit über einem Jahrzehnt. **Terry Conway**

An diesem Tag legten die Menschen nicht nur ihre Arbeit nieder und bildeten Streikposten an ihrem Arbeitsplatz, sondern nahmen in vielen Fällen auch an lautstarken De- monstrationen und Kundgebungen in den Stadtzentren teil. Die Aktionen verfolgten zwei Ziele – zum einen das wei- tere Eintreten für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen und zum anderen die Entwicklung von Widerstand gegen die noch drakonischeren gewerkschaftsfeindlichen Gesetze, die die britische Tory-Regierung im Parlament durchsetzen will.

Sechs Gewerkschaften sind am 1. Februar in Aktion getreten. Die Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes (PCS) war die erste und rief ihre mehr als 100 000 Mitglieder in 124 zentralen und dezentralen Regierungsbehörden zum Streik auf. Die Beschäftigten in vielen dieser Dienststellen hatten zuvor bei einer Briefwahl das absurd hohe Quorum der reaktionären gewerkschaftsfeindlichen Gesetze für einen Streikaufruf erreicht. [Mehr als die Hälfte der Be- schäftigten müssen sich an der Abstimmung beteiligt haben, in „sensiblen“ Bereichen wie Gesundheit, Schulbildung, Feuerwehr, Verkehr, Stilllegung von Kernkraftwerken, Grenzkontrollen usw. müssen 40 % der Beschäftigten für den Streik gestimmt haben. Anm. d. Übers.]. Die PCS- Mitglieder in diesen Abteilungen befinden sich seit Ende Dezember in rollierender Aktion. In anderen Abteilungen, in denen die Beschäftigten zwar für einen Streik gestimmt hatten, aber den Schwellenwert der Wahlbeteiligung nur knapp verfehlten hatten, führt die Gewerkschaft eine er- neute Urabstimmung durch.

Die University and College Union (UCU, Gewerkschaft der Lehrkräfte an weiterführenden und höheren Bildungseinrichtungen) rief an diesem Tag 70 000 Mitglieder im Universitätssektor zum Streik auf, dies als Teil der 18 Aktionstage, die in den nächsten zwei Monaten stattfinden sollen, nachdem die jüngsten Gespräche mit den 150 „Arbeitgebern“ zu keinem Angebot geführt haben, das die in den letzten 12 Jahren der Tory-Regierung vorgenommenen Lohnkürzungen in irgendeiner Weise wieder ausgleichen könnte. Die zunehmende Prekarisierung des Sektors ist ein weiterer Grund für die Kampfbereitschaft. (Die UCU-Mitglieder in den Colleges in England und Wales wurden am 1. Februar nicht zum Streik aufgerufen, obwohl sie sich in einem Lohnstreit befinden. In mindestens einem College, wahrscheinlich sogar in mehreren, haben sie kurze Solidaritätsaktionen durchgeführt. Die schottischen College-Lehrer\*innen der Gewerkschaft EIS haben in den letzten Jahren erbitterte, aber erfolgreiche Streiks geführt und ihre Mitglieder an den Schulen und Universitäten, die in den aktuellen Auseinandersetzungen engagiert sind, logistisch unterstützt.) In einigen Universitäten kämpfen die UCU-Mitglieder auch gegen die Kürzung ihrer Rentenansprüche.

Die Lokführergewerkschaft ASLEF ist am 1. Februar mit der Mehrheit ihrer 21 000 Mitglieder, die in mehr als einem Dutzend Bahnunternehmen beschäftigt sind, in den Streik getreten. Die ASLEF wird weitere Aktionen durchführen, nachdem es ihr nicht gelungen ist, mit den Bossen eine Einigung über Löhne und Arbeitsbedingungen zu erzielen. Die Verkehrsgewerkschaft RMT hat am 1. Februar ebenfalls ihre Lokführer [aber nicht die anderen Beschäftigtengruppen] zum Streik aufgerufen und am anderen Tag streikt die ASLEF. Dies scheint eine verpasste Gelegenheit für die RMT zu sein, die in vielerlei Hinsicht das Rückgrat der Streikbewegung seit letztem Sommer war, da die Mehrheit ihrer Mitglieder keine Lokführer sind, sondern andere Aufgaben wahrnehmen. Die RMT führt derzeit eine Urabstimmung unter ihren Mitgliedern über ein neues Angebot durch, wobei erwartet wird, dass es abgelehnt wird.

Für diese Verkehrsgewerkschaften – und ihre Fahrgäste – geht es in diesen Auseinandersetzungen, bei denen die RMT seit neun Monaten Streikaktionen durchführt, auch um erhebliche Arbeitsplatzverluste. Das Vorhaben, viele Züge nur noch mit Fahrern zu besetzen, hat enorme Auswirkungen auf die Sicherheit und wird außerdem den Zugang zu den Zügen für Menschen mit Behinderung weiter erschweren, von denen viele auf Hilfe angewiesen sind, um in die Züge ein- und auszusteigen.

Die andere Gewerkschaft, die am 1. Februar in England und Wales in einen größeren Streik getreten ist, ist die NEU, die wichtigste Lehrgewerkschaft in diesen beiden Ländern. Sie fordert eine gerechte und den Lebensstandard sichernde Lohnerhöhung. Die NEU gab das Ergebnis ihrer Urabstimmung am 16. Januar bekannt. In Wales konnten sie ein ausreichend hohes Ergebnis erzielen, um alle ihre Mitglieder zur Teilnahme zu bewegen, aber in England streikten nur die Lehrkräfte, da der Anteil der Ja-Simmen des übrigen Schulpersonals nicht hoch genug war. Die zweitgrößte Lehrgewerkschaft in England und Wales, die NASUWT, hatte mit überwältigender Mehrheit für Streiks gestimmt, erreichte aber nicht die erforderliche Wahlbeteiligung. Einige NASUWT-Mitglieder sind der NEU beigetreten, um zu streiken. Seit der Bekanntgabe der Urabstimmungsergebnisse und des Streikplans hat die NEU über 40 000 neue Mitglieder gewonnen.

Das Schulwesen in Schottland ist von dem in England und Wales getrennt und die dortige Lehrgewerkschaft EIS verfolgt ein anderes Programm an Arbeitskämpfen mit einem eintägigen landesweiten Streik im Januar, gefolgt von einem rotierenden Programm eintägiger Aktionen im Januar und Februar, die jeweils zwei Landkreise betreffen. Darauf folgen zwei ganztägige Streiks in ganz Schottland am 28. Februar und 1. März. Der Kampf richtet sich gegen die Kommunalverwaltungen und die schottische Regierung der Scottish National Party (SNP), die von den Grünen unterstützt wird. Die EIS ist die größte Gewerkschaft in den schottischen Schulen, insbesondere in den Grundschulen. Aber auch drei kleinere Lehrgewerkschaften haben für Streiks gestimmt. Die Streikpostenketten an den Schulen und die Teilnahme an örtlichen Kundgebungen haben während des Streiks erheblich zugenommen, und die überwiegend weiblichen Mitglieder der EIS werden immer kämpferischer – eine vollständige zweitägige Schließung der schottischen Schulen ist sehr wahrscheinlich.

Trotz der Tatsache, dass die Mainstream-Medien, sehr oft gemeinsam mit der britischen Regierung, die Streikenden über Monate hinweg angegriffen und verzweifelt versucht haben, vermeintlich „gewöhnliche Mitglieder der Öffentlichkeit“ zu finden, die gegen sie wettern, erfreuen sich die Streiks weiterhin großer Beliebtheit.

Es gibt viele Berichte über Eltern und Schüler, die sich an Streikposten vor Schulen beteiligen, um die dort Beschäftigten zu unterstützen. Studierende, die den Streik der UCU unterstützen, schlossen sich ebenfalls Streikposten und Demonstrationen an den Universitäten in ganz



Großbritannien an und studentische Solidaritätsgruppen werden zunehmend zu einem Bestandteil des Universitätslebens und beginnen, die bisher noch kaum wahrgenommenen steigenden Lebenshaltungskosten auch für eine Million Studierende zu thematisieren.

Die Demonstrationen am 1. Februar wurden mit Hupkonzerten von Bussen und Autos begrüßt und die Menschen kamen jubelnd und klatschend von ihren Arbeitsplätzen und aus ihren Wohnungen. Immer mehr Menschen aus der Arbeiter\*innenklasse erkennen, dass die Krise der Lebenshaltungskosten ein Angriff auf uns alle ist, auf Erwerbstätige und Nicht-Erwerbstätige quer durch alle Altersgruppen.

Die Berichte über die Beteiligung an den Demonstrationen waren beeindruckend. 40 000 in London, 9000 in Oxford, 7000 in Bristol, 1000 in Cardiff, 500 in Swansea, 2000 in Leeds, 4000 in Manchester, 1000 in Glasgow, 700 in Nottingham bei der Kundgebung im Saal und viele weitere bei Demonstrationen auf den Straßen sowie in kleinerer Zahl in anderen Orten. Von vielen anderen Protesten wird berichtet, dass Tausende auf der Straße waren.

Genauso wichtig wie die Zahl der Teilnehmenden war die Stimmung – die Überzeugung, dass die Lohnforderungen der Gewerkschaften völlig gerechtfertigt sind und dass die Öffentlichen Dienste, für die die Beschäftigten sorgen, ebenso wie ihre Löhne durch mehr als ein Jahrzehnt der Sparmaßnahmen zusammengeschrumpft wurden. Die Menschen sind sich darüber im Klaren, dass das „Minimum Service Bill“ – so der offizielle Name des gewerkschaftsfeindlichen Gesetzentwurfs – ein schlechter Scherz ist in einem Land, in dem Unterbesetzung und Überlastung dazu führen, dass die Dienstleistungen, insbesondere im Nationalen Gesundheitsdienst (NHS), zusammenbrechen und die bestehenden Gesetze so drakonisch sind. Die Gewerkschaften im Vereinigten Königreich sind mit sehr restriktiven Gesetzen konfrontiert, die Streiks behindern: Sie müssen per Brief (also nicht elektronisch) Abstimmungen durchführen, eine hohe Wahlbeteiligung ist erforderlich, Kampfmaßnahmen können sich nur gegen einzelne „Arbeitgeber“ richten – also nicht gegen die jeweilige Kontrollinstanz wie die Regierung – und Streiks müssen 14 Tage im Voraus angekündigt werden. Eine Missachtung führt immer wieder dazu, dass Gerichte Gewerkschaftsgelder beschlagnahmen und Funktionäre und Mitglieder strafrechtlich verfolgen.

Die Mainstream-Medien in Großbritannien machen viel Aufhebens um die Tatsache, dass 2011 mehr als doppelt so viele Arbeiter\*innen gegen Angriffe auf die Renten

im Öffentlichen Sektor gestreikt haben. Aber die Situationen sind nicht vergleichbar. Die meisten Arbeiter\*innen wussten damals, dass die Aktion im Jahr 2011 nicht mehr als ein symbolischer Protest war. Der 1. Februar ist für einige Gewerkschaften Teil einer sieben Monate andauernden Aktionswelle, die möglicherweise immer noch nicht ihren Höhepunkt erreicht hat.

In Schottland und Wales haben die Regierungen der SNP (Schottische National Partei mit Unterstützung der Grünen) und – in Wales – der Labour-Partei (mit Unterstützung von Plaid Cymru) versucht, bessere Lohnangebote zu machen als die britische Tory-Regierung, so dass einige Streiks in einem oder in diesen beiden Ländern vermieden werden konnten. Formal stehen alle vier dieser mehrheitlich sozialdemokratisch geprägten Parteien gewerkschaftlichen Forderungen und dem Streikrecht positiv gegenüber. Sie verfügen jedoch nicht über die rechtlichen oder finanziellen Mittel der britischen Zentralregierung, die sozialdemokratischen Parteien sind in den Zwängen der britischen Dezentralisierung gefangen. Wenn es ihnen nicht gelingt, sich von diesem Zwang zu befreien, werden sie letztlich eher Teil des Problems als dessen Lösung sein.

### Bevorstehende Aktionen

Zwar streikten am 1. Februar sechs Gewerkschaften, doch sind damit noch nicht alle Gewerkschaften erfasst, die sich derzeit im Arbeitskampf befinden. An diesem Tag war keine Gewerkschaft des Gesundheitswesens im Streik, aber die vier wichtigsten Gewerkschaften werden in England zwischen dem 6. und 10. Februar in den Ausstand treten. Die Gewerkschaft der Krankenpfleger\*innen, das Royal College of Nursing (RCN), wird am 6. und 7. Februar streiken. Während des größten Teils seiner hundertjährigen Geschichte waren für das RCN Streiks ein Tabuthema, so dass die aktuelle Aktion eine bedeutende Veränderung darstellt. Beschäftigte des Rettungsdienstes der Gewerkschaften GMB und Unite werden ebenfalls am 6. Februar in England streiken, während die dritte Gewerkschaft, Unison, ihre Beschäftigten des Rettungsdienstes am 10. Februar in England zum Streik aufruft. Die Chartered Society of Physiotherapy wird am 9. Februar streiken. Es gibt also nur einen Tag in dieser Woche, an dem kein Gesundheitspersonal streiken wird. Die Assistenzärzte in England, die der Gewerkschaft BMA angehören, führen ebenfalls eine Urabstimmung über Streiks für höhere Gehälter durch und diese könnten im März folgen. In Wales hat die GMB ihre Aktionen ausgesetzt, um ihren

Mitgliedern ein neues Angebot der walisischen Regierung vorzulegen.

Zwei weitere Gruppen sollten erwähnt werden. Die Postangestellten der Gewerkschaft Communication Workers Union (CWU) streikten in der Vorweihnachtszeit 18 Tage lang für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Es gab zwei getrennte Urabstimmungen – niemand, mit dem ich gesprochen habe, versteht warum – im Abstand von wenigen Wochen. Nach den geltenden gewerkschaftsfeindlichen Gesetzen lief ihr Mandat für Streiks für höhere Löhne aus, und sie mussten die Urabstimmung wiederholen. Bei der ersten Abstimmung ging es um die Löhne, bei der zweiten um die Arbeitsbedingungen, bei denen die Geschäftsleitung im Allgemeinen versucht, die Produktivität zu steigern, die Fahrer zu zwingen, sich selbständig zu machen, und die Royal Mail in ein Paketstellunternehmen à la Amazon zu verwandeln.

Nach den geltenden gewerkschaftsfeindlichen Gesetzen lief ihr Mandat für einen Lohnkampf aus, und sie mussten eine neue Urabstimmung durchführen. Leider werden die Ergebnisse der Urabstimmung nicht vor dem 16. Februar erwartet, und die 14-tägige Ankündigungsfrist für einen Streik bedeutet, dass Streiks zu diesem Thema erst Anfang März wieder aufgenommen werden können. In der Zwischenzeit haben sie für den 16. Februar einen Streik zu den Arbeitsbedingungen angekündigt, da die Geschäftsführung einseitig Änderungen durchsetzt.

Die Feuerwehrgewerkschaft FBU gab am 30. Januar das Ergebnis ihrer Urabstimmung [im gesamten Vereinigten Königreich] über einen Arbeitskampf bekannt, bei der sich bei einer Wahlbeteiligung von 73 % hervorragende 88 % für den Arbeitskampf ausgesprochen haben. Die FBU hat den Behörden und der Regierung eine Frist von 10 Tagen bis zum 9. Februar gesetzt, um ihren Mitgliedern ein verbessertes Angebot zu unterbreiten. Die FBU ist mit weniger als 35 000 Mitgliedern relativ klein, befindet sich aber in einer strategisch sehr wichtigen Position.

Für alle Gewerkschaften, die am 1. Februar auf die Straße gegangen sind, war dieser Tag nur einer von mehreren, die je nach Gewerkschaft oder Branche unterschiedlich verlaufen. Es wird über einen weiteren koordinierten Aktionstag vielleicht Anfang März diskutiert – und diejenigen von uns, die sich besonders in der Kampagne gegen die gewerkschaftsfeindlichen Gesetze engagieren, fordern eine nationale Demonstration gegen das neue Gesetz. Auf jeden Fall ist die Stimmung nach dem 1. Februar zweifellos besser als vorher. Mehr als eine Million Beschäftigte sind derzeit von ihrer Gewerkschaft zum Streik aufgerufen,

aber der 1. Februar war der erste koordinierte Tag in ganz Großbritannien – viele erwarten für die Zukunft ein höheres Maß an Koordination.

### **Sind die Gewerkschaften in Großbritannien der anstehenden Aufgabe gewachsen?**

Die Geschichte, die Struktur und die Traditionen der gewerkschaftlichen Organisation sind in jedem Land anders. Eine Besonderheit in Großbritannien liegt darin, dass es einen gemeinsamen Gewerkschaftsverband, den Trade Union Congress (TUC), gibt, dem fast alle Gewerkschaften angeschlossen sind, insgesamt sind es 98. Es gibt aber auch Ausnahmen. Das RCN ist nicht dem britischen TUC angeschlossen – und war ursprünglich eher ein Berufsverband als eine Gewerkschaft. Auf der anderen Seite gibt es kleinere Gewerkschaften – die Industrial Workers of the World UK, die Independent Workers Union of Great Britain und United Voices of the World, die sich als demokratischer als die traditionellen Gewerkschaften verstehen und sich oft an die sich überschneidenden Gruppen der prekär Beschäftigten mit Arbeitsverträgen über null Stunden und der Wanderarbeiter wenden und ebenfalls unabhängig vom TUC sind. In Schottland gibt es seit über einem Jahrhundert ein unabhängiges Zentrum für gewerkschaftliche Organisation – den STUC –, aber die Mitgliedschaft überschneidet sich weitgehend mit der des TUC, es gibt eine gegenseitige Anerkennung und der STUC fungiert weitgehend als die einheitliche Gewerkschaftsorganisation in diesem Land.

Unter den dem TUC angeschlossenen Gewerkschaften gibt es erhebliche Unterschiede. Einige sind Industriegewerkschaften, die in einem einzigen Wirtschaftszweig organisiert sind, während andere allgemeine Gewerkschaften sind, die in vielen Bereichen Mitglieder aufnehmen. Viele Gewerkschaften gibt es im gesamten Vereinigten Königreich, also einschließlich Nordirlands, während einige auch in der Republik Irland Mitglieder aufnehmen. EIS, die Lehrer\*innengewerkschaft, die nur in Schottland aktiv ist, wurde bereits erwähnt und es gibt auch eine kleine Bildungsgewerkschaft, die nur in Wales tätig ist. Seltsamerweise unterstützt die Artists Union of England nur in England lebende Künstler\*innen.

Traditionell waren die meisten Industriegewerkschaften der Labour Party angeschlossen, während die Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes seltener Mitglied waren. Die Mitgliedschaft ermöglicht es den Gewerkschaften, formell an der Politikgestaltung der Labour Party mitzuwirken. Sie hat es aber auch vielen

Gewerkschaftsführer\*innen ermöglicht, sich gegen Streiks auszusprechen, nach dem Motto: „Wir wollen keine Unruhe stiften“. Diese Rücksichtnahme kommt nicht nur zum Zug, wenn die Labour-Partei an der Regierung ist, sondern auch im Vorfeld von Parlamentswahlen, wenn es darum geht, die Tories von der Regierung fern zu halten, was das Wichtigste – manchmal sogar das Einzige – ist, wofür diese Gewerkschaftsführungen aktiv sind. Da der Dachverband TUC die gleiche Grundausrichtung verfolgt, wirken sich solche Argumente auch auf Gewerkschaften aus, die nicht Mitglied der Labour Party sind.

Das Niveau der betrieblichen Organisation ist sehr unterschiedlich. Vor der historischen Niederlage des Bergarbeiterstreiks von 1984–85 gab es eine starke Zunahme und Koordinierung von Vertrauensleuten – gewählte Vertreter\*innen in den Betrieben und auch betriebsübergreifend unter den Arbeiter\*innen der gleichen Berufsgruppe. Diese Aktivist\*innen fungierten als Sprachrohr der Mitglieder in Auseinandersetzungen mit der Unternehmensleitung, aber auch als Transmissionsriemen für gewerkschaftliche Botschaften an die Mitglieder, gleichzeitig aber auch als Widerpart zu Konzepten der Sozialpartnerschaft, wenn hauptamtliche Gewerkschafter\*innen versuchten, diese zu verbreiten.

Nach der Niederlage des Bergarbeiterstreiks und anderer wichtiger Streiks wurde diese Ebene gewerkschaftlicher Aktivist\*innen jedoch durch gewerkschaftliche und politische Niederlagen (einschließlich massiver Entlassungen und Schließungen in der gesamten Industrie) nachhaltig geschwächt. Auch im expandierenden öffentlichen und Dienstleistungssektor war es nicht möglich, in nennenswertem Umfang neue, jüngere Aktivist\*innen gewerkschaftlich zu organisieren, da die überwältigende Mehrheit der Gewerkschaftsführungen entweder die Sozialpartnerschaft oder ein „Dienstleistungs“-Modell – Beitritt zur Gewerkschaft, um billigere Versicherungen usw. zu erhalten – oder eine Kombination von beiden vertrat.

Der Rechtsruck war nicht universell, aber kleinere und aktivere Gewerkschaften wie die RMT und die FBU waren nicht in der Lage, das allgemeine Kräfteverhältnis zu verschieben. Die Zahl der durch Streiks verlorenen Arbeitstage sank auf einen historischen Tiefstand – ebenso wie die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder, insbesondere im privaten Sektor. Der Anteil der Beschäftigten im Vereinigten Königreich, die Mitglied einer Gewerkschaft sind, sank auf 23,1 % im Jahr 2021. Dies ist der niedrigste Prozentsatz an Gewerkschaftsmitgliedern unter den britischen Arbeiter\*innen, für den uns entsprechende Daten

vorliegen. Im Jahr 1979 zählte der TUC 13 Millionen Mitglieder, im Jahr 2022 nur noch 5,5 Millionen.

Die Streiks der letzten sieben Monate haben begonnen, die Situation umzukehren – es wurden mehr Gewerkschaftsmitglieder gewonnen, es wurden mehr Aktivist\*innen motiviert und vielen Menschen wurde zum ersten Mal ein gewisser Eindruck ihrer kollektiven Macht vermittelt. Die Tatsache, dass die britische Tory-Regierung – die oft direkt oder indirekt für das Lohnniveau verantwortlich ist – gleichzeitig so unnachgiebig und so verhasst ist, hat Auswirkungen auf die Dynamik der Ereignisse. Während einige Bosse in der Privatwirtschaft ohne Streik oder nach relativ kurzen Auseinandersetzungen sich auf Lohnabschlüsse im zweistelligen Bereich einließen, gibt es bei den großen Streiks im Öffentlichen Dienst bisher kein Anzeichen für Bewegung.

Dies hat zur Folge, dass trotz der Tatsache, dass die Labour-Partei in den Meinungsumfragen im Vereinigten Königreich meilenweit vor den regierenden Tories liegt, jeder Versuch der Beruhigung nach dem Motto „Treibt es nicht zu wild“ keine nennenswerte Wirkung auf die Kampfbereitschaft hat. Gleichzeitig entwickelt sich langsam eine breitere soziale Bewegung, die sich mit den Streiks solidarisiert, wobei sie sich häufig von den Unterstützungsgruppen der Bergarbeiter inspirieren lässt, die es 1984/85 gab (und die in dem bekannten Film „Pride“ dargestellt wurden). Lokale Gewerkschaftsorganisationen – Trades Councils – führten jahrzehntelang ein Schattendasein, könnten aber allmählich eine größere Rolle spielen.

In vielen Gewerkschaften, auch in den derzeit im Streik befindlichen, haben die hauptamtlichen Funktionär\*innen und nicht die von der Mitgliedschaft gewählten Personen die größte Entscheidungsmacht, wenn es darum geht, darüber zu befinden, wie die Auseinandersetzungen geführt werden und wann Streiks ausgerufen werden. Die linken Fraktionen in den meisten Gewerkschaften sind schwach und zersplittert – sie verbringen oft genauso viel Zeit damit, sich untereinander zu streiten, wie sie damit zubringen, sich mit den Bossen oder der Gewerkschaftsbürokratie auseinanderzusetzen. Sie konzentrieren sich praktisch nicht darauf, wie neue Aktivist\*innen, die sich am Arbeitsplatz radikalieren, einbezogen werden können.

Dies bedeutet, dass es zwei strategische Debatten geben muss. Einerseits muss darüber diskutiert werden, wie die aktuellen Streiks gewonnen werden können – ein Thema, bei dem es in der radikalen Linken eine große Übereinstimmung mit dem Ruf nach Ausweitung und Koordination der Aktionen gibt. Aber darüber hinaus und unabhängig

davon, ob es uns in allen Fällen gelingt, den Angriff auf unseren Lebensstandard, unsere Arbeitsbedingungen und auf unser Recht, uns gewerkschaftlich zu organisieren, zurückzuschlagen, müssen wir in uns gehen und darüber nachdenken, wie wir unsere Gewerkschaften so umgestalten können, dass die Arbeiter\*innen selbst entscheiden, wie und wann sie Maßnahmen ergreifen, und nicht diejenigen, die wir als Hauptamtliche bezahlen und die dazu da sein sollten, diese Entscheidungen umzusetzen, anstatt ihre Wirksamkeit zu behindern oder abzuschwächen.

5. Feb. 2023

■■■■■ **Terry Conway** ist Mitglied von Anti\*Capitalist Resistance, wo unsere britischen Genoss\*innen von Socialist Resistance als Strömung mitarbeiten.

■ *Übersetzung: Jakob S.*



# GEWERK- SCHAFTEN IN FRANKREICH

Wenn man sich mit den französischen Gewerkschaften beschäftigt, fällt auf, dass sie zahlenmäßig schwach, gespalten und träge sind, obwohl die Verwerfungen und Krisen, mit denen die Arbeiter\*innen und Unterdrückten konfrontiert sind, nachdrücklich zum Handeln zwingen. **Léon Crémieux**

Die Gewerkschaftsbewegung ist Teil eines komplexen Beziehungssystems zwischen den drei großen Akteuren der kapitalistischen Gesellschaft: dem Staat (politische Parteien und Regierungen), den Unternehmer\*innen (innerhalb der von den internationalen Konzernen vorgegebenen Grenzen) und den Arbeiter\*innen (insbesondere vermittelt der Gewerkschaften).

Die Geschichte der Gewerkschaftsorganisationen in Frankreich (wie auch in den romanischen Ländern) ist geprägt durch eine relative Autonomie der Basisstrukturen, einen geringen gewerkschaftlichen Organisationsgrad und ein vehementes Eintreten für ihre Forderungen. Die kommunistische Bewegung hat zu einer starken politischen und organisatorischen Verbindung zwischen Gewerkschaften und den Parteien geführt. Da sich gewerkschaftliche und politische Kämpfe einander ergänzen, waren diese Gewerkschaften in beiden Feldern aktiv und versuchten unter Rückgriff auf die Gesetzgebung, ein für die Arbeiterklasse günstiges Kräfteverhältnis durchzusetzen. Mit wiederholten großen politischen Streiks gingen sie dann dazu über, die globalen Kräfteverhältnisse auf nationaler Ebene zu festigen. Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmen standen nicht im Vordergrund, sondern eher Gesetzesänderungen oder Regierungsentscheidungen.

## **Historischer Abriss**

Die 1895 gegründete CGT war lange Zeit hegemonial, und zwar bis nach dem Zweiten Weltkrieg. Die anarcho-syndikalistischen und die von der II. Internationale

geprägten sozialistischen Traditionen wurden durch das wachsende Gewicht der KPF nach den Streiks im Juni 1936 verschüttet. Diese Streiks erzwangen bedeutsame soziale Errungenschaften (bezahlter Urlaub, 40-Stunden-Woche und 15 % Lohnerhöhung), die materiellen Grundlagen für ein gewerkschaftliches Funktionärswesen wurden jedoch erst mit der Errichtung von auf Gewerkschaftslisten gewählten Personalvertretungen auf breiter Ebene und der Einführung von Tarifverträgen geschaffen. Die Gewerkschaftsbewegung, die 1934 gespalten (CGT/CGTU) und geschwächt war und nur 800 000 Mitglieder zählte, wuchs 1937 auf vier Millionen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg vereinte die Regierung, an der die PCF beteiligt war, Bourgeoisie und Arbeiterklasse für den „Wiederaufbau des Landes“. Durch die Einführung der Sozialversicherung und der Betriebsräte, die Verstaatlichungen und die Schaffung diverser Verhandlungsgremien wuchs der CGT-Apparat enorm. Die bruske politische Wende durch den „Kalten Krieg“ und die darauf folgende Absetzung der kommunistischen Minister führte dazu, dass CGT und PCF eine Politik nach Art der „dritten Periode der Komintern“ wiederaufleben ließen, nachdem der Renault-Streik von 1947 sie um den Erhalt ihrer Hegemonie fürchten ließ.

Diese Kehrtwende lieferte einer von den US-Gewerkschaften unterstützten Minderheit den Vorwand für eine Spaltung, aus der die CGT-Force Ouvrière hervorging. Der Lehrerverband der CGT (FEN) wandte sich gegen die Aufspaltung in CGT und CGT-Force Ouvrière und entschied sich für eine – eigentlich vorübergehende – Autonomie. Zum Zeitpunkt der Spaltung zählte die CGT-FO nach eigenen Angaben 300 000 Mitglieder.

In der Nachkriegszeit trugen der politische Zickzackkurs der PCF, die die Politik der CGT bestimmte, und die positiven Auswirkungen der dreißig „Wirtschaftswunderjahre“ (trente glorieuses) zu einem stetigen Gewichtsverlust der CGT bei, der durch die Protestbewegungen im Mai 68 oder im Winter 95/96 kaum aufgefangen wurde. Mit dem Bergarbeiterstreik von 1963 äußerte sich die wieder auflebende Kampfbereitschaft in harten Streiks und 1966 wurde eine Aktionseinheit zwischen CGT und CFDT vereinbart. Gleichzeitig bewies die Confédération française des travailleurs chrétiens (CFTC), die auf ihrem Kongress 1964 den Bezug zum Katholizismus aufgab und sich in CFDT umbenannte (nur 10 % der Delegierten sprachen sich gegen die Aufgabe der Konfessionsgebundenheit aus und behielten die CFTC bei), dass sie sich besser an die gesellschaftlichen

Entwicklungen anpassen konnte und verzeichnete einen Anstieg ihrer Mitgliedschaft, die zu Beginn des 21. Jahrhunderts mit der CGT gleichzog.

Ab Mitte der 1970er Jahre nahm die CFDT jedoch eine „Neuausrichtung“ vor – offiziell hin zur Gewerkschaftsarbeit – bei der es sich in Wirklichkeit aber um eine Distanzierung von den Mobilisierungen und den „linken“ Parteien handelte. Diese Politik führt dazu, dass zahlreiche Aktivist\*innen austraten und die Gewerkschaften Solidaires unitaires démocratiques (SUD) gründeten, die sich später unter dem Label Solidaires zusammenschlossen. Ihre „Anpassungsfähigkeit“ führte dazu, dass sich die CFDT den Plänen der jeweiligen Regierungen unterordnete, die zahlreiche von der CFDT unterstützte Gegenreformen (Renten, Arbeitslosenversicherung, Arbeitsrecht) durchführten. Der gleiche Anpassungsprozess fand Anfang der 1990er Jahre in der FEN statt und führte zu einer großen Spaltung und der Gründung der FSU (Fédération syndicale unitaire), die sehr schnell zur größten Gewerkschaft im Bildungswesen wurde. Nachdem die CFDT 1995/96 eine geplante „Rentenreform“ unterstützt hatte, verließen mehrere Gewerkschaftsgliederungen die CFDT und wechselten zur CGT, zur FSU oder zu Solidaires.

Bei der CGT führte die Schwächung der PCF im Gefolge des Falls der Berliner Mauer zu einem „Balkanisierungsprozess“, der sich in einer relativen politischen Autonomie der Departementsverbände oder der Berufsverbände äußerte. Die Situation spitzte sich im Februar 2005 zu, als der Nationale Gewerkschaftsausschuss (CCN), das „Parlament“ der Gewerkschaft, gegen den Rat von Generalsekretär Bernard Thibault die Ablehnung der EU-Verfassung empfahl, und anschließend in der Krise um die Nachfolge des Generalsekretärs. Die Force Ouvrière, die lange Zeit in einem bloßen Antikommunismus gefangen war, galt lange Zeit als reformistisch oder gar kollaborationistisch gegenüber Unternehmern und Regierung. Anfang der 1990er Jahre wurde auch die sozialdemokratisch orientierte UNSA (Union nationale des syndicats autonomes) gegründet, in der sich mehrere autonome Gewerkschaftsverbände um die FEN und einen autonomen Verband von Polizeigewerkschaften vereinigten.

### Neoliberale Offensive

Seit Mitte der 1970er Jahre wird auch der französische Kapitalismus von der umfassenden Neuorganisation auf globaler Ebene erfasst, die durch die ständigen Wirtschaftskrisen und als Reaktion auf die Verunsicherung infolge der Protestbewegungen Ende der 1960er Jahre erzwungen

wurde. Die Auswirkungen auf die Arbeitsorganisation und die Arbeitsbedingungen sind überall gleich: Prekariisierung, Individualisierung, Intensivierung, Verlängerung der Arbeitszeiten. Die massive Zunahme von Ausgliederungen und Subunternehmen, insbesondere in den großen Industriekonzernen, von Telearbeit und die Uberisierung zahlreicher Berufe führen zu einer zunehmenden Zerschlagung der Arbeitskollektive, untergraben die Fähigkeit zum kollektiven Widerstand und die Solidarität. Im privaten Sektor wird die Schwächung der Gewerkschaften noch durch Repressionen verschärft. Im öffentlichen Sektor führen Privatisierungen und wiederholte Eingriffe in statuarische Absicherungsmechanismen zu sozialer Verunsicherung und Repressionsandrohungen.

### Gegenwärtige Lage

Im Jahr 2019 gaben 10,3 % der Lohnabhängigen in Frankreich an, einer Gewerkschaft anzugehören, 11,0 % der Männer und 9,5 % der Frauen. Die Stärke einer Gewerkschaft hängt weitgehend von ihrer offiziellen Repräsentativität ab, die zur Ernennung von Gewerkschaftsvertreter\*innen berechtigt und es ermöglicht, Tarifverträge auszuhandeln und zu genehmigen.

Diese Repräsentativität wird anhand von Kriterien bestimmt, die 2008 neu festgelegt wurden:

- Achtung der republikanischen Werte (ersetzt die „patriotische Haltung während der Okkupation“ aus dem Jahr 1946);
- Unabhängigkeit;
- Finanzielle Transparenz;
- Verankerung von mindestens zwei Jahren im jeweiligen beruflichen und geografischen Sektor;
- Einfluss, der vorrangig auf Aktivität und Erfahrung zurückgeht;
- Mitgliederzahl und Mitgliedsbeiträge;
- Die Quotierung für die jeweiligen Verhandlungsebenen basiert auf dem Wahlergebnis in der ersten Runde der Wahlen zum Sozial- und Wirtschaftsausschuss (der im Gesetz von 2018 den Betriebsrat ersetzt hat). Insbesondere muss eine Gewerkschaft in einem Unternehmen oder einer Einrichtung im privaten Sektor im ersten Wahlgang 10 % der Stimmen erhalten, um als repräsentativ zu gelten und an den Verhandlungen teilnehmen zu können. Diese Schwelle liegt bei 8 % aller Unternehmen einer Branche. Es gibt über 300 Branchentarife, aber 50 Haupttarife.

Die Gewerkschaften CGT, CFDT, CGT-FO, CFTC und die Angestelltengewerkschaft CFE-CGC sind auf na-

tionaler Ebene repräsentativ. (Diese Repräsentativität mit einer globalen Mindestschwelle von 8 % wird in der Privatwirtschaft seit 2012 alle vier Jahre neu berechnet.) Nach der Quotierung ist die CFDT (26,77 %) im öffentlichen und privaten Sektor nunmehr die größte Gewerkschaftsorganisation vor der CGT (22,96 %), wobei beide Gewerkschaftsverbände jeweils etwas mehr als 600 000 Mitglieder haben. FO (15,24 %) weist 350 000 Mitglieder auf, CFE-CGC (11,92 %) und CFTC (9,50 %) rund 140 000 Mitglieder. Die FSU ist der größte Gewerkschaftsverband im Bildungswesen und hat 160 000 Mitglieder, wobei ihr Organisationsbereich hauptsächlich den öffentlichen Dienst umfasst. Solidaires hat 110 000 Mitglieder und ist nur in einer begrenzten Anzahl von Branchen und Unternehmen sowie im öffentlichen Dienst offiziell repräsentativ.

Die zahlenmäßige Schwäche der Gewerkschaftsbewegung in Frankreich ist unübersehbar. Der durchschnittliche gewerkschaftliche Organisationsgrad der Arbeiter\*innen in den Mitgliedsländern der Europäischen Union liegt bei 23 %; er schwankt je nach Land zwischen 10 % und über 70 % der Beschäftigten. Diese Unterschiede sind in erster Linie auf historisch unterschiedliche Formen des Gewerkschaftswesens und der Regulierung der Arbeitsbeziehungen zurückzuführen. Die französischen Gewerkschaften verwalten weder die Arbeitslosenversicherung noch die Zusatzkrankenversicherung oder die Berufsbildung direkt. Außerdem werden die zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden geschlossenen Vereinbarungen per Gesetz fast systematisch auf alle Beschäftigten angewandt. Die Mitgliederzahlen und der Einfluss der größten Gewerkschaftsverbände (CFDT, CGT, FO) sind seit Mitte der 1970er Jahre drastisch gesunken.

Die großen Protestbewegungen von 1995 (Sozialversicherung und Rentensonderregelungen), 2003 (Renten), 2006 (Ersteinstellungsvertrag für Jugendliche), 2010 (Renten), 2017 (Reform des Arbeitsgesetzbuchs), 2018 (SNCF-Statut) und 2019 (Renten) haben die seit den 1990er Jahren geltende Stagnation kaum beeinflusst. Während diese breiten Proteste meist von Großdemonstrationen geprägt waren, verliefen die Streiks, abgesehen von 1995, eher ruhig und hauptsächlich im öffentlichen Sektor. Im Privatsektor und insbesondere in der Industrie beschränkten sich die Kämpfe auf die Verteidigung von Arbeitsplätzen und gegen Unternehmensschließungen. Bei Continental, Sade, New Fabris und SBFM (Gießereien), Goodyear, Ford, PSA Aulnay gab es massive, anhaltende Kämpfe mit breiter Unterstützung der Bevölkerung, die es manchmal

ermöglichten, Schließungen und Entlassungen abzuwehren, ohne sie jedoch letztlich ganz zu verhindern. Die letzte große Protestbewegung (vor der aktuellen, bei der es wieder um die Renten geht) war die der Gelbwesten, die die Regierung eine Zeit lang in Atem hielt. Sie war eine sozial heterogene Bewegung, die sich hauptsächlich gegen den Verfall der Kaufkraft richtete und am Rande der Gewerkschaftsbewegung stand, die sie wiederum erst spät und sehr unterschiedlich unterstützte.

Insgesamt hat die Gewerkschaftsbewegung schon seit Jahrzehnten darin versagt, ihren Nutzen bei den zentralen Anliegen und großen Protestbewegungen der Lohnabhängigen unter Beweis zu stellen. Stattdessen konzentriert sie sich vorwiegend auf die Unternehmensebene. Lokale Konflikte, Lohnkämpfe, individuelle Verteidigung der Beschäftigten und die Verwaltung der sozialen und kulturellen Einrichtungen bilden das mehr oder weniger radikale Aktionsfeld der Gewerkschaften. Sie sind immer stärker auf die Unternehmen beschränkt und verfügen über institutionelle Mittel, die jedoch durch die Reform des Arbeitsgesetzes von 2017 stark eingeschränkt wurden: Personalvertreter\*innen wurden abgeschafft, die Mittel des Ausschusses für Hygiene, Sicherheit und Arbeitsbedingungen und der Betriebsräte, die zu betrieblichen Sozialausschüssen wurden, wurden gekürzt (im Grunde eine Halbierung der Anzahl der gewählten oder ernannten Vertreter).

Das Rückgrat der großen Gewerkschaftsverbände sind die Branchen- und Departementsverbände, wobei die großen Unternehmensgewerkschaften eine erhebliche Schwächung erfahren haben: Renault, Energie-, Transport- und Telekommunikationssektor. Diese Konstellation führt dazu, dass sich die Apparate von den Aktivist\*innen und den Arbeiter\*innen entfernen und ihnen durch den Beitragsrückgang wesentliche materielle Mittel entzogen werden, bei gleichzeitig wachsender Abhängigkeit von den Strukturen des „sozialen Dialogs“: zahlreiche Ausschüsse, Verhandlungen auf verschiedenen geografischen Ebenen, in verschiedenen Branchen, enge Beziehungen zu Agenturen für Wirtschaftsgutachten oder Arbeitsorganisation, zu Krankenkassen, die Mitverwaltung der Zusatzrenten, der Berufsbildung etc.

Die sinkende Zahl der gewählten Vertreter\*innen hat diese Entfremdung noch weiter verstärkt und die Freistellungen auf wenige Vertreter\*innen beschränkt. Sie hat auch den Ortsverbänden Mittel entzogen, die insbesondere in der CGT eine Stütze für die Aktivitäten in Industriegebieten, Kleinbetrieben und unter prekär Beschäftigten

sind. Und das in einer politischen Situation, in der die jüngsten Regierungen ihre Politik rücksichtslos durchzusetzen versuchen, ohne sich in die Mühen des sozialen Dialogs und der Mediation zu begeben.

### Schritte zur Veränderung?

Diese tiefgreifende Bürokratisierung trifft alle Gewerkschaftsorganisationen, auch wenn Solidaires versucht, ihr halbwegs bewusst zu entkommen, wobei sie jedoch nicht vor ähnlichen Fallstricken gefeit ist. Die CFDT der 1960er und 1970er Jahre war in der Lage, sich an die Entwicklungen in der Arbeiterschaft anzupassen, indem sie die Anliegen von Frauen und Immigrant\*innen, Einheit stiftende Forderungen oder den Willen zur Selbstorganisation berücksichtigte. Dieses Kapitel ist seit Mitte der 1970er Jahre zu Ende. Ebenso waren die in Solidaires zusammengeschlossenen Strukturen in der Lage, die Kämpfe der Arbeitslosen, der Wohnungslosen und die internationalistischen und globalisierungskritischen Anliegen (WSF) in den 1990er und 2000er Jahren zu berücksichtigen.

In den letzten Jahren waren die Gewerkschaftsverbände unfähig (oder haben aufgegeben), sich mit der Parzellierung der Arbeiterschaft und der wachsenden Vereinzelung auseinanderzusetzen. Die wiederholten Misserfolge der breiten branchenübergreifenden Mobilisierungen haben die Tür für Bewegungen geöffnet, die am Rande oder außerhalb der Gewerkschaften entstanden sind. Im Transport- und Gesundheitswesen etc. haben sich Koordinationen gebildet. Die „Stichwort- und Taktgeber“ der Demonstrationen haben sich von den als zu apathisch empfundenen Gewerkschaftszügen abgegrenzt. Und vor allem hat die Gelbwestenbewegung 2018/2019 die Kluft zwischen der offiziellen Repräsentativität der Gewerkschaften und der Realität der brutalen sozialen Verhältnisse deutlich gemacht, aber auch die Bereitschaft breiter Gesellschaftsschichten, sich kämpferisch zu wehren.

Ein Problem ist nach wie vor, dass die Gewerkschaften in den großen Unternehmen nur wenig Interesse daran haben, die gewerkschaftlichen Aktivitäten in den unzähligen Zulieferbetrieben an den Standorten oder in der Produktionskette zu unterstützen oder zu übernehmen. Die Beschäftigten von Subunternehmen werden allzu oft als Konkurrenten betrachtet statt als Beschäftigte mit schlechteren Arbeitsbedingungen und schlechteren Löhnen.

CGT und Solidaires haben sich immerhin die Kämpfe der Sans-Papiers teilweise zueigen gemacht und zählen sie zu den Lohnabhängigen. Seit mehreren Jahren engagieren sich die CGT, die FSU und Solidaires für feministi-

sche, antisexistische und LGBTQ-Anliegen. Auch an der Gründung des Kollektivs „Nie wieder“ waren sie beteiligt, das an der Seite mehrerer Organisationen wie Greenpeace, Friends of the Earth, ATTAC, Confédération Paysanne und Oxfam Umweltprobleme thematisiert. In der größten Gewerkschaft, der CGT, führt dies jedoch zu Diskussionen und Unmut, auch wenn deren Engagement bloß verhalten ist.

Die Mobilisierung gegen die Rentenreform der Regierung Macron vor dem Hintergrund wichtiger Verteilungskämpfe stellt die Gewerkschaften vor große Herausforderungen. Wird die notwendige Aktionseinheit den Spannungen standhalten, die sich aus den unterschiedlichen Traditionen und sozialen sowie politischen Bezugspunkten ergeben, und gelingt es dadurch, das Vertrauen nicht nur der traditionellen Sektoren zurückzugewinnen, sondern auch derjenigen, die sich seit Jahrzehnten als außerhalb der traditionellen Arbeiterbewegung stehend empfinden?

Vom Erfolg dieser Mobilisierungen und von der Fähigkeit zum erfolgreichen Widerstand hängt vieles ab, wobei sich die extreme Rechte in solchen Situationen diskret zurückhält, aber bei Wahlen und im Kampf um die ideologische Hegemonie aus der Reserve kommt.

■ *Übersetzung: MiWe*



## EIN SCHATTEN IHRER SELBST

Ende der 1960er Jahre war die italienische Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung die wohl kämpferischste und durchsetzungsfähigste in Europa. Inzwischen ist sie an einem historischen Tiefpunkt angelangt, wie der folgende Artikel nachzeichnet. **Franco Turigliatto**

Die italienische Gewerkschaftslandschaft besteht aus den drei Verbänden CGIL, CISL und UIL, die zusammen offiziell immer noch mehr als 13 Millionen Mitglieder zählen.<sup>1</sup> Aber diese zahlenmäßige Stärke schlägt sich kaum in der Mobilisierungsfähigkeit und Durchsetzungskraft bei Tarifverhandlungen nieder, sowohl aufgrund der Passivität der Gewerkschaftsführungen als auch wegen der Überalterung der Mitgliedschaft, die fast zur Hälfte aus Rentner\*innen besteht, was vorrangig auf die Niederlagen in der Vergangenheit zurückzuführen ist.

Daneben gibt es eine Gewerkschaft, die historisch mit der Rechten verbunden ist, die UGL, die jedoch nie eine besondere Bedeutung hatte. Außerdem vier weitere, so genannte Basisgewerkschaften, die sehr kämpferisch sind und in bestimmten Sektoren oder Unternehmen eine bedeutsame, aber auch begrenzte Präsenz haben: USB, CUB, Cobas Confederazione und SI.Cobas mit insgesamt rund 200 000 Mitgliedern.

Man sollte annehmen, dass die Gesamtheit dieser Gewerkschaften ausreicht, die Interessen der Arbeiterklasse zu verteidigen, aber dem ist nicht so. Wir befinden uns auf einem historischen Tiefpunkt: Die Löhne, die zu den niedrigsten in Europa gehören, stagnieren seit den 1990er Jahren, die Zahl der Arbeitslosen beträgt mehr als 3 Millionen, weitere 3 Millionen suchen nicht einmal mehr nach Arbeit und prekäre Beschäftigungsverhältnisse sind Alltag. Daneben herrschen ungünstige Kräfteverhältnisse in den Unternehmen und eine enorme Ausbeutung mit durchschnittlich drei tödlichen Arbeitsunfällen pro Tag. Die neoliberale Offensive der Kapitalist\*innen hat seit den 1990er Jahren die Bedingungen der heute 18 Millionen Beschäftigten (davon mehr als 3 Millionen Leiharbeiter\*innen) kontinuierlich verschlechtert. Fast 5 Millionen sind scheinselfständig.



Wie konnte es geschehen, dass die größte und kämpferischste Arbeiterbewegung im kapitalistischen Europa einen solchen Absturz erlebt hat? Natürlich sind die Offensive der Bosse und die Niederlagen in den Kämpfen maßgeblich, aber die Katastrophe wäre ohne die Haltung der Gewerkschaftsführungen unerklärlich. Diese haben sich im Laufe der Jahre immer mehr den Bedürfnissen des kapitalistischen Systems angepasst und untergeordnet und sich geweigert, Kämpfe zu unterstützen, auch wenn die Bedingungen dafür günstig waren, und Knebelverträge unterzeichnet und damit die Demoralisierung und Spaltung der Klasse gefördert.

### Historischer Exkurs

Von 1968 bis 1978 befanden sich die Arbeiter\*innen Jahre lang in der Offensive: Abschaffung der Lohnkäfige (regionale Lohndifferenzierung), die große Rentenreform, starke Lohnerhöhungen für alle, Arbeitszeitverkürzung bei Lohnausgleich und eine effektive gleitende Lohnskala. Das Arbeiterstatut wurde verabschiedet, das die gewerkschaftlichen und politischen Rechte der Arbeiter\*innen in den Betrieben garantierte.<sup>2</sup> Die Organisationsformen der Gewerkschaften bestanden aus den Fabrikräten und dem Delegiertensystem, und für die Kämpfe wurde in den Betrieben breit mobilisiert mit Formen der Arbeiterkontrolle, überbetrieblichen Arbeitskämpfen und Generalstreiks, die das ganze Land blockierten. In manchen Branchen konnte ein hohes Maß an Einigkeit unter den drei Gewerkschaften erzielt werden, insbesondere unter den Metallarbeiter\*innen, die den Metallarbeiterverband (FLM) bildeten.

Nicht einmal die grauenhaften Attentate, die von Teilen des Staatsapparats gemeinsam mit faschistischen Formationen durchgeführt wurden, konnten die Arbeiterbewegung in die Knie zwingen. Der politische/gewerkschaftliche Wendepunkt kam 1978 mit dem Kongress von CGIL, CISL und UIL im EUR-Viertel in Rom, auf dem die Bürokratie, wenn auch gegen heftigen Widerstand, versuchte, die Akzeptanz des krisengeschüttelten kapitalistischen Systems in der Mitgliedschaft durchzusetzen.<sup>3</sup> Der Widerstand an der Basis und unter den Delegierten war jedoch so groß, dass diese Linie zunächst nicht durchkam, so dass die Metaller im Sommer 1979 einen harten und langen Kampf führten, um das von Unternehmerseite versuchte Roll-back zurückzuschlagen.

Im Herbst 1980 ging die Fiat-Geschäftsleitung zu einem frontalen Angriff über, aus dem ein 37-tägiger Streik entstand, der alle Fiat-Werke des Landes blockierte, aber

trotz des Widerstands der Fabrikräte und der Betriebsversammlungen mit einer von den nationalen Gewerkschaftsbürokratien angenommenen Vereinbarung endete, wonach 23 000 Arbeiter\*innen auf die Straße gesetzt wurden. Damit begann der Niedergang der Fabrikräte und das Kapitel FLM wurde 1984 beendet. Die drei Gewerkschaften machten sich zu Sachwaltern eines „Normalisierungsprozesses“ und akzeptierten die Umstrukturierungsprozesse in den Unternehmen.

### Die Politik des Burgfriedens ...

Die endgültige Entscheidung der Gewerkschaftsführungen, sich der neoliberalen Wende der Bourgeoisie und der Privatisierungspolitik der Regierung zu beugen, kam Anfang der 90er Jahre: Am 31. Juli 1992 unterzeichneten CGIL, CISL und UIL mit der Regierung und dem Unternehmerverband Confindustria die Vereinbarung zur Aufhebung der gleitenden Lohnskala. Mit einer zweiten Vereinbarung im Jahr 1993 wurde das System der konzentrierten Aktion etabliert, das die Klassenzusammenarbeit mit der Regierung und den Unternehmern formalisierte. In den Tarifverträgen konnten nur noch Lohnerhöhungen in Höhe der von der Regierung festgelegten Inflationsrate vorgenommen werden. Damit wurde ein Abwärtsspirale der Löhne und der früheren Errungenschaften in Gang gesetzt.

1995 wurde das umlagefinanzierte Rentensystem durch eine Vereinbarung zwischen den Gewerkschaften und der Regierung „reformiert“, die für einen Teil der Beschäftigten ein beitragsfinanziertes System vorsah und den Weg für individuelle Zusatzrenten freimachte. Die endgültige Demontage des Rentensystems erfolgte 2011 mit der „Fornero-Reform“, die das Renteneintrittsalter an hob (heute liegt es bei 67 Jahren), wobei sich CGIL, CISL und UIL auf einen symbolischen dreistündigen Streik beschränkten.

Ab 1997 wurden prekäre Arbeitsverhältnisse zunehmend institutionalisiert, insbesondere mit dem Dekret 276 der Regierung Berlusconi im Jahr 2003, das nicht weniger als 43 Formen von prekären Verträgen einführte. Dieses Gesetz wurde von der nachfolgenden Mitte-Links-Regierung mit voller Zustimmung der Gewerkschaftsbürokratien bestätigt. 2014 folgte der sogenannte Jobs Act der Regierung Renzi (PD), der den Paragraphen 18 und damit den zentralen Inhalt des Arbeiterstatuts aufhob. Dieser Paragraph sah vor, dass Arbeiter\*innen im Falle einer unrechtmäßigen Entlassung durch das Unternehmen wieder eingestellt werden mussten. Seit 2015 müssen die Bosse

stattdessen nur noch eine bescheidene Strafe zahlen, um unbequeme Beschäftigte loszuwerden. Auch hier gab es so gut wie keine Mobilisierung der drei Gewerkschaftsverbände. In den letzten 30 Jahren spielten die Gewerkschaftsbürokratien eine entscheidende Rolle bei der Umsetzung der europaweiten Sparpolitik. Aus diesem Grund bezeichnen die Basisgewerkschaften die drei Gewerkschaftsverbände nicht ganz zu Unrecht als „Komplizen“ der Bosse.

### ... mit all ihren Widersprüchen

Der Integrationsprozess in das bürgerliche System und den Staat verläuft jedoch nicht völlig homogen und lässt Widersprüche zu Tage treten. Die CISL-Führung arbeitet am aktivsten mit den jeweiligen Regierungen zusammen, auch der jetzigen rechtsextremen. Die UIL positioniert sich als korporatistische Gewerkschaft und ist sehr klientelorientiert, auch wenn sie gegenüber der Regierung Meloni eine kritische Taktik verfolgt.

Komplexer und widersprüchlicher aufgrund ihrer Geschichte, aber auch wegen des Aktivismus der Mitgliedschaft und einiger traditionell kämpferischer Branchen, verläuft die Entwicklung bei der CGIL. Ihr Apparat sah sich mehrfach mit den Versuchen der Regierung konfrontiert, die Gewerkschaft vom „runden Tisch“ zu verdrängen, der zwar die Arbeiter\*innen über den Tisch zieht, es aber immerhin ermöglicht, die Organisationsstruktur und den Apparat der Gewerkschaft weitgehend intakt zu halten. Dies war auch der Grund, weswegen die CGIL während der zweiten Berlusconi-Regierung im Jahr 2002 breit mobilisiert hat, um nicht nur den Paragraph 18 des Arbeiterstatuts, sondern auch und vor allem ihre politische und soziale Position zu verteidigen.

Die FIOM, die Metallarbeitergewerkschaft der CGIL, verwehrte sich sogar einige Jahre lang gegen die Linie der konzertierten Aktion und unterzeichnete keine Knebelverträge, aber sie blieb isoliert. 2011 musste sie eine weitere Niederlage bei Fiat hinnehmen, die zu einem inneren Demoralisierungsprozess führte und sie vor einigen Jahren sogar einen der schlechtesten Tarifverträge unterzeichnen ließ.

Die Gewerkschaftsführungen und insbesondere die CGIL befinden sich heute, vor allem gegenüber der rechts-extremen Regierung, in einer komplizierten Situation: Einerseits erschöpfen sich die für die Gewerkschaftsbürokratie positiven Aspekte der konzertierten Aktion, nämlich die Aufrechterhaltung ihrer Rolle, und ihre Position am Verhandlungstisch mit der Regierung wird immer schwächer, weswegen sie nicht einmal die geringsten Zugeständ-

nisse erreichen können. Andererseits haben sie durch ihre Passivität die Demoralisierung der Arbeiter\*innen und die immer geringere Akzeptanz der Klassenkämpfe vorangetrieben. Zahlreiche Funktionäre, Aktivist\*innen und Betriebsvertreter\*innen haben resigniert und das ABC des Klassenkampfes verlernt, sodass inzwischen kaum mehr effektiv mobilisiert werden kann, wenn auch nur taktische Erwägungen dies erfordern würden. Jüngstes Beispiel dafür war der kaum befolgte und schlecht organisierte vierstündige Streik gegen das katastrophale Haushaltsgesetz, zu dem UIL und CGIL aufgerufen hatten.

Der CGIL-Sekretär Landini, der selbst den Verhandlungsweg als alleinige Gewerkschaftsstrategie durchgesetzt hat, musste zugeben: „Man lädt uns ständig zu angeblichen Tischgesprächen ein, wo alle reden und keiner antwortet. Die Entscheidungen fallen dann hinter unserem Rücken.“ Bloß zieht Landini daraus nicht die Konsequenz, sich auf dem laufenden CGIL-Kongress für eine Hinwendung zum Klassenkampf einzusetzen, wie sie die linke Opposition mit ihrem Papier „Die Wurzeln der Gewerkschaft“ vorgeschlagen hat. Diese linke Strömung hat zwar in vielen Basisversammlungen eine positive Resonanz erhalten, aber aufgrund der Manipulationen der Bürokratie nur etwa 3 % der Delegierten erhalten; außerdem gibt es viele Aktivist\*innen, die zwar im Gespräch ihre Sympathie für eine andere gewerkschaftliche Vorgehensweise bekunden, dann aber bei Problemen vor dem konservativen Apparat einknicken.

### Dienstleistung statt Kampf

Während die Gewerkschaftsführungen in den letzten Jahrzehnten die Arbeitskämpfe auf ein Minimum heruntergefahren und sich mehr und mehr der kapitalistischen Logik untergeordnet haben, sind sie zugleich auf Nebenschauplätzen aktiv geworden, bieten Dienstleistungen für Beschäftigte und Bürger\*innen an und machen sich damit noch mehr zu Bütteln des kapitalistischen Systems; in solche Aktivitäten sind etliche Funktionäre, auch aus der Führungsebene verwickelt.

In erster Linie sind dies die von den Gewerkschaften betriebenen und dem Steuerrecht unterworfenen Steuerberatungscentren (CAF), die als Vermittlungsinstanzen zwischen dem Steuerpflichtigen und dem Finanzamt fungieren. Daneben gibt es noch die Patronati, private Einrichtungen für Sozialrechtsberatung. Die CAF und die Patronati werden von der italienischen Steuerbehörde bzw. dem Sozialversicherungsträger (INPS) bezahlt. Die bilateralen Gremien hingegen sind gemeinsame Einrich-

tungen von Unternehmerverbänden und Gewerkschaften. Es handelt sich um gemeinnützige Vereinigungen, die Dienste und Leistungen in verschiedenen Bereichen, von der Ausbildung bis zur Gesundheitsversorgung, gewähren.

Alle diese Dienstleistungsstrukturen sind eine wichtige Einkommensquelle für die Gewerkschaften (oft auf Kosten der Beschäftigten) und fördern eine passive Gewerkschaftsmitgliedschaft der Nutzer\*innen.

Hinzu kommen die von den Gewerkschaften verwalteten Zusatzrenten und die Einrichtungen, die die sogenannte betriebliche Sozialhilfe verwalten. Abgesehen davon, dass diese beiden Institutionen höchst fragwürdig sind, weil sie durch den Verzicht auf die Verteidigung eines wirksamen öffentlichen Rentensystems für alle Beschäftigten und eines universellen Wohlfahrtssystems für alle Bürger\*innen entstanden sind und sich in die neoliberale Logik einfügen, braucht es dafür Verwaltungsräte, in denen die Gewerkschafter zunehmend in das System integriert werden.

Institutionen wie Metasalute, die Zusatzkrankenkasse für Metallarbeiter\*innen, die gemeinsam mit einer der führenden Privatbanken des Landes, Intesa Sanpaolo, verwaltet wird, beschleunigen nicht nur den Integrationsprozess der Gewerkschaften in das kapitalistische System, sondern führen auch dazu, dass sich die Gewerkschaftsstrukturen zunehmend auf derlei Aktivitäten konzentrieren, was zu Lasten der Organisation der Beschäftigten am Arbeitsplatz geht.

Dieses Phänomen ist jedoch in den verschiedenen Gewerkschaften nicht einheitlich. Es gibt Verbände, in denen diese Aktivitäten im Mittelpunkt stehen, aber es gibt auch Branchen, wie die Metallindustrie und viele andere, die aufgrund ihrer Traditionen oder weil sie von der Gegenseite unter Druck gesetzt werden, an einer kämpferischen Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit festhalten.

### **Für eine klassenkämpferische Gewerkschaftspolitik**

Es versteht sich von selbst, dass der Wiederaufbau klassenkämpferischer Gewerkschaften in unserem Land ein zentrales, ja unverzichtbares Ziel bleibt, wenn wir der kapitalistischen Offensive und den Regierungen etwas entgegensetzen wollen. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Rolle der Gewerkschaftslinken der CGIL von zentraler und grundlegender Bedeutung ebenso wie die polarisierende Rolle des Fabrikkollektivs des Autozulieferers GKN in Florenz, das nicht nur für den Erhalt der Arbeitsplätze und die Vergesellschaftung des Betriebs kämpft, sondern auch für eine ökologische Transformation der Produktion.

Hierüber hat das Kollektiv den Kontakt zu verschiedenen kämpferischen Bewegungen hergestellt und sie für gemeinsame Aktivitäten mit ökosozialistischer Stoßrichtung gewonnen, etwa den Klimastreik vom September 2022 in Florenz mit 40 000 Teilnehmer\*innen.

Hinzu kommen die nicht minder wichtigen Basisgewerkschaften, die einen zwar begrenzten, aber sehr kämpferischen Flügel junger Aktivist\*innen und eine große Zahl von Wanderarbeiter\*innen organisieren. Diese Basisgewerkschaften schaffen es, einzelne Kämpfe auf lokaler oder punktueller Ebene zu führen, aber es fehlt ihnen an einer breiteren Akzeptanz und an nationaler Bedeutung, auch weil sie durch eine Reihe von diskriminierenden Vorschriften benachteiligt werden. Die Spaltung dieser Basisgewerkschaften untereinander und das Fehlen einer wirksamen Taktik gegenüber den großen Gewerkschaftsverbänden, die sich nicht auf die Anprangerung von deren Untaten beschränkt, sondern ihnen ermöglicht, mit den Aktivist\*innen dieser Gewerkschaften ins Gespräch zu kommen, sind nicht sonderlich hilfreich dabei. Letztere weigern sich im Allgemeinen, Beziehungen zu den Basisgewerkschaften zu unterhalten. Selten gibt es Situationen, in denen ein gemeinsames Vorgehen unumgänglich ist, wie etwa bei den Auseinandersetzungen beim Stahlwerk Ilva in Tarent und bei Alitalia.

Es liegt also ein steiler Weg vor uns, die verschüttete Tradition der italienischen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung wiederzubeleben

#### ■ *Übersetzung und Bearbeitung: MiWe*

**1** Die CGIL (mehr als 5 Millionen Mitglieder) war historisch mit den traditionellen kommunistischen und sozialistischen Parteien verbunden, die CISL (mit einer etwas geringeren Mitgliederzahl) mit der ehemaligen Christdemokratie und die UIL (etwas mehr als 3 Millionen Mitglieder) mit den sozialdemokratischen und Zentrumsparteien. Die alten politischen Parteien sind verschwunden oder haben sich gewandelt; der Partito Democratico (PD) als Erbe des PCI und von Teilen der DC, war bis vor kurzem die Referenz für die CGIL-Führung.

**2** Auf sozialer Ebene wurden das Scheidungs- und Abtreibungsgesetz, die Steuerreform, die Familienrechtsreform und die Gesundheitsreform durchgesetzt.

**3** In diese Richtung drängte auch die PCI, die damals zur Regierungsmehrheit gehörte, obwohl sie keine Minister stellte.

# SYSTEMKONFORME GEWERKSCHAFTEN?

Geschrieben vor einem halben Jahrhundert und immer noch eine unentbehrliche Grundlage für die Entwicklung eines analytischen Blicks auf die Funktionen und Aufgaben unserer heutigen Gewerkschaften. **Ernest Mandel**

Die moderne Gewerkschaftsbewegung ist ein Produkt der ersten Phase des modernen Kapitalismus, der Phase der freien Konkurrenz. Die kapitalistische Produktionsweise schließt den Produzenten von jeglichem freien Zugang zu Produktions- und Lebensmitteln ab, zwingt ihn, seine Arbeitskraft zu verkaufen, um die Mittel zum unmittelbaren Lebensunterhalt zu erringen, und verwandelt somit diese Arbeitskraft in eine Ware. Wie jeder Warenbesitzer begibt sich der Besitzer der Ware „Arbeitskraft“ auf den Markt, um diese zu verkaufen. Wie jede Ware wird auch die Ware „Arbeitskraft“ letzten Endes zu ihrem Wert, d.h. zu ihrem gesellschaftlich durchschnittlichen Produktionspreis verkauft. Nur befindet sich der Verkäufer der Ware „Arbeitskraft“ in einer, durch die kapitalistische Produktionsweise bedingten, besonderen, verglichen mit jener aller anderen Warenbesitzer im Kapitalismus institutionell unterschiedlichen Lage. Er ist gezwungen, seine Ware zum laufenden Marktpreis zu verkaufen, weil er diese nicht vom Markt zurückziehen kann, um eine günstigere Marktlage abzuwarten. Weigert er sich, den laufenden Marktpreis anzunehmen, so gerät er in Gefahr, zusammen mit seiner Familie zu verhungern. Deshalb wird unter normalen Bedingungen des Kapitalismus, vor allem, wenn die strukturelle Erwerbslosigkeit hoch ist (und die beginnende Industrialisierung bedingt dieses hohe Niveau, mit Ausnahme der bevölkerungsleeren Ansiedlungskolonien), die Ware „Arbeitskraft“ laufend unter ihrem Wert verkauft.

Die moderne Gewerkschaftsbewegung entsteht als Reaktion der Lohnarbeiter auf diesen Tatbestand. Wird die Konkurrenz zwischen den Unternehmern auf die Konkurrenz zwischen den Verkäufern der Ware „Arbeitskraft“ ausgedehnt, so sind die Lohnabhängigen hilflos der

Tendenz des Sinkens des Lohnes unter die Produktionskosten der Arbeitskraft ausgesetzt. Gewerkschaften sind demnach ein Versuch, die Atomisierung der Lohnabhängigen einzuschränken und die institutionelle Ungleichheit von Käufer und Verkäufer der Ware „Arbeitskraft“ wenigstens dadurch einzuschränken, daß der Verkauf nicht mehr individuell, sondern kollektiv stattfindet.

An und für sich sind demnach Gewerkschaften nicht systemsprengend im Kapitalismus. Sie sind nicht Mittel zur Aufhebung der kapitalistischen Ausbeutung, sondern nur Mittel zu einer für die Masse der Lohnabhängigen erträglicheren Ausbeutung. Sie sollen die Löhne erhöhen, nicht die Lohnarbeit überhaupt aufheben. Aber gleichzeitig sind die Gewerkschaften an und für sich auch nicht systemkonform im Kapitalismus. Denn indem sie dem Sinken der Reallöhne Einhalt gebieten und wenigstens periodisch und unter bestimmten Bedingungen günstige Fluktuation von Nachfrage und Angebot an Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt zur Hebung des Marktpreises dieser Ware ausnützen können, erlauben sie der organisierten Masse der Arbeiterschaft ein Minimum an Konsum und Bedürfnissen zu übersteigen, so daß Klassenorganisation, Klassenbewußtsein und wachsendes Selbstvertrauen erst in breiterem Ausmaß entstehen und die Vorbedingungen für einen systemsprengenden Kampf breiterer Massen überhaupt erst erzeugen können.

Um normal funktionieren und sich ausdehnen zu können, benötigt die moderne Gewerkschaftsbewegung zwei wirtschaftliche Vorbedingungen: erstens einen Grad der Industrialisierung oder des durchschnittlichen Wirtschaftswachstums, in dem tendenziell mehr Arbeitsplätze entstehen als gleichzeitig durch die Prozesse des Ruins des selbständigen Handwerks und des selbständigen Bauern sowie durch die Konzentration des Kapitals aufgehoben werden. Zweitens eine Form des Funktionierens der kapitalistischen Produktionsweise, in der die Bestimmung der Löhne durch die Fluktuationen von Nachfrage und Angebot der Ware „Arbeitskraft“, d.h. durch die Marktlage auf dem Arbeitsmarkt, die Lebensinteressen der mächtigsten Schichten der herrschenden Klasse nicht gefährdet. Historisch sind diese Bedingungen nur im Westen, und nur in der frühimperialistischen Phase des Monopolkapitalismus, etwa 1890–1914, verwirklicht worden.

Ist die erste Bedingung nicht erfüllt, so bleiben die Gewerkschaften schwach und wirkungslos, wie dies in Großbritannien im ersten Teil des 19. Jahrhunderts, im übrigen Westeuropa bis in die achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts der Fall war, und in den Ländern der

sogenannten „Dritten Welt“ auch heute noch der Fall ist. Ist die zweite Bedingung nicht mehr erfüllt, so gehen die Großunternehmer daran, durch Ausschaltung der freien Gewerkschaften die nötigen Verwertungsbedingungen des Kapitals wiederherzustellen, wie dies in den ökonomisch schwächeren Ländern Europas zur Zeit der großen Wirtschaftskrise allgemein geschah.

Die Tatsache, daß Gewerkschaften an und für sich weder systemsprengend noch systemfördernd sind, hat seit Ende des 19. Jahrhunderts auch in den ursprünglich von Sozialisten gegründeten Gewerkschaften ähnliche Ansichten der „Neutralität“ gegenüber der kapitalistischen Produktionsweise aufkommen lassen, wie sie bei den „reinen“ Gewerkvereinen etwa Großbritanniens schon seit jeher bestanden. Man solle sich nur auf die Organisation der Lohnabhängigen beschränken, durch die wachsende Macht dieser Organisation die schlimmsten Auswüchse der kapitalistischen Ausbeutung beseitigen, und den Arbeitern einen wachsenden Lebensstandard sichern. Diese Macht würde dann die bürgerliche Gesellschaft zu einer allmählichen Anpassung an objektive Sozialisierungsprozesse zwingen. Das übrige könne man dem allgemeinen Wahlrecht überlassen.

Der von Bernstein offen ausgesprochene Revisionismus entsprach durchaus den Wünschen der führenden Kreise der Gewerkschaften, die auch die schärfsten Gegner der von Rosa Luxemburg geführten Linken in den Auseinandersetzungen innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung vor dem 1. Weltkrieg waren. Diesen Ansichten lag eine bestimmte historische Prognose zugrunde, nämlich jene eines graduellen Abbaus der Klassegegensätze innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise dank der organisierten Kraft der Arbeiterbewegung, an erster Stelle der Gewerkschaften. Sechzig Jahre später haben englische und amerikanische liberale Nationalökonomien wie Galbraith den alten Bernstein mit ihrer Theorie des „countervailing-power“ und der „gemischten Gesellschaft“ wieder aufleben lassen.

Leider hat die Geschichte des 20. Jahrhunderts diese Illusionen eines graduellen Abbaus der inneren Gegensätze der kapitalistischen Produktionsweise keineswegs bestätigt. Seitdem diese Produktionsweise ihre historische Aufgabe der Schaffung des Weltmarkts und der weltweiten Ausdehnung der Warenproduktion erfüllt hatte, zeugt eine lange Reihe von Erschütterungen von der wachsenden Explosivität dieser Gegensätze: zwei Weltkriege, die große Wirtschaftskrise der Jahre 1929 bis 1932, die Ausdehnung des Faschismus in ganz Europa, der Verlust eines Drittels der Erde für die kapitalistische Produktionsweise, eine

ununterbrochene Kette von Kolonialkriegen in den letzten zwanzig Jahren, die fürchterliche Gefahr, die der Wettlauf nach Kernwaffen für die Zukunft der Menschheit heraufbeschwört, sind nur einige der wichtigsten Zeugnisse dieser explosiven Gegensätze.

Die aus den Hoffnungen auf einen graduellen, ununterbrochenen Fortschritt geborenen Gewerkschaftstheorien erwiesen sich als unfähig, die neuen historischen Aufgaben, mit denen die Arbeiterbewegung in der Epoche des Kapitalismus konfrontiert wurde, zu erkennen, geschweige denn, sie zu lösen. Ein Festhalten an nur-gewerkschaftlicher Theorie und Praxis mußte zwangsläufig zum Schluß führen, daß nur ein kräftiger und gesunder Kapitalismus Lohnerhöhungen gewähren könne. Darum war man bereit, den Arzt am Krankenbett des Kapitalismus zu spielen, und statt zu versuchen, diesem Kranken zu seinem Ende zu verhelfen, beraubte man sich, den Kapitalismus mit allen Mitteln von seiner Krankheit zu heilen. Das Paradox endete dort, wo man Lohnkürzungen akzeptierte, um einen „gesunden“ Kapitalismus zu erzeugen, d.h., um spätere Lohnerhöhungen zu erreichen. Eine Gewerkschaftsbewegung, die zu solch absurden Schlußfolgerungen gelangte, war offenbar in eine Sackgasse geraten.

Jede Institution unterliegt in einer auf verallgemeinerter Warenproduktion und Arbeitsteilung aufgebauten Gesellschaft der Gefahr der Verdinglichung und der Verselbständigung, d.h. der Gefahr, die ursprüngliche Funktion zu verlieren und nur noch der eigenen Selbsterhaltung zu dienen. Diese Gefahr wird besonders stark, wenn in dieser Institution eine gesellschaftliche Schicht entsteht, deren materielles Interesse engstens mit der Selbsterhaltung der betreffenden Institution verbunden ist. Der Prozeß der Verbürokratisierung der Gewerkschaften, der engstens mit dem Hinabgleiten der Klassenkampftheorie zur Theorie und Praxis der Klassenzusammenarbeit verbunden ist, erklärt so mindestens z.T. jenes Paradox, das aber auch eigenständige ideologische Wurzeln hat, d.h. den inneren Widersprüchen der „reinen“ Gewerkschaftstheorie entspricht. Fing somit die Ideologie der Gewerkschaftsbürokratie an, einen Funktionswandel der Gewerkschaften zu bestimmen, so wurden allmählich im Zeitalter des Spätkapitalismus immer stärkere objektive Prozesse sichtbar, die in dieselbe Richtung drängten.

Der Spätkapitalismus steht seit den vierziger Jahren im Zeichen der dritten industriellen Revolution, d.h. im Zeichen einer beschleunigten technologischen Erneuerung. Diese beschleunigte technologische Erneuerung bedingt eine Verkürzung des Reproduktionszyklus des

fixen Kapitals, der einen wachsenden Zwang in Richtung auf langfristige Investitionsplanung, genaue Kostenplanung, und deshalb auch genaue Lohnkostenplanung beinhaltet. Dadurch schrumpft das klassische Tätigkeitsfeld der Gewerkschaften automatisch. Idealmodell für den „organisierten“ Spätkapitalismus ist eine verallgemeinerte Wirtschafts- und Sozialprogrammation, die es den Großkonzernen erlaubt, ihre Investitionsprogramme miteinander zu koordinieren, die unter der Herrschaft des Privateigentums an Produktionsmitteln im Wirtschaftsbe- reich rein Indikativ bleiben muß, die aber im Sozialbereich durchaus imperativ wirken soll. Deshalb überall der Druck zugunsten der „konzertierten Aktion“, der „Einkommenspolitik“, der „sozialen Programmierung“. Hinter all diesen Formeln versteckt sich ein einheitlicher Zweck: Abbau der Tarifautonomie der Gewerkschaften, Verhinderung der Ausnützung von zeitweilig günstigen Konjunkturlagen auf dem Arbeitsmarkt (Vollbeschäftigung oder gar akute Knappheit an Arbeitskräften) durch die Arbeiterschaft im Sinne von bedeutenden Lohnerhöhungen und (unter Bedingung einer bestimmten Geldpolitik) im Sinne einer bedeutenden Senkung der Mehrwert- und Profitrate.

Gleichzeitig aber verleiht dieser grundlegende Trend des Spätkapitalismus in der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Gewerkschaftsbürokratie neue Perspektiven. Es handelt sich jetzt nicht nur darum, die Organisationsmacht am Verhandlungstisch gegenüber den Unternehmervvertretern zu verwerten. Es handelt sich nun auch darum, in den zahlreichen Gremien der staatlichen und halbstaatlichen Wirtschaftslenkung die Lohnabhängigen zu vertreten. In den skandinavischen Ländern, in Belgien und Holland, in Frankreich und Italien und seit einigen Jahren auch in Großbritannien hat sich so ein Prozeß der breitesten Integration der Gewerkschaftsspitzen in den bürgerlichen Staat abgezeichnet, wobei Gewerkschaftsführer oft mehr Zeit in diesen staatlichen Gremien als in eigentlichen Gewerkschaftsversammlungen verbringen.

Ideologisch gesehen entspricht diese weitere Integration der Gewerkschaftsbürokratie in den spätbürgerlichen Staatsapparat derselben Motivation der Klassenzusammenarbeit und derselben gradualistischen Illusionen, wie die vorige Welle der Integrationen. Weil der „soziale Fortschritt“ durch das „wirtschaftliche Wachstum“ bestimmt sei, müsse man halt die Verantwortung für dieses wirtschaftliche Wachstum auf sich nehmen, ohne sich Gedanken zu machen über die Struktur der bestehenden Produktionsweise, die durch dieses Wachstum konsolidierten Klassegegensätze und die Klassenausbeutung

usw. usf. Weil die Posten in den Verwaltungsräten der verstaatlichten Industrien und Konzerne, weil die Posten im Verwaltungsrat der Zentralbanken, weil die unzähligen Posten in staatlichen Programmierungs- und Planungsgremien als so viele „Positionen“ gesehen werden, von denen aus man die bürgerliche Wirtschaft „Schritt für Schritt“ erobern könne, wird die „Mitbestimmung und Mitverantwortung“ in der spätkapitalistischen Wirtschaft als eine Etappe zur zukünftigen Sozialisierung bei manchen nicht völlig dem Zynismus verfallenen Gewerkschaftsführern rationalisiert. Der Urtyp dieses Verhaltens wurde vom alten französischen Gewerkschaftsführer Jouhaux geliefert, der nach dem ersten Weltkrieg freudestrahlend das Dekret, das ihn zum Mitglied des Verwaltungsrats der Banque de France ernannte, den Gewerkschaftlern vorlegte und ausrief: „Der erste Nagel im Sarg des Kapitalismus“. Der französische Kapitalismus scheint aber seit fünfzig Jahren diese Nägel sehr gut überstanden zu haben und ist heute genauso lebendig wie im Jahre 1919 ...

Die Tendenz zur wachsenden Integration der Gewerkschaftsspitzen in den bürgerlichen Staatsapparat stößt jedoch auf zwei grundlegende Widersprüche im Spätkapitalismus:

Einmal benötigen die Großkonzerne und bürgerlichen Regierungen diese Teilnahme der Gewerkschaftsbürokratie an der Wirtschafts- und Sozialprogrammierung nur in dem Maße, wie dadurch ein Aufbegehren der Arbeiterschaft gegen die weiterhin zyklische Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise (einmal Vollbeschäftigung mit „Maßhalten“ in der Lohnpolitik; daraufhin Rezession mit Erwerbslosigkeit und massierte Angriffe der Unternehmer gegen den erreichten Lebensstandard und die gegebenen Arbeitsbedingungen der Lohnabhängigen) erfolgreich abgebaut werden kann. Aber eine wachsende Identifizierung der Gewerkschaftsführung mit der „staatlich gelenkten“ Lohnpolitik (wie etwa in Holland und Skandinavien während langer Jahre) oder mit einer „freiwilligen“ Einkommenspolitik (Großbritannien) muß zwangsläufig auf wachsenden Widerstand der Lohnabhängigen stoßen, auf eine Welle von wilden Streiks, auf eine Aushöhlung der inneren Beziehungen zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Gewerkschaften. Dies aber verringert die Nützlichkeit der Gewerkschaftsbürokratie in den Augen der Großkonzerne. Jene bedürfen nämlich einer die Arbeitermassen tatsächlich kontrollierende und ihre Kämpfe kanalisierende, nicht aber eine nur nominelle Gewerkschaftsbürokratie, wie das Beispiel der sog. „vertikalen“ Staatsgewerkschaft in Spanien eindeutig bewie-

sen hat. Ist die Gewerkschaftsbürokratie zu einer solchen Kontrolle nicht mehr fähig, so wird ihre „Desintegration“ aus dem bürgerlichen Staatsapparat die wahrscheinlichere Variante, sei es daß die Großkonzerne selbst die Initiative dazu nehmen, sei es, daß die Gewerkschaftsführung eine „Wende nach links“ vornimmt, um die Kontrolle über die Arbeiteragitation wieder zu erlangen.

Andererseits hat aber auch die Tendenz zur wachsenden Wirtschaftsprogrammierung und zum „organisierten“ Kapitalismus, die die Integration der Gewerkschaftsbürokratie in den bürgerlichen Staatsapparat bedingt, eine doppelte und widerspruchsvolle Auswirkung auf die Masse der Lohnabhängigen. Diese sind ohne Zweifel in größerem Maß als vorher der mystifizierenden Demagogie der „Betriebsinteressen“ und der vom Bürgertum vorgeheuchelten und nur von Gewerkschaftsseite praktizierten Klassenzusammenarbeit ausgesetzt. Aber gleichzeitig bedingt die wachsende öffentliche Debatte über gesamtgesellschaftliche Aggregate wie Bruttosozialprodukt, Volkseinkommen, Lohnquote, Investitionsquote, Geldvolumen, Produktivitätssteigerung usw. usf. die wachsende Möglichkeit eines Interesses fortgeschrittener Arbeiter und Angestellter für gesamtwirtschaftliche und gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge. Genauso wie die Wirtschaft vor dem ersten Weltkrieg mit ihrem andauernden Guerillakampf über die Verteilung des von der Arbeiterschaft neu geschaffenen Wertes zwischen Unternehmern und Lohnabhängigen zu einer praktischen Schule des Klassenkampfes wurde, sobald der Arbeiterschaft die inneren Zusammenhänge dieses Kampfes verdeutlicht wurden, genauso können die heutigen öffentlichen Auseinandersetzungen über Verteilung des Volkseinkommens und Umfang, Inhalt und Orientierung der Investitionen zu einer praktischen höheren Schule des Klassenkampfes werden, wenn die Lohnabhängigen wiederum in breitem Ausmaß über die inneren Zusammenhänge dieser Prozesse mit den der kapitalistischen Produktionsweise innewohnenden Widersprüchen und über deren Ausbeutungscharakter aufgeklärt werden, und wenn die Vermittlung dieser Aufklärung über die unmittelbaren Bedürfnisse und Sorgen der Lohnabhängigen gefunden wird.

Gewiß ist dieses objektive Ergebnis der wachsenden Verquickung von Großkonzernen, bürgerlichem Staat und staatlicher Wirtschafts- und Sozialpolitik keineswegs ein automatisches Produkt des „organisierten“ Spätkapitalismus. Eine demokratisch-neoreformistische Strömung, die sich seit den sog. „Plan-Experimenten“ etwa eines Hendrik De Mars in den dreißiger Jahren in der Gewerk-

schaftsbewegung verbreitet hat, versucht den Übergang des Kampfes für Reformen in der Distributionssphäre zu Kämpfen für Strukturreformen als einen großen Fortschritt an und für sich darzustellen. Die Erfahrung beweist aber immer wieder, daß zwischen neokapitalistischen, das System – sehr oft auf Kosten der Lohnquote! – rationalisierenden und leicht von den Großkonzernen zu absorbierenden Strukturreformen und solchen, die systemsprengend wirken, weil sie in die kapitalistische Produktionsweise nicht integriert werden können und letzten Endes dazu führen, daß der Klassenkampf einer Entscheidungsschlacht zustrebt, schärfstens unterschieden werden muß. Die ersten führen in ihrer Logik zu einer weiteren Integration der Gewerkschaftsbürokratie in den bürgerlichen Staatsapparat, zu einem weiteren Abbau von Kampfwillen und Kampferfahrung der Lohnabhängigen. Der Kampf um die zweiten kann dagegen nur die Gewerkschaftsbewegung radikalisisieren und die Masse für weitere und breitere Kämpfe und wachsendes antikapitalistisches Bewußtsein mobil machen.

Die Möglichkeit, von den neuen Formen des Funktionierens der kapitalistischen Produktionsweise selbst auszugehen, um die Gewerkschaftsbewegung und breitere Arbeitermassen auf radikale antikapitalistische Ziele umzuorientieren, entspricht einer spontanen Tendenz des elementaren Arbeiterkampfes auf Betriebsebene, wie er sowohl in dem französischen Generalstreik vom Mai 1968 und in den großen italienischen Streiks im Herbst und Winter 1969, wie ansatzweise in den zahlreichen wilden Streiks vieler westeuropäischer Länder der letzten zwölf Monate zum Ausdruck kam. Was in diesen größten Streiks, die es bisher in der Geschichte des Kapitalismus gegeben hat (nahezu 10 Millionen Streikende in Frankreich, nahezu 15 Millionen in Italien) zum erstenmal schlagartig ausgesprochen wurde, das war eine Herausforderung und eine „Kontestation“ nicht nur der kapitalistischen Einkommensverteilung, sondern der kapitalistischen Produktionsverhältnisse selbst. Wie bedeutend auch Lohn- und Arbeitszeitfragen für diese Streikbewegung waren, so bestand das Neue an diesen riesigen Arbeitskämpfen in Westeuropa darin, daß die Streikenden, sehr oft spontan, ohne tiefere theoretische Einsicht und mit unbeholfenen Formulierungen als Kampfziele nicht nur mehr Lohn und kürzere Arbeitszeit forderten, sondern die neuen Formen der Entlohnung (Arbeitsplatzbewertung, measured day work usw.) die zur Atomisierung der Arbeiterklasse und zur rationalisierten Kontrolle über die Arbeitskraft im Betrieb führen, in Frage stellten, die Spanne zwischen den

am schlechtesten und den am besten bezahlten Schichten der Lohnabhängigen versuchten herabzusetzen, die Arbeitsorganisation im Betrieb angriffen, den Rhythmus des Fließbands selbst versuchten zu bestimmen, ja sogar die innerbetriebliche Arbeitsteilung erschütterten und die Autorität der Meister und Vorarbeiter, d.h. die ganze hierarchische Struktur des kapitalistischen Betriebes, anfangen zu untergraben. Man kann alle diese neuartigen Forderungen nicht besser zusammenfassen als in ihnen die Keimform des unmittelbaren Kampfes gegen das Recht und die Macht des Kapitals, Arbeit und Maschinen zu kommandieren, d.h. die Keimform des unmittelbaren Kampfes gegen die kapitalistischen Produktionsverhältnisse selbst zu erkennen.

Gewiß wäre es verfrüht, die französischen und italienischen Streiks, d.h. das Klassenbewußtsein von 25 Millionen westeuropäischer Lohnabhängiger sämtlich auf diesen Nenner zu bringen. Noch verfehler wäre es, in jedem „wildem Streik“ jedes westeuropäischen Landes bereits den Ansatz zu einem französischen Mai oder einem italienischen Herbst, d. h. den Ansatz zu einer solchen wenigstens in Keimform direkten In-Frage-stellung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu sehen. Noch nie war das Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung und der inneren Differenzierung der Arbeiterschaft so stark in Westeuropa erkennbar wie heute. Aber es handelt sich darum, das Neue in diesen Kämpfen rechtzeitig aufzudecken und zu erkennen, daß es die Tendenz haben wird, sich allmählich auf alle imperialistischen Länder des Westens, sowie auf Japan, auszudehnen.

Denn diese neuartige Form der Arbeiterkämpfe in den industrialisierten Ländern ist selbst ein Produkt der dritten industriellen Revolution, der sich verändernden Formen der kapitalistischen Produktionsweise. Beschleunigte technologische Erneuerung bedeutet im „organisierten“ Spätkapitalismus beschleunigte Strukturkrisen von Gewerben, Industriezweigen und Industrievieren, beschleunigte Disqualifizierung ganzer Berufsgruppen, beschleunigte Ausbeutung und vor allem ständige Intensivierung des Arbeitsprozesses, aber gleichzeitig beschleunigtes Wiedereinschleusen geistiger Arbeit in den Produktionsprozess, beschleunigte Hebung des durchschnittlichen Qualifikations- und Wissensniveaus der Produzenten in den technisch führenden Industriezweigen, beschleunigtes Um-Sich-Greifen der Kontestation der bürgerlichen Herrschafts- und Entfremdungserscheinungen im Bereich der Hoch- und Mittelschule, des Kommunikationswesens, der Lebensgemeinschaft und der Konsumsphäre überhaupt,

was unvermeidlich zu einer wachsenden Kontestation derselben Herrschafts- und Entfremdungsbedingungen in der Produktionssphäre führen muß.

Die intelligenteren Schichten der Großkonzerne und der bürgerlichen Klasse sind sich der großen Gefahr, die diese neuen Kampfformen und Kampfziele der Arbeiterschaft für das Überleben ihrer Klassenherrschaft mit sich bringen, durchaus bewußt, — leider viel mehr bewußt als die meisten Gewerkschaftsführer. Darum fällt eine ideologische Kehrtwende dieses Großbürgertums zeitlich zusammen mit der französischen Mai-Explosion vom Jahre 1968. De Gaulle lancierte die Lösung der „participation“, die seither eifrigst von britischen Tories, von den verschiedensten Strömungen des französischen Bürgertums, von den meisten skandinavischen Kapitalisten (wie auch von den meisten nördlichen Sozialdemokraten), ja sogar von einem Teil der spanischen Großkonzerne freudig aufgegriffen wurde. Auf deutsch frei übersetzt heißt „participation“ „Mitbestimmung“. Es zeugt für die wohl bekannte politische Unreife des westdeutschen Bürgertums, daß eine Formel, die anderswo als der letzte Schutzwall vor dem Verlust der Unternehmerautorität in Betrieb, Wirtschaft und Staat erkannt ist, in der BRD noch als eine zu bekämpfende teuflische Gefahr exorziert wird. Denn um einen solchen Schutzwall handelt es sich zweifelsohne. Nachdem breitere Teile der westeuropäischen Arbeiterschaft in der Tat bewiesen haben, daß weder übertarifliche Vorteile auf Betriebsebene, noch wachsende Integration der Gewerkschaftsspitzen in den bürgerlichen Staatsapparat sie davon abhalten können, periodisch in großen explosionsartigen Kämpfen den Fortbestand der kapitalistischen Produktionsweise objektiv in Frage zu stellen, wollen nun die spätkapitalistischen Großkonzerne Westeuropas ihr historisches Ziel der letzten Jahrzehnte - systematisches Abwiegeln des proletarischen Klassenkampfes und systematisches Verschütten des proletarischen Klassenbewußtseins - auf einem neuen Weg erreichen: dadurch, daß den Gewerkschaften „Mitbestimmung“ an der nationalen Lenkung der Wirtschaft und Mitverantwortung an der Wirtschaftsleitung auf Betriebsebene verliehen wird.

Das Manöver ist so plump, daß es keine Erfolgchancen hätte, wenn nicht bedeutende Teile der Gewerkschaftsführung selbst in dieser Frage solche Verwirrung in den Köpfen der Lohnabhängigen gesät hätten, daß manchem von ihnen das Unternehmermanöver als eine Arbeitererlungenschaft erscheint. Das Manöver ist plump, denn genauso wie die „konzertierte Aktion“, die „Einkommenspolitik“ und die „soziale Programmierung“ versucht



es, die unterschiedliche Klassenlage, in der sich Käufer und Verkäufer der Ware Arbeitskraft in der bürgerlichen Gesellschaft befinden, zu verschleiern. Da der Arbeiter weder über Reichtum noch über die dem Reichtum entspringende Wirtschaftsmacht verfügt, kann sein Lohn präzise durch Unternehmer und Regierung festgesetzt, kann die Lohnsteuer an der Quelle sofort und total erfaßt, kann – mit Ausnahme der Wirkung der bösen „wilden Streiks“ – auch die gesamtgesellschaftliche Lohnsumme exakt im voraus festgelegt werden. Aber genauso wie es bisher in der Geschichte noch keiner bürgerlichen Regierung, auch unter Androhung schwerster Strafen – man denke an das Naziregime – gelungen ist, Preise und Gewinne einzufrieren, so kann es keinem „Mitbestimmungsgremium“ oder „mitbestimmenden“ Verwaltungsrat gelingen, die Gesetze der kapitalistischen Konkurrenz und der Kapitalverwertung auszuschalten, zu verhindern, daß es zu periodischen Wirtschaftsschwankungen kommt, zu verhindern, daß Unternehmer durch die Konkurrenz gezwungen werden, periodisch strenge Rationalisierungsmaßnahmen zu treffen, Entlassungen oder Kurzarbeit einzuführen, den Arbeitsrhythmus zu steigern, die Ausbeutung der Arbeitskraft zu verstärken usw. usf. Mitbestimmung und Mitverantwortung, bei gleichzeitigem Beibehalten des Privateigentums und profitorientierten Wirtschaftsgütes, bedeutet daher unvermeidlich Mitbestimmung und Mitverantwortung für diese Blüten kapitalistischer Produktionsweise.

Arbeiter „Vertreter“, die dazu bereit sind, müssen unweigerlich mit den unmittelbaren Interessen ihrer Mandanten zusammenstoßen, ja sich in Vertreter der „Betriebs-“ (d.h. der Kapital-)Interessen gegen die Arbeiterschaft verwandeln. Es ist schwer, irgendwo auf diesem Wege haltzumachen und zu sagen: bis hierhin und nicht weiter. Haben wir nicht bei den jüngsten „wilden Streiks“ der Gewerkschaftsbewegung entstammende „Arbeitsdirektoren“ gesehen, die als echte Unternehmer-Scharfmacher versuchten, die „aufwieglerischen Elemente“ aus den Betrieben zu entfernen, ja sogar jegliche Konzession an die Streikenden und jegliche Verhandlung mit ihnen abzulehnen, sogar zu einem Zeitpunkt wo die Unternehmer selbst bereits eine viel „gemäßigtere“ Sprache führten?

Eine sich nicht nur in den bürgerlichen Staatsapparat, sondern sogar in die tägliche Betriebsführung des Kapitalismus integrierende Gewerkschaft wäre keine „systemkonforme“ Gewerkschaft, sie würde rasch aufhören, überhaupt noch eine wirkliche Gewerkschaft zu sein. Die Lohnabhängigen würden keinerlei Grund mehr erkennen,

solchen Arbeitskontrolleuren und Arbeitsdirektoren noch Teile des schwer erarbeiteten Lohnes in Form von freiwilligen Beiträgen zuzuschancen. Ein Trend zum Mitgliederschwund würde in großem Stil einsetzen (man studiere z.B. die Fluktuation einiger solcher „systemkonformer“ Gewerkschaften in den USA, wie des Bergarbeiterverbandes während der letzten Jahre!). Da die Unternehmer keinerlei Interesse daran hätten, der Gewerkschaftsbürokratie finanzielle Schwierigkeiten im Tausch für die enge Zusammenarbeit zu verursachen, würde man einem System der zwangsmäßigen Erhebungen von Gewerkschaftsbeiträgen „an der Quelle“ durch die Unternehmer selbst, sozusagen einem System von „Lohnsteuer zweiter Hand“ zustreben, wie es für die spanischen „vertikalen Gewerkschaften“ gilt. Am Endpunkt eines solchen Entartungsprozesses hätte die Gewerkschaftsbürokratie aufgehört, eine Bürokratie selbständiger Arbeiterorganisationen zu sein. Sie wäre nur noch ein. besonderer Bestandteil der staatlichen Verwaltungsbürokratie, die für die spätkapitalistische Gesellschaft die leider zu unberechenbaren Taten neigende und explosionsanfällige Ware „Arbeitskraft“ zu verwalten hätte, so wie andere Teile dieser Bürokratie Züge, Autobahnen, Briefmarken, Hochschulen und Panzer verwalten.

Glücklicherweise sind wir noch weit davon entfernt, an diesem Schlußpunkt des Prozesses angelangt zu sein. Nur die ersten zögernden Schritte in Richtung auf diese Selbstverleugnung und Selbstaufhebung der freien Gewerkschaftsbewegung wurden bisher in Westeuropa unternommen. Und alles spricht dafür, daß die bewußteren, radikaleren und kämpferischen Teile der westeuropäischen Arbeiterschaft diesen Prozeß rechtzeitig umkehren werden. Diese Umkehrung ist jedoch auf die Dauer nur möglich, wenn die Gewerkschaftsbewegung ihre Haltung zum Problem der inneren Gewerkschaftsdemokratie, zum Problem der neuen, aus der spezifischen Lage des Spätkapitalismus erwachsenen Aufgaben und zum sozialistischen Endziel der Arbeiterbewegung gründlich überholt und neugestaltet.

Mit der Zentralisation des Kapitals hat auch eine andauernd wachsende Zentralisation der Gewerkschaften Schritt gehalten. Es ist dies ein sehr widerspruchsvoller und zwiespältiger Prozeß. Gewerkschaften sind, anders als Parteien, keine Organisationen von Gleichgesinnten, keine Verbände die nur Werktätige vereinigen, die auf einer bestimmen programmatischen Basis stehen und ein bestimmtes historisches Ziel verwirklichen wollen. Sie sind im Prinzip Vertreter der unmittelbaren materiellen Interessen aller derer, die gezwungen sind, ihre Arbeitskraft

zu verkaufen. Aber auch der Anschluß an Gewerkschaften erfordert ein Mindestmaß an elementarem Klassenbewußtsein, das wenigstens in den größeren Ländern des Westens bisher immer nur eine Minderheit von Lohnabhängigen erreicht hat.

Die Zentralisation der Gewerkschaften erlaubt es deshalb, der zentralen wirtschaftlichen Macht des Großkapitals mehr Macht entgegenzustellen, als isolierte Lohnabhängige einer Werkstatt, eines Betriebes, einer Stadt oder eines Industriereviers normalerweise vorzeigen könnten. Sie ist deshalb eine notwendige Waffe im Klassenkampf, die vor allem den Schwächeren, den weniger Organisierten, oder den durch eine besondere Wirtschaftslage zu ungünstigen Ausgangsbedingungen beim Aushandeln des Arbeitslohns Verurteilten, zugute kommt. Für eine Aufhebung der gewerkschaftlichen Zentralisation zu agieren, wäre letzten Endes nur zugunsten der Kapitalistenklasse.

Aber dieselbe Zentralisation, die es den schwächeren Lohnabhängigen erlaubt, günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen auszuhandeln als sie selbst erreichen könnten, droht, sich gegen die Kämpferischen und Radikaleren zu wenden, sobald ein gewerkschaftlicher Apparat bürokratisch verformt und verselbständigt ist. Sie droht die gesamte Grundlage der Gewerkschaften zu untergraben, wenn sie zu einer systematischen Passivität der Gewerkschaftsmitglieder entartet, weil ein immer kleinerer Kreis von Funktionären die zentralen Entscheidungen trifft - einschließlich der Kompromisse bei Tarifverhandlungen - ohne eine breite Schicht von Aktivisten in den Entscheidungsprozeß einzuschalten.

Die übermäßige Zentralisation der gewerkschaftlichen Entscheidungsgewalt ist um so gefährlicher, als gerade die Weigerung lebendiger Gewerkschaftsorganisationen, sich der „Einkommenspolitik“, der „sozialen Programmierung“ und der „konzertierten Aktion“ auf die Dauer zu fügen, periodisch zu scharfen, von den Unternehmern orchestrierten Kampagnen gegen die „übermäßige Macht der Gewerkschaften“ führt (wie dies in Großbritannien in den Jahren 1967 und 1968 der Fall war), und diese solche Kampagnen nur dann erfolgreich überstehen können, wenn sie über die freiwillige und begeisterte Unterstützung von Tausenden und Abertausenden von aktiven Mitgliedern verfügen.

Es ist kein Zufall, daß die sonst ach so stark auf „Demokratie“ eingeschworene bürgerliche öffentliche Meinung den Gewerkschaften noch mehr Zentralisation aufdrängen möchte, indem sie der Führung vorwirft, sie lasse der „anarchistischen Zügellosigkeit“ der Betriebskader,

etwa in Ländern wie Großbritannien und Italien, zuviel Spielraum. Die Unternehmer möchten gerne, daß die Gewerkschaftsapparate selbst die, von ihrem Standpunkt aus gesehen, unumgängliche „Säuberung“ der Betriebe durchführen. Wehe der Gewerkschaft, die sich zu diesem Kurs entschließen würde; ihre gewerkschaftliche Substanz würde schnell schwinden.

Das einzige Mittel, um die Auswüchse der gewerkschaftlichen Zentralisation zu vermeiden, ist breiteste innergewerkschaftliche Demokratie. Dies bedeutet nicht nur die Pflicht, vor jeder bedeutenden Entscheidung die Mitgliedschaft und das Aktiv weitgehends zu informieren, zu befragen und beschließen zu lassen, sondern ebenfalls das Recht von Minderheiten, sich zusammenzuschließen, um auf Gewerkschaftstagen ihre Anstrengungen wenigstens teilweise ebensogut koordinieren zu können, wie dies der Apparat vermag. Es ist bezeichnend, daß der gemäßigte Flügel der Gewerkschaften dieses Recht immer selbstverständlich für sich beansprucht, wenn er sich in einer Minderheitsposition befindet, oder fürchtet, bald in eine solche Position verdrängt zu werden, seinerseits aber nicht bereit ist, einer radikalen Minderheit dasselbe Recht zuzugestehen, sobald seine Kontrolle über die Organisation wiederum konsolidiert ist. Die Gewerkschaften der Weimarer Republik in den zwanziger Jahren, wie jene der CSSR in den Jahren 1968 und 1969, legen davon beredetes Zeugnis ab.

Oft wird solchen Gedankengängen entgegengehalten, daß die Gewerkschaftsmitglieder selbst letzten Endes schuld sind an der wachsenden Macht der Apparate, weil sie Versammlungen nicht besuchen, keinerlei Aktivität an den Tag legen, und oft noch gemäßigt sind als der Apparat. Wir wollen nicht verhehlen, daß ein Körnchen Wahrheit in diesen Ausführungen steckt - aber nur ein Körnchen. Denn erstens zeigen Ereignisse immer wieder, daß gelegentlich große Arbeitermassen dem Gewerkschaftsapparat wie im Jahre 1968 in Frankreich und im Jahre 1969 in Italien um tausend Meilen voraneilen, anstatt ihm nachzuhinken. Und zweitens gilt für die gewerkschaftliche Aktivität, was für das Schwimmen gilt; man kann es nur erlernen, wenn man irgendwann ins Wasser springt, d.h. zur Praxis übergeht. Diejenigen, die der Arbeitermasse vorwerfen, sie zeige zuwenig gewerkschaftliche Aktivität, sollten sich die Frage stellen, was sie denn unternommen haben, um diese Masse zur Selbstinitiative, zur Selbstaktivität und Selbstentscheidung zu erziehen. Nur eine Gewerkschaftsstrategie, die systematisch auf eine solche Erziehung in der täglichen Kampfpraxis

ausgerichtet ist, kann eine aufsteigende Linie in der Gewerkschaftstätigkeit breiter Massen erzeugen. Eine Gewerkschaftsstrategie, die der Masse der Mitglieder jede Möglichkeit und jedes Gefühl, daß sie selbst Initiative im Kampf ergreifen kann, nimmt, kann nur eine Kombination wachsender gewerkschaftlicher Passivität und periodischer Explosionen außerhalb des Rahmens der Gewerkschaften erzeugen.

Eine auf aktive Initiative der Basis im Klassenkampf ausgerichtete Gewerkschaftsstrategie ist aber auch die einzige, die den neuen Aufgaben entspricht, die der Gewerkschaftsbewegung aus der jetzigen Entwicklungsphase des Kapitalismus erwachsen. Wir sagten bereits, daß sich immer mehr Arbeiterkämpfe spontan in Richtung auf ein In-Frage-Stellen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse bewegen. Die Strategie, die dieser spontanen Tendenz entspricht, ist jene der Arbeiterproduktionskontrolle. Im Gegensatz zur „Mitbestimmung“ geht die Strategie der Arbeiterproduktionskontrolle davon aus, daß Tarifautonomie der Gewerkschaften einerseits und Mitverantwortung für die Profitmaximierung der Betriebe und Konzerne andererseits, daß Verteidigung der Interessen der Lohnabhängigen einerseits und das sich den Bewegungsgesetzen der kapitalistischen Produktionsweise Fügen andererseits, grundlegend unvereinbar sind. Sie fordert deshalb Kontroll- und Veto-Recht für Lohnabhängige, nicht aber Mitverantwortung für die Verwaltung kapitalistischer Betriebe und kapitalistischer Wirtschaft.

„Arbeiterkontrolle im Kapitalismus; Mitbestimmung im Sozialismus“ in diese knappe Formel hat der verstorbene stellvertretende Generalsekretär des belgischen Gewerkschaftsbundes FGTB Andre Renard die gewerkschaftliche Doktrin in diesem Sachbereich zusammengefaßt. Sie scheint uns völlig zuzutreffen.

Arbeiterproduktionskontrolle erfordert aber weitgehende Initiative auf der Ebene des Konzerns und des Betriebs, ja sogar auf der Ebene der Werkstatt und jedes Fließbandes. Der Kampf um Arbeiterproduktionskontrolle schafft Keimformen der Selbstorganisation aller Lohnabhängigen am Arbeitsplatz, wie dies heute am Beispiel des größten Betriebes Westeuropas, der Turiner FIAT-Werke, erstmalig seit Jahrzehnten wieder der Fall ist. Einen solchen Delegierten-Körper in die Gewerkschaftsorganisation reintegrieren und gar gesetzlich untermauern zu wollen heißt, seine Eigenart völlig zu verkennen. Es handelt sich vielmehr um eine Erweiterung des Tätigkeitsfeldes der Werk tätigen im Betrieb, die

sich nicht mehr auf Tarifverhandlungen beschränken und durch das Ergebnis dieser Verhandlungen einschränken lassen wollen. Diese Selbstorganisation der Werk tätigen am Arbeitsplatz muß völlige Autonomie bewahren, um zum Zuge zu kommen; sie ist Keimform eines Systems von Doppelherrschaft auf Betriebsebene, die ihrerseits nur Keimform einer Räteordnung sein kann. Darin liegt ihre Besonderheit und ihre Aufgabe. Aber sie kann und wird auf die Tätigkeit der Gewerkschaftsmitglieder im Betrieb rückwirken, deren Aktivität stimulieren, und die gewerkschaftliche Demokratie fördern, solange sie Ausdruck einer wachsenden Anteilnahme der Masse der Lohnabhängigen an den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen bleibt.

In dieselbe Richtung einer geschmeidigeren Artikulation von Zentralisierung und innergewerkschaftlicher Demokratie drängt auch eine andere neue Aufgabe, die den Gewerkschaften aus der Entwicklung des Spätkapitalismus zukommt: jene der stärkeren internationalen Zusammenarbeit und Integration. Im Zeitalter des multinationalen Konzerns ist dies das einzige Mittel, um der raschen Auftragsverlegung von Land zu Land, des raschen Gegeneinander-Ausspielens von Werk tätigen mit relativ geringeren gegen Werk tätige mit relativ höheren Löhnen seitens dieser internationalen Konzerne wenigstens teilweise zu entgehen. Bisher haben die großen Gewerkschaftsapparate in der Frage der internationalen Aktion völlig versagt. Man wartet immer noch auf den ersten europäischen Streik, wo es bereits so viele europäische Konzerne gibt. Und wenn die Arbeiter eines solchen Konzerns in einem Lande streiken, oder die Streikenden eines Industriezweiges durch rasches Herbeiführen konkurrierender Ware aus einem Nachbarland in der Wirksamkeit ihres Streiks schwer gestört werden, dann hat bisher die millionenstarke „offizielle“ Gewerkschaftsbewegung weniger für internationale Solidarität erreicht als kleine radikale Minderheitsgruppen.

Eine solche internationale Zusammenarbeit und Integration ist jedoch undenkbar auf der Ebene der organisatorischen Zentralisation: hier muß gleichzeitig auf Konzern- und Betriebsebene und auf der Ebene von Dachverbänden gehandelt werden. Und hier hat die Gewerkschaftsbewegung die Pflicht, mit dem eigenen erzieherischen Beispiel vorangehend zu beweisen, daß die These, es gebe in der heutigen Welt überhaupt kein Mittel, um durch technischen Fortschritt bedingte Zentralisierung mit wachsender Selbsttätigkeit und Selbstbestimmung aller Menschen zu verknüpfen, nur der

bürgerlichen und der bürokratischen Logik, keineswegs aber der Wirklichkeit entspricht.

Ein konservativer britischer Technokrat, Michael Rose, spricht die Befürchtung aus, die Verallgemeinerung kybernetischer Lenksysteme in Wirtschaft und Staat könne zu einer gewaltigen Konzentration an Entscheidungsgewalt in wenigen Händen führen, gegründet auf das Monopol des Zugangs zu der so angehäuften Informationsmasse. Mehrere bürgerliche NationalökonomInnen haben den Gedanken geäußert, daß in spätestens fünfzehn Jahren etwa 200 internationale Großkonzerne die Wirtschaft der „freien Welt“ beherrschen würden. Daß ihnen das Paradox verborgen bleibt, das darin liegt, eine durch solche Konzentration von Wirtschaftsmacht gekennzeichnete Welt noch „frei“ zu nennen, zeugt nur für die so typische Problemlösungsblindheit dieser bürgerlichen NationalökonomInnen.

Eine „freiheitlich-demokratische Ordnung“, in der tatsächlich alle großen strategischen Entscheidungen, die das Wirtschafts- und Gesellschaftsleben breiter Massen bestimmen, durch diese Massen selbst getroffen werden, in der sich der Zugang zu allen wichtigen Informations- und Wissensquellen verallgemeinert, wo also Zentralisierung der Technik mit weitester Dezentralisierung der Entscheidungsprozesse verbunden wird, ist nur möglich aufgrund des Gemeineigentums an Produktionsmitteln und ihrer Verwaltung durch demokratisch-zentralistische, d.h. geplante Selbstverwaltung von Produzenten und Konsumenten.

Die Gewerkschaften werden ihre aus der letzten Entwicklung des Spätkapitalismus entsprungenen Aufgaben nur lösen können, wenn sie sich wieder voll durch dieses sozialistische Endziel, das noch nie so relevant war wie heute, in ihrer täglichen Praxis lenken lassen. „Systemkonforme“ Gewerkschaften kann es im Spätkapitalismus nicht geben. „Systemkritische“ Gewerkschaften aber erfordern bewußte Sozialisten an ihrer Spitze.

Quelle: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, Köln, [ISSN 0016-9447], Systemkonforme Gewerkschaften? – 21.1970, (6), pp.359–369

## Bücher zum Werk von Ernest Mandel



Gilbert Achcar (Hrsg.)

### Gerechtigkeit und Solidarität

*Ernest Mandels Beitrag zum Marxismus*

287 Seiten, 18,00 Euro

2003, ISBN 978-3-929008-44-9  
nur ab Verlag lieferbar

Das Buch enthält die Beiträge eines wissenschaftlichen Symposiums zum Werk von Ernest Mandel, das im Juli 1996 in Amsterdam stattfand. Zusätzlich enthält das Buch eine biografische Skizze von Gilbert Achcar über Ernest Mandel sowie eine Bibliografie der Werke und Artikel Mandels, die von Christoph Jünke und Wilfried Dubois zusammengestellt wurde. Von Ernest Mandel selbst sind im Buch zwei Beiträge: »Über die materiellen, sozialen und ideologischen Voraussetzungen des nazistischen Genozids« und »Zur Lage und Zukunft des Sozialismus«.



Manuel Kellner

### Gegen Kapitalismus und Bürokratie – zur sozialistischen Strategie bei Ernest Mandel

Wissenschaft & Forschung 22

464 Seiten, 36,00 Euro

2009, ISBN 978-389900-022-1

Manuel Kellners Arbeit ist die erste deutsche Dissertation zum theoretischen Werk von Ernest Mandel. Sie behandelt insbesondere seine Kritik des zeitgenössischen Kapitalismus und der bürokratischen Regime Osteuropas, seine Vorstellungen von einem freiheitlichen Sozialismus als »freier Assoziation der ProduzentInnen«, seine Debattenbeiträge zur antikapitalistischen Strategie und zum Aufbau neuer revolutionärer Organisationen, die in die Lage versetzt werden sollten, den Einfluss des Reformismus zurückzudrängen und die Mehrheit der Arbeitenden zu gewinnen.

Neuer ISP Verlag GmbH

Tel.: (0721) 3 11 83

neuer.isp.verlag@t-online.de

www.neuerispverlag.de

# EIN KRIEG MIT ANDEREN MITTELN

Bei Konflikten zwischen großen Ländern werden heute gleichzeitig militärische Mittel und wirtschaftliche Instrumente angewandt. In Abwandlung des Aphorismus von Carl von Clausewitz lässt sich daher sagen, dass in der heutigen Situation die Wirtschaft die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln ist.

■ **Claude Serfati**

Die russische Invasion in der Ukraine beschleunigt die geopolitische Fragmentierung der Weltwirtschaft, die Ende der 2000er Jahre begonnen hat. Die westlichen Länder plädieren für die Bildung einer „Wirtschafts-Nato“ und die Verlagerung der Aktivitäten ihrer Industriekonzerne in „befreundete Länder“. China rückt als „systemischer Rivale“ ins Visier als geopolitischer und zugleich wirtschaftlicher Gegner. Dass wirtschaftliche Konkurrenz und geopolitische Rivalitäten so nahe beieinander liegen, ist vor dem Hintergrund der multidimensionalen Krisen, die die Menschheit heimsuchen, zu betrachten.

Wir wollen hier untersuchen, welche Veränderungen der Weltwirtschaft durch den Krieg in der Ukraine ausgelöst wurden. Dabei knüpfen wir an die Analyse eines Artikels an, der zu Beginn der Covid-19-Pandemie veröffentlicht wurde und damit schließt, dass die Beziehungen zwischen Weltwirtschaft und Geopolitik seit Ende der 2000er Jahre („das Momentum 2008“) deutlich enger geworden sind und die Regierungen der Industrieländer aus Gründen der nationalen Sicherheit protektionistische Barrieren errichteten. (Serfati, 2020) Seit der russischen Invasion in der Ukraine am 24. Februar 2022 ist es der Krieg, der die internationalen Wirtschaftsbeziehungen bestimmt.

## Ein transatlantisches Wirtschaftsbündnis

Kurz nach der großen Finanzkrise von 2008 schlug Außenministerin Hillary Clinton vor, dass das zwischen den USA und der EU ausgehandelte Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP), das bereits zum Ziel hatte, den Aufstieg Chinas und überhaupt der BRICS-Staaten (Brasilien, China, Indien, Russland und Südafrika) zu bremsen, in eine echte „Wirtschafts-Nato“ umgewandelt werden sollte (Serfati, 2015). Dieses wirtschaftliche und geopolitische Projekt, das letztlich aufgegeben wurde (siehe Kasten 1), hätte somit das 1948 zwischen den USA und den europäischen Ländern geschaffene Militärbündnis auf wirtschaftlicher Ebene ergänzen sollen. Diese Formel oder die einer „Handels-NATO zur Bekämpfung der chinesischen Handelsaggression“ (Atkinson, 2021) wurde ab Mitte der 2010er Jahre, als sich die Handelskonflikte zwischen China und den USA verschärften, von dem Weißen Haus nahestehenden Denkfabriken aufgegriffen.

## Rückverlagerung der Produktion

Seit dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine häufen sich die Vorschläge, einen Block von Ländern zu bilden, die die Werte und Regeln der westlichen Länder akzeptieren. Alle gehen davon aus, dass die Globalisierungsphase, die am 9. November 1989 mit dem Fall der Berliner Mauer begann und auf den Regeln des Multilateralismus beruht, wie sie

von der Welthandelsorganisation (WTO) verkörpert werden, mit der Invasion der Ukraine durch die russische Armee ihr Ende gefunden hat. Denn die wichtigste Lehre aus dem Ukrainekrieg ist, dass der internationale Handel nicht nur frei, sondern auch sicher sein muss. Diese Vorschläge zielen folglich darauf ab, die westlichen Länder weniger abhängig von den Volkswirtschaften Chinas und Russlands zu machen – sie zu „entkoppeln“, wie die Anglo-amerikaner sagen. Für die damals frisch gewählte britische Premierministerin Truss sollte die G7 – die sie als „Netzwerk der Freiheit“ bezeichnet – „als Wirtschafts-Nato fungieren und gemeinsam unseren Wohlstand verteidigen. Wenn die Wirtschaft eines Partners von einem aggressiven Regime ins Visier genommen wird, sollten wir handeln, um ihn zu unterstützen. Alle für einen und einer für alle.“ Diese Formulierung ähnelt sehr stark dem Artikel 5 der NATO-Charta, der den Grundpfeiler der NATO bildet und genau die gegenseitige Verteidigung im Falle eines Angriffs auf ein Mitgliedsland vorsieht.

Ergänzend zur Schaffung einer Wirtschafts-Nato werden Forderungen laut, dass westliche Großkonzerne ihre Aktivitäten in verbündete (ally-shoring) (Dezenski, Austin, 2020) oder befreundete (friend-shoring) Länder verlagern sollten, was auf eine „Verlagerung der Lieferketten in politisch sichere Länder“ hinausläuft. Diese Vorschläge kommen nicht aus unberufenem Mund, sondern in erster Linie von Janet Yellen, der derzeitigen US-Finanzministerin. Dieser Kurs wurde auf einer eigens einberufenen Konferenz über die „Zukunft der Weltwirtschaft und die wirtschaftliche Führung der USA“ zwei Monate nach dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine festgelegt. Die Umstrukturierung der Weltwirtschaft soll durch die Verlagerung von Aktivitäten amerikanischer Konzerne in „befreundete Länder“ erfolgen. Mehrere europäische Staats- und Regierungschefs, darunter die Präsidentin der Europäischen Zentralbank (EZB), Christine Lagarde, unterstützen diese Forderung.

Die Umsetzung einer solchen „Geopolitik der Lieferketten“, wie es Thierry Breton, der EU-Industriekommissar, der auch für Verteidigung und Raumfahrt zuständig ist, ausdrückt, hätte eine enorme Tragweite. Sie würde die als strategisch angesehenen Sektoren betreffen, deren von den Regierungen erstellte Liste immer länger wird und potenziell unbegrenzt ist. Eine überparteiliche amerikanische Denkfabrik stellt symbolisch einen Totenschein für das „globale Internet“ aus und wünscht, dass die USA eine „neue Internet-Außenpolitik (...) [auflegen], die eine Koalition aus verbündeten und befreundeten Ländern

zementiert, um so weit wie möglich eine sichere und vertrauenswürdige internationale Kommunikationsplattform zu wahren“ (Segal, Goldstein, 2022).

### Der Multilateralismus am Ende?

Die US-Finanzministerin kündigte außerdem an, dass

#### **KASTEN 1: DER TRANSATLANTISCHE BLOCK**

Der transatlantische Block, der hauptsächlich aus den USA und den europäischen Ländern besteht, geht auf die historischen Umstände zurück, die sich aus dem Zweiten Weltkrieg und der daraus entstandenen Blockbildung zwischen den westlichen Ländern und der UdSSR während des Kalten Kriegs ergaben. Dieser Block geht über ein bloßes Wirtschaftsbündnis hinaus und basiert auf dem militärischen Beistand unter den Mitgliedsstaaten (der Nato in Europa und vergleichbaren Bündnissen zwischen den USA und mehreren Ländern im asiatisch-pazifischen Raum) und einer Wertegemeinschaft, die Marktwirtschaft, Demokratie und Frieden vereint. Dieser Block ist hierarchisch gegliedert und wird von den USA dominiert.

Die Zeit nach dem Untergang der UdSSR im Jahr 1991 war die Blütezeit des transatlantischen Blocks und mehr noch der Vormachtstellung der USA. Der „Washington Konsens“ (Williamson, 1990) zementierte den Sieg der kapitalistischen Marktwirtschaft für zwei Jahrzehnte. Die Stärke des transatlantischen Blocks wurde durch die massive Erweiterung der NATO von 16 auf 30 Mitglieder zwischen 1991 und 2021 erhöht.

Der Block ist jedoch nicht frei von wirtschaftlicher Konkurrenz im Innern, wie das Scheitern der TTIP-Verhandlungen zeigt, die 2013 offiziell zwischen den USA und der EU aufgenommen wurden. Der Höhepunkt der Rivalitäten zwischen den USA und den großen EU-Ländern wurde während der Amtszeit von Donald Trump (2016–2020) erreicht, in dessen Augen Deutschland den Interessen der US-Wirtschaft ebenso schadete wie China. Unter anderem will die EU in ihren Streben nach einer geopolitischen Machtposition ihren Mitgliedstaaten dabei helfen, bei der Verteidigung ihrer wirtschaftlichen Interessen gegen andere Weltmächte, einschließlich der USA, geschlossen aufzutreten. Die unterschiedlichen Interessen der beiden Seiten, die angesichts der westlichen Solidarität gegenüber Russland vorübergehend zurückgestellt wurden, könnten jedoch aufgrund der sich verschlechternden Wirtschaftslage schnell wieder zutage treten.

ihr Land dem Aufbau eines Netzwerks „plurilateraler“ Abkommen künftig Vorrang einräumen werde. Diese Formulierung kommt nicht von ungefähr. Handelsabkommen zwischen „befreundeten Ländern“, die durch gemeinsame Werte vereint sind, würden zweifellos das Ende des Multilateralismus bedeuten, dessen Grundsätze in den letzten Jahrzehnten die Grundlage für den internationalen Wirtschaftsaustausch bildeten. Allerdings hatten bilaterale Abkommen, insbesondere über Sozialversicherungsklauseln, bereits zugenommen und vor allem wurden diese Grundsätze nach und nach ausgehöhlt. Notabene werden sie wegen „mangelnder demokratischer Kontrolle über die in den internationalen Organisationen und Konferenzen getroffenen Entscheidungen“ (Europäisches Parlament, 2022) kritisiert. Die Protektionsmaßnahmen, die zur Konsolidierung dieses Blocks beitragen würden, würden daher wahrscheinlich von der WTO verurteilt werden, da sie eindeutig gegen deren Geist und Regeln verstoßen würden (Wilson, 2021). Dieses Problem ist bereits aktuell, da die USA und die europäischen Länder im März 2022 die Meistbegünstigungsklausel<sup>1</sup>, die das Herzstück des Multilateralismus bildet, in ihren Handelsbeziehungen mit Russland widerrufen haben.

Die Wissenschaftler, die für die Schaffung einer Wirtschafts-Nato plädieren, sind sich bewusst, dass solche Maßnahmen „von den Regeln abweichen würden, die von den bestehenden internationalen Organisationen, der WTO und den Institutionen der Vereinten Nationen aufgestellt wurden. Letztlich ist dies eine Sache des politischen Willens.“<sup>2</sup> Es gibt jedoch handfestere Argumente als die Verteidigung von Werten und den politischen Willen, die die Aussicht auf einen transatlantischen Block als Garant der Weltwirtschaft stützen. Seit dem Zweiten Weltkrieg ist der transatlantische Raum in der Tat tief integriert und dominiert auch heute noch die Weltwirtschaft. Auf die USA und Europa entfällt etwa ein Drittel des Welthandels, aber sie tätigen 65 % der ausländischen Direktinvestitionen, die der wichtigste Träger der Globalisierung der Lieferketten sind (Hamilton, Quinlan, 2022). Und vor allem verfügen die USA und die EU über gewaltige finanzielle Hebel in einer Welt, in der die Finanzwirtschaft die verarbeitende Industrie eng kontrolliert. Der Dollar und der Euro sind bei weitem die wichtigsten Währungen, die über das SWIFT-System als Zahlungsmittel im internationalen Handel verwendet werden (siehe Kasten 2).

Die angekündigte Abkehr vom Multilateralismus bereitet besonders dem IWF, der seit 1945 der finanzielle Arm des internationalen Handels ist, Sorgen, denn wie

sein Chefökonom erklärt, weil „die tektonischen Platten der Geopolitik“ immer mehr Risse bekommen. Und er verweist darauf, dass diese „fragmentierte Welt mehr, nicht weniger, Verantwortung für den IWF erfordert“ (Gourinchas, 2022).

### Die Sanktionen gegen Russland

Den Beobachtern ist nicht entgangen, dass die Sanktionen gegen Russland fast ausschließlich von westlichen Ländern verhängt wurden. Dasselbe gilt für die finanzielle und militärische Hilfe für die Ukraine, bei der die USA mit 61 % der Gesamthilfe und 76 % der gesamten Militärhilfe die Hauptgeber sind (Grafik 1).

Diese unterschiedlichen Reaktionen der einzelnen Länder auf den Ukrainekrieg und die Wirtschaftssanktionen gegen Russland spiegeln sich auch in den Gewerkschaften auf globaler Ebene wider (s. Kasten 3).

### KASTEN 2: SWIFT, EIN FINANZIELLES MACHTINSTRUMENT DER USA

Das System Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication (SWIFT) ist ein privates System zur Vernetzung von 11 100 Finanzinstituten und Industriegruppen in über 200 Ländern. Es hat seinen Sitz in Brüssel, sein Datenzentrum befindet sich jedoch in Virginia (USA). Im Juni 2022 verzeichnete es 42 Millionen Nachrichten pro Tag, die sich hauptsächlich auf den Kauf und Verkauf von Finanztiteln (21 Millionen) und Zahlungen für Waren und Dienstleistungen (ca. 18,5 Millionen) verteilen. Das wichtigste konkurrierende System, das von China eingerichtet wurde, verzeichnete zehnmal weniger Transaktionen als SWIFT. Die Länder des transatlantischen Blocks dominieren bei weitem: Im April 2022 entfielen 41,8 % der Zahlungsinstrumente auf den Dollar, 34,7 % auf den Euro, 6,3 % auf das Pfund Sterling, 3,2 % auf den Yen und 2,1 % auf den Renminbi (Eichengreen, 2022). Da Zahlungen in anderen Währungen letztendlich den Dollar als Gegenstück haben, durchlaufen alle Banken bei ihren Interbankgeschäften den Finanzplatz New York. Die USA bilden somit das Rückgrat des Systems und nutzen die Extraterritorialität ihrer Gesetze, um nicht-amerikanische Banken zu bestrafen – darunter die BNP Paribas, die 2014 eine Strafe von 9 Milliarden US-Dollar zahlen musste, weil sie gegen das von den USA gegen den Iran verhängte Embargo verstoßen hatte. SWIFT ist somit ein „Finanzpanoptikum“, das es den USA ermöglicht, die globalen Zahlungsströme zu überwachen.

Die meisten Schwellenländer haben sich geweigert, in die Sanktionen gegen Russland eingebunden zu werden – und laut einem Experten könnten einige Länder des Südens „insgeheim sogar Russland unterstützen“. Die BRICS-Gruppe, die Anfang der 2000er Jahre gegründet wurde und die wichtigste organisierte Kraft der größten Schwellenländer darstellt, aber auch die Türkei, Mexiko, Argentinien und Indonesien, die alle Mitglieder der G20 sind, sowie eine Mehrheit der Länder auf dem afrikanischen Kontinent lehnen die Sanktionen ab. Auf ihrem Gipfeltreffen im Juni 2022 haben sie sogar geplant, die Rolle der Währungen der Mitgliedsländer im Handel aufzuwerten und eine unabhängige Ratingagentur einzurichten. Infolge des EU-Embargos hat die russische Regierung ihre Öl- und Gasexporte nach Asien – fast die Hälfte davon gelangt nun in diese Region – und nach Afrika verlagert.

Sogar die treuen Verbündeten der USA und der EU (u.a. Israel und besonders Saudi-Arabien<sup>3)</sup>) leisten Widerstand gegen die Umsetzung der Sanktionen. In Asien betrachten bereits hoch industrialisierte Länder und traditionelle Verbündete Washingtons wie Südkorea, Japan und sogar Taiwan die „Politisierung“ der globalen Lieferketten und den Versuch der USA, sie in einen offenen Konflikt mit China zu treiben, mit Misstrauen. Denn diese Länder

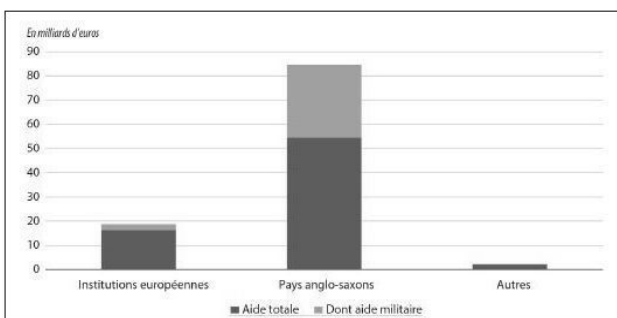
erinnern sich noch an die Worte von Donald Trump, der die unter der Obama-Regierung geschaffene Transpazifische Partnerschaft (TPP) als „Vergewaltigung unseres Landes“ bezeichnete und beschloss, sie drei Tage nach seiner

### KASTEN 3: GEWERKSCHAFTEN, KRIEG UND SANKTIONEN

Die meisten Gewerkschaften auf der ganzen Welt haben Russlands Einmarsch in die Ukraine als Verstoß gegen die Regeln des Völkerrechts verurteilt. Aber angesichts der katastrophalen Lage, in der sich Teile der Weltbevölkerung befinden, werden das Interesse und die Dringlichkeit der Solidarität mit dem ukrainischen Volk unterschiedlich empfunden. In Afrika werden die europäischen Regierungen als „doppelzünftig“ kritisiert, weil sie den Krieg in der Ukraine verurteilen, aber sich vorwerfen lassen müssen, die Kriege, die den afrikanischen Kontinent zerreißen, zu ignorieren und mitunter gar direkt daran beteiligt zu sein. Außerdem kritisieren die afrikanischen Gewerkschaften auch das diskriminierende Verhalten und die rassistische Gewalt in einigen EU-Ländern gegen Afrikaner und andere Nichteuropäer, die vor dem Krieg in der Ukraine geflohen sind.

Die europäischen Gewerkschaften fordern den Abzug der russischen Truppen aus der Ukraine und – je nach Gewerkschaft – mitunter auch aus den seit 2014 von Russland besetzten Gebieten. Sie unterstützen die gegen Russland verhängten Wirtschaftssanktionen und haben konkrete Solidarität mit dem ukrainischen Volk bekundet. In Frankreich, wie auch in anderen Ländern, fuhr ein von den acht nationalen Gewerkschaften gemeinsam organisierter Konvoi in die Ukraine, um materielle (finanzielle und humanitäre) Hilfe zu leisten. In Bezug auf die militärische Unterstützung der Ukraine sind sie hingegen gespalten. Mehrere italienische Gewerkschaften riefen sogar zu einem Generalstreik gegen die Regierungspolitik auf, die wegen ihrer militärischen Unterstützung für die Ukraine kritisiert wurde, die ihrer Meinung nach eine weitere Erhöhung des Verteidigungshaushalts auf Kosten von Sozialausgaben zur Folge haben wird. Die europäischen Gewerkschaften haben auch die vom ukrainischen Parlament verabschiedeten Gesetze verurteilt, die den Arbeiter\*innen wesentliche Schutzrechte nehmen. Dieses Gesetz ist ein weiterer Meilenstein in der jahrelangen Offensive der ukrainischen Regierung, die versucht, den Krieg für ihre sozialfeindlichen Pläne zu nutzen.

### GRAFIK 1: FINANZ- UND MILITÄRHILFE FÜR DIE UKRAINE



Anmerkung: Die „angelsächsischen Länder“ (pays anglo-saxone) umfassen hier Australien, Kanada, die Vereinigten Staaten, das Vereinigte Königreich und Neuseeland.

Lies: die EU-Institutionen haben 16 Milliarden Euro an Hilfgeldern an die Ukraine gezahlt, davon 2,5 Milliarden in Form von Militärhilfe.

Quelle: Autor, aus der Datenbank der Universität Kiel (Stand: 20. August 2022)



Wahl 2016 aufzukündigen. Darüber hinaus sind die Volkswirtschaften der asiatischen Länder stark mit der chinesischen Wirtschaft verflochten. Daher hat der Indopazifische Wirtschaftsvertrag (IPEF), den die Biden-Regierung 2022 mit einem Dutzend Ländern ins Leben gerufen hat, um zu versuchen, die amerikanische Führungsrolle in der Region gegenüber China wiederherzustellen, in Wirklichkeit nur begrenzte Wirkung. Alles in allem stößt der Einsatz wirtschaftlicher Maßnahmen für geopolitische Zwecke durch die westlichen Länder in vielen Ländern auf Widerstand.

Dieser Widerstand vieler Schwellenländer gegen die von den Alliierten beschlossenen Sanktionen könnte die zentrale Rolle des Dollar im internationalen Finanzsystem schwächen und sogar zu einem neuen System führen, quasi das Bretton Woods 3<sup>4</sup>. Denn, so ein in Finanzkreisen angesehener Experte, „wenn die Krise (und der Krieg) vorbei sind, dürfte der US-Dollar schwächer sein und auf der anderen Seite könnte der Renminbi, gestützt durch einen Währungskorb, stärker sein“<sup>5</sup>, und zwar aus drei Gründen. Erstens beobachten die Ökonomen auf technischer Ebene, dass das Halten von Dollars auf den Garantien der US-Notenbank und damit auf dem Vertrauen beruht, diese Währung unbegrenzt als Zahlungsmittel verwenden zu können. Nun bestätigt die US-Regierung durch das Einfrieren der von der russischen Zentralbank gehaltenen Dollarguthaben, dass ihre eigenen strategischen Interessen Vorrang vor der Achtung der ordnungsgemäßen Funktionsweise der internationalen Währung haben, die die Macht, die die internationale Liquidität herstellt, eigentlich garantieren muss.

Auf politischer Ebene wird diese einseitige Maßnahme zweitens die Suche nach Alternativen zum Dollar beschleunigen. China hat 2015 ein auf dem Renminbi basierendes internationales Zahlungssystem eingeführt, das zwar noch bloß begrenzt einsetzbar ist, aber zur Umgehung des Dollars genutzt werden könnte. Eine Umfrage unter Zentralbankchefs, die einige Monate nach Beginn des Krieges in der Ukraine durchgeführt wurde, zeigt, dass eine Mehrheit von ihnen ihre Reserven in chinesischer Währung aufgestockt hat. Letztlich wird die „Militarisierung des Dollars“ die geopolitischen Auseinandersetzungen verstärken. Drittens befinden sich die USA nicht mehr in der hegemonialen Nachkriegssituation, die es ihnen ermöglichte, auch ihren europäischen Verbündeten ein internationales Währungssystem aufzuzwingen – in Gestalt des Abkommens von Bretton Woods 1944 –, in dessen Verlauf sich der Irrglaube „der Dollar ist so gut wie Gold“ durchgesetzt hat.

## Die Rückverlagerung der Lieferketten

Die „Rückverlagerung in befreundete Länder“ der globalen Versorgungsketten (GVK) großer Konzerne – die laut OECD 70 % des Welthandels kontrollieren – wirft ebenfalls Fragen auf und stößt auf mehrere Probleme. Die durch die Covid-19-Pandemie ausgelöste Gesundheitskrise hatte die von den großen globalen Konzernen organisierten Lieferketten bereits stark in Mitleidenschaft gezogen. Eine Studie eines Beratungsunternehmens stellte damals fest, dass „51 000 Unternehmen weltweit einen oder mehrere direkte Lieferanten der „Ersten Ebene“ und mindestens 5 Millionen Unternehmen einen oder zwei Lieferanten der „Zweiten Ebene“ (also als Sublieferant) in China und der Region haben“ (Dun & Bradstreet, 2020).

Tatsächlich zeigte sich die Fragilität dieses Konstrukts, das auf der extremen internationalen Segmentierung der Produktionsprozesse aufgebaut war und als erfolgreiches Zusammentreffen von technologischen Innovationen und kühnen (oder dynamischen) Strategien der Konzernchefs interpretiert wurde, bereits nach der großen Finanzkrise von 2008. Die Strategien der permanenten Senkung der Lohnkosten und der auf dem zwanghaften Streben nach „just-in-time“ basierenden Unternehmensführung, um den Aufbau von Lagerbeständen zu vermeiden, zeigen inzwischen ihre gravierenden Nachteile. Diese strategischen Entscheidungen erwiesen sich als teilweise verantwortlich für die Unterbrechungen der globalen Lieferketten während der Covid-19-Pandemie und deren Folgen.

Dennoch bleibt die Verlagerung von Aktivitäten durch die großen amerikanischen und europäischen Konzerne, die seit der Pandemie im Namen der „Widerstandsfähigkeit“ der globalen Lieferketten angekündigt wurde, noch begrenzt, natürlich abgesehen von dem massiven Rückzug der westlichen Konzerne vom russischen Markt. Der Rückzug aus dem chinesischen Markt verläuft – bisher zumindest – weitaus verhaltener. Drei Monate nach Beginn des Krieges in der Ukraine hatten 7 % der befragten US-amerikanischen und europäischen Unternehmen, die in China tätig waren, ihre Niederlassungen geschlossen oder beschlossen, dies aufgrund der geopolitischen Spannungen zu tun. Diese Situation, die sich unter dem Druck der Regierungen der USA und der europäischen Länder ändern könnte, lässt sich dadurch erklären, dass die Strategien der Großkonzerne widersprüchlichen Imperativen unterworfen sind.

Einerseits genügt die Verlagerung von Aktivitäten in „befreundete Länder“ der Forderung nach Versorgungssicherheit, die von westlichen Regierungen in als strategisch angesehenen Sektoren erhoben wird, was von Konzernlei-

tungen geteilt wird, weil in ihren Augen die Rückverlagerung vor dem Hintergrund multidimensionaler Krisen unerlässlich ist, um die Produktionsprozesse reibungslos aufrecht zu erhalten. Natürlich gelten diese Aufforderungen zur Verlagerung in befreundete Länder westlichen Industriekonzernen, die in China vertreten sind. Die Regierungen bieten darüber hinaus finanzielle Anreize für diese Verlagerungen an und hinzu kommen Reputationsgewinne, die die Konzerne daraus ziehen können.

Andererseits sind die Argumente, die die Verlagerung von Aktivitäten vorangetrieben haben, nach wie vor gültig (Ruta, 2022). In erster Linie werden die Strategien der großen Konzerne von den Produktionskosten bestimmt. Nun sind die Lohnkosten in den westlichen Ländern nicht nur nach wie vor höher. Zudem werden etwa in den USA Befürchtungen laut, dass eine aus geopolitischen Gründen erzwungene Standortverlagerung dazu führen könnte, die Macht der Beschäftigten und der Gewerkschaften wieder zu stärken. Eine Standortverlagerung könnte somit für die Unternehmer mit dem Risiko einhergehen, die Schwächung der Gewerkschaften infolge der Standortverlagerungen wieder umzukehren.

Es fallen auch Kosten für die Umstrukturierung der Lieferketten bei einer Standortverlagerung an. Die globalen Lieferketten großer Konzerne umfassen in der Regel Dutzende oder sogar Hunderte von Subunternehmen, die teilweise den Endauftraggebern überhaupt nicht bekannt sind. Ihre Verlagerung birgt daher die Gefahr, dass sich die Beziehungen zwischen Auftraggebern und Subunternehmern verschlechtern, deren Qualität in einigen technologieintensiven Branchen von entscheidender Bedeutung ist. Daher ist es auch kein Zufall, dass die Manager von High-tech-Konzernen am zögerlichsten sind, ihre Standorte zu wechseln. Darüber hinaus würden geopolitisch motivierte Standortverlagerungen höchstwahrscheinlich die Kosten für die von den Zulieferern produzierten Inputs und damit den Verkaufspreis der Produkte erhöhen, zumindest wenn die derzeitigen Gewinnspannen beibehalten werden sollen. Ein Beispiel: Die Rückverlagerung der gesamten Produktion eines von Apple verkauften iPhones in die USA würde den Preis für den Endverbraucher verdreifachen.

Letztlich ist auch das Argument, dass die Sicherheit durch eine Verlagerung „aus den feindlichen Ländern“ erhöht würde, was darauf hinaus liefe, westliche Produktionsstätten in China zu schließen, insofern fragwürdig, als der Ansturm in neue Gefilde die gleiche Abhängigkeitsstruktur erzeugen würde, deretwegen aus China verlagert werden soll.

### Sanktionen ...

Sanktionen sind unilaterale oder kollektive Maßnahmen gegen einen oder mehrere Staaten, denen vorgeworfen wird, gegen die internationalen Regeln zu verstoßen. Ihr Ziel ist es, den Staat oder die Staaten zur Einhaltung der Regeln zu zwingen, und zwar mit Mitteln, die unterhalb einer militärischen Intervention liegen (Davis, Engerman, 2003), obwohl sie für die Bevölkerung mehr Tote mit sich bringen können.<sup>6</sup> Sie verstoßen gegen die Regeln des Multilateralismus im Bereich des internationalen Handels, aber die WTO, die darüber wacht, hält sie in Artikel 21 ihrer Charta für legal, sofern sie den Zielen der nationalen Sicherheit entsprechen, die in den Akten der internationalen Organisationen auch als „wesentliche Interessen“ bezeichnet werden. So lehnte ein WTO-Panel (Schiedsgericht) den Einspruch Russlands gegen die Sanktionen ab, die nach der militärischen Besetzung der Krim im Jahr 2014 gegen das Land verhängt worden waren. Seit Mitte der 2010er Jahre ermöglicht Artikel 21 den Regierungen von Industrie- und Schwellenländern, das Spektrum der Aktivitäten, die sie im Namen ihrer nationalen Sicherheit schützen wollen, deutlich zu erweitern (Serfati, 2020).

### ... von nahezu historischer Tragweite ...

Die von den westlichen Ländern verhängten Sanktionen gegen Russlands Einmarsch in die Ukraine am 24. Februar 2022 sind so weitreichend wie seit dem Ersten Weltkrieg nicht mehr und deutlich härter als die 2014 verhängten Sanktionen. Damals war die EU weniger offensiv als die USA vorgegangen, indem sie die Gasimporte vom Sanktionspaket ausnahm. Außerdem funktionierte die transatlantische Abstimmung sehr schlecht, erst recht unter der Präsidentschaft von Donald Trump.

Diese Maßnahmen zeichnen sich heute durch drei neue Dimensionen aus. Erstens betreffen sie das Embargo für Technologieexporte, das im Vergleich zu 2014 erheblich verschärft wurde. Zweitens bilden die Finanzsanktionen gegen den russischen Staat und das russische Bankensystem unbestreitbar den massivsten Teil, auch wenn die Bezeichnung „Atomwaffe“, die Bruno Lemaire, der damalige Finanzminister der Regierung von Premier Castex, gebraucht hat, übertrieben ist. Die Maßnahmen der USA und der EU beinhalten ein Verbot für ihre Banken, Zahlungen von russischen Banken anzunehmen, was drei wichtige Konsequenzen hat: die Aussetzung der Zahlung (oder des Ausfalls) russischer Schulden, das Einfrieren der Fremdwährungsreserven der russischen Zentralbank (etwa die Hälfte ihrer 670 Milliarden US-

Dollar) und den Ausschluss russischer Banken aus dem SWIFT-System.

Dieser Ausschluss führt zu einer Blockade der Warenhandelsströme zwischen Russland und den westlichen Ländern, obwohl die EU-Mitgliedstaaten eine Ausnahme für die Bezahlung russischer Gasimporte gemacht haben. Eine US-amerikanische Denkfabrik erklärte einen Monat vor dem Krieg, dass die Ankündigung der Finanzsanktionen durch Präsident Joe Biden „die Fähigkeit der USA zeigt, Russland ins Straucheln zu bringen, ohne einen Schuss abzugeben und [bestätigt] die Souveränität der USA und des Dollars in der Weltwirtschaft“ (Pearkes, 2022). Drittens richten sich die Sanktionen gegen das Finanz- und Immobilienvermögen russischer Einzelpersonen.

Wirtschaftssanktionen sind keine neue Waffe. Im 19. Jahrhundert wurden sie häufiger angewandt, bspw. mit der Blockade, die 1827 von Frankreich, Großbritannien und Russland verhängt wurde, um die osmanische und ägyptische Armee daran zu hindern, gegen das für seine Unabhängigkeit kämpfende Griechenland vorzugehen. Sie wurden bis zum Zweiten Weltkrieg mehr als hundert Mal und fast immer von Großmächten gegen deutlich kleinere Länder eingesetzt (Davis, Engerman, 2003). In den letzten Jahrzehnten waren die USA das Land, das am meisten auf Wirtschaftssanktionen zurückgegriffen hat. Die Regierungen Obama (2008–2016) und Trump (2016–2020) griffen mehrfach darauf zurück (gegen Nordkorea, Kuba, Iran, Syrien und Venezuela), nachdem die Kriege in Afghanistan (2001) und im Irak (2003) gescheitert waren.

### ... und begrenzter kurzfristiger Wirksamkeit

Die Wirksamkeit von Wirtschaftssanktionen ist unter Historikern ganz generell umstritten. Die aktuellen Sanktionen gegen Russland werfen ebenfalls Fragen auf. Einerseits wirken sie sich negativ auf die russische Industrie aus, die in einigen strategischen Industriezweigen stark von ausländischen Komponenten abhängig ist. Es ist unbestreitbar, dass das Embargo für von Russland importierte Komponenten und Subsysteme den Luftfahrt- und Automobilsektor unter Druck setzt, dessen Produktion seit den Sanktionen von 108 000 produzierten Autos im Februar auf 3700 im Mai 2022 eingebrochen ist. Es ist sogar wahrscheinlich, dass seine Produktion von Waffensystemen beeinträchtigt wird, was viel über den Grad der Abhängigkeit der russischen Industrie von westlichen Produkten aussagt. Die russische Regierung musste Drohnen aus der Türkei – die auch die Ukraine mit Drohnen beliefert – und de facto aus dem Iran bestellen, ebenso wie Munition aus Nordkorea.

Die von den westlichen Ländern verhängten Sanktionen kommen also zu den Kriegskosten hinzu und führen zu einer schweren Rezession. Das BIP könnte 2022 um 7,5 % fallen (COFACE, 2022) und in den Folgejahren noch viel stärker. Auf diesen Befund stützte sich der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, als er erklärte, dass „die Sanktionen wirksam sind“ (Borrell, 2022).

Bisher ist es der russischen Regierung jedoch gelungen, die Auswirkungen der Finanzsanktionen abzumildern. Die Reserven der russischen Zentralbank sind dank der Einnahmen aus den Öl- und Gasexporten, deren Preise aufgrund des westlichen Embargos gestiegen sind, so hoch wie nie zuvor. Der Schock für die russische Wirtschaft wurde abgefedert, nachdem die europäischen Länder die Erlaubnis erteilt hatten, weiterhin das SWIFT-System für die Abwicklung von Gaskäufen zu nutzen. Außerdem schlossen mehrere Länder große Gaslieferverträge ab, die den zunehmenden Ausfall des europäischen Marktes für die russischen Energiekonzerne mehr als ausgleichen.

Das Ergebnis ist ein russischer Handelsbilanzüberschuss in Höhe von 95,8 Milliarden US-Dollar in den ersten vier Monaten des Jahres 2022, ein Niveau, das seit 1994 nicht mehr erreicht wurde. Dieser Überschuss spiegelt jedoch nicht die Wirtschaftskraft des Landes wider, da zum einen die sehr hohen Öl- und Gaspreise möglicherweise nicht von Dauer sind und zum anderen ein Teil des Überschusses auf den starken Rückgang der Importe aufgrund der Sanktionen zurückzuführen ist (Darvas, Martins, 2022). Mittelfristig sieht die Zukunft der russischen Wirtschaft also eher düster aus. Russische Experten haben die Führung des Landes übrigens darüber informiert, dass die Sanktionen zu einer mehrjährigen Rezession führen könnten.

Auch die tatsächliche Tragweite der Sanktionen gegen russische Führungskräfte und Geschäftsleute ist umstritten. Diese haben von den Steueroasen profitiert, die sich – im Zuge der Deregulierung der Finanzmärkte und der staatlichen Maßnahmen, die in den westlichen Ländern ergriffen wurden, um Finanzkapital anzuziehen – vervielfacht haben. Die Hälfte ihres Vermögens soll dort untergebracht sein (Novokmet et al., 2018). Um wirklich gegen die Vermögen der Oligarchen vorzugehen, müsste man also entscheidende Schläge gegen die internationale Finanzarchitektur führen, von der die Banken und vermögenden Haushalte in den westlichen Ländern stark profitieren. Das ist unwahrscheinlich, da sich die Möglichkeiten für steuerfreie Kapitalanlagen seit der Finanzkrise 2008 im Gegenteil vervielfacht haben (Damgaard, Elkjaer, 2018).

### Geopolitische Weiterungen ...

Der Krieg in der Ukraine und die Forderungen nach der Bildung einer „Wirtschafts-Nato“ mit ihren Auswirkungen auf die Umstrukturierung der globalen Lieferketten führen zu einer Neuordnung des globalen Raums, die manche mit der des Kalten Krieges vergleichen, wobei der Krieg in der Ukraine an den Korea-Krieg von 1950–1953 anknüpft. Diese Parallele unterstreicht zu Recht die Ernsthaftigkeit der aktuellen Spannungen, da der Korea-Krieg beinahe zu einem erneuten Einsatz von Atomwaffen geführt hätte. Für unsere Zwecke besteht ein wesentlicher Unterschied zum Zeitalter der Globalisierung, das sich in den letzten drei Jahrzehnten durchgesetzt hat, jedoch darin, dass die gesellschaftspolitischen Systeme des Westens und der Sowjetunion zur Zeit des Kalten Krieges nur begrenzte wirtschaftliche Beziehungen unterhielten.

Insofern ist ein Vergleich der heutigen Situation mit den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg fruchtbarer (Dent, 2020), und das nicht nur, weil der Erste Weltkrieg nach den Arbeiten des Historikers Paul Bairoch als „erste Globalisierung“ bezeichnet wurde. Damals wie heute verbindet die globale wirtschaftliche Integration Länder wie Deutschland und Frankreich, die durch zahlreiche wirtschaftliche Austauschbeziehungen miteinander verbunden und gleichzeitig in tödliche geopolitische Rivalitäten verstrickt sind. Gewiss, eine Analogie wischt per definitionem nicht die Existenz unterschiedlicher Realitäten beiseite, die in den Vergleich einbezogen werden müssen. So ist die gegenseitige Abhängigkeit der nationalen Territorien heute von einem Ausmaß, das mit dem vor 1914 nicht vergleichbar ist, auch wenn Keynes ein Jahrhundert vor der Ankunft von Deliveroo feststellte, dass ein Mitglied der Londoner Ober- oder Mittelschicht „bei seinem Morgentee per Telefon die verschiedensten Produkte der ganzen Welt in der ihm genehmen Menge bestellen und erwarten konnte, dass sie bald an seiner Tür abgestellt würden“ ... (Keynes, 1919).

Der Krieg in der Ukraine zeigt wieder einmal mehr, wie sehr die Globalisierung der Lieferketten die internationale Arbeitsteilung vertieft und damit die wirtschaftliche Interdependenz zwischen den Ländern erhöht hat. Viele Industriezweige sind fast vollständig von der Produktion von Materialien abhängig, die aus Russland und der Ukraine importiert werden. Die Ukraine kontrolliert 70 % der Produktion von Neogas, das für die in der Halbleiterproduktion verwendeten Laser unerlässlich ist. Dieses Gas ist wiederum ein Nebenprodukt der russischen Metallindustrie, das in der Ukraine gereinigt wird (World

Trade Organization, 2022). Die US-Halbleiterindustrie ist zu über 90 % von Neon abhängig, das aus der Ukraine importiert wird. Russland kontrolliert 26 % der weltweiten Produktion vieler seltener Metalle wie Palladium, das für die Herstellung von Katalysatoren unerlässlich ist. Die Automobilindustrie in den westlichen Ländern ist von diesen Importen abhängig: Kanada 56 %, Japan und Italien 45 %, die USA 43 % und Südkorea 38 % (ebd.). Dies sind nur einige von vielen Beispielen.

In den letzten drei Jahrzehnten wurden die großen russischen und chinesischen Konzerne vollständig in die Weltwirtschaft integriert, wenn auch auf unterschiedliche Weise. Russische Konzerne sind hauptsächlich am Anfang der Wertschöpfungsketten westlicher Konzerne angesiedelt, die sie mit natürlichen Ressourcen (Öl, Gas), kritischen Rohstoffen (Metalle, die in der Halbleiterproduktion verwendet werden) und Chemikalien beliefern (Winkler, Wuester, 2022). Chinesische Konzerne sind in größerem Umfang in globalen Lieferketten vertreten, da sie im Zentrum der Prozesse stehen, in denen Inputs in Endprodukte umgewandelt werden.

### ... und Rivalitäten

Nun verbindet diese globale wirtschaftliche Integration aber Länder, deren Industriekonzerne auf den Weltmärkten konkurrieren und die geopolitische Rivalen sind. Die politischen Spannungen zwischen den westlichen Ländern und China haben seinen Beitritt zur WTO im Jahr 2001 nicht verhindert, und Russlands Bewerbung wurde 2011 angenommen, obwohl Wladimir Putin seit Ende der 2000er Jahre seine Rhetorik gegenüber dem Westen verschärft und die Kriege in Tschetschenien und Georgien geführt hat.

Einige Ökonomen, die sich wegen der zunehmenden Fragmentierung der Weltwirtschaft sorgen, empfehlen, geopolitische Rivalitäten von der weltweiten wirtschaftlichen Integration zu trennen, denn „wirtschaftliche Interdependenz, (...) wenn sie auch manchmal kompliziert ist, hilft, den Frieden zu bewahren“. In diesem Artikel wird ein anderer Blickwinkel eingenommen. Die Geschichte der letzten beiden Jahrhunderte zeigt, dass die Wechselwirkungen zwischen der Weltwirtschaft und dem internationalen Staatensystem, das die Grundlage für geopolitische Rivalitäten bildet, Dauerzustand sind. Wirtschaftlicher Wettbewerb und geopolitische Rivalitäten sind nach wie vor eng miteinander verflochten, obwohl sich ihre Beziehungen verändern und unterschiedliche historische Verläufe hervorbringen.

Die weltweite Ausbreitung der kapitalistischen Marktwirtschaft hat die Existenz der sozialen Beziehungen, auf denen sie beruht, nicht beseitigt, und diese bleiben territorial begrenzt und politisch um Staaten herum organisiert. So wird beispielsweise wiederentdeckt, dass die großen Weltkonzerne trotz des „globalen“ Charakters ihrer Strategien über zahlreiche Kanäle privilegierte Verbindungen zu ihrem Herkunftsgebiet und ihren Regierungen aufrechterhalten. Die Vertiefung der Krise wird diese Kanäle festigen, aber auch den Wettbewerb auf den Weltmärkten verschärfen, indem er seine geopolitische Färbung verstärkt.

### Zusammenfassung

Dieser Artikel befasst sich mit den Auswirkungen, die der Krieg in der Ukraine auf die Weltwirtschaft hat, insbesondere die forcierte weltweite Fragmentierung der Produktion, ein Prozess, der in den 2010er Jahren bereits weitgehend eingesetzt hatte. Das Ziel einer Wirtschafts-Nato beruht hauptsächlich auf der Verlagerung von Aktivitäten in „befreundete Länder“ und zielt auf China als „systemischen Rivalen“ ab. Dieses Vorhaben sowie die von den westlichen Ländern beschlossenen Sanktionen gegen Russland werden von vielen anderen Ländern, insbesondere den Schwellenländern, in Frage gestellt.

Das Ausmaß der Gefahren, die sich aus der Verschärfung der geopolitischen Spannungen vor dem Hintergrund einer immer stärkeren wirtschaftlichen Integration ergeben, darf nicht unterschätzt werden. Die soziale Tragödie muss natürlich an erster Stelle genannt werden. Nach einem Bericht der Vereinten Nationen sind 1,2 Milliarden Menschen in 94 Ländern, die sich in einem „wahren Sturm“ befinden, den drei Dimensionen der aktuellen Krise – Ernährung, Energie und Finanzen – ausgesetzt (UN Global Crisis Response Group on Food, Energy and Finance, 2022). Diese Aufzählung ist leider unvollständig: Es müssen mindestens noch die Gesundheitskrise und die Klimakrise hinzugefügt werden, die das beunruhigende Bild der grassierenden globalen Unordnung vervollständigen.

**Claude Serfati** ist Professor der Wirtschaftswissenschaften. Er lehrt und forscht am Institut de Recherche Économique et Sociale (IRES).

Aus: *alencontre*

Übersetzung: *MiWe*

### Quellen

- Arslanalp S., Eichengreen B. J., Simpson-Bell C. (2022), «The stealth erosion of dollar dominance: Active diversifiers and the rise of nontraditional reserve currencies», IMF Working Paper, n° 2022/058, <https://bit.ly/3rtivjz>.
- Atkinson R. D. (2021), «NATO for trade. What is Chinese “Innovation Mercantilism” and how should the UK and allies respond?», ITIF, June 28, <https://bit.ly/3V4CjqX>.
- Borrell J. (2022), «The sanctions against Russia are working», Blog Post, EEAS, July 16, <https://bit.ly/3M2unTa>.
- Damgaard J., Elkjaer T. (2018), «Piercing the veil», IMF F&D Magazine, vol. 55, n° 2, p. 50:53, <https://bit.ly/3C0x8Li>.
- Darvas Z., Martins C. (2022), «Russia’s huge trade surplus is not a sign of economic strength», Blog Post, Bruegel Institute, September 8, <https://bit.ly/3SzVIhP>.
- Davis L., Engerman S. (2003), «History lessons. Sanctions: Neither war nor peace», The Journal of Economic Perspectives, vol. 17, n° 2, p. 187:197, <https://www.jstor.org/stable/3216864>.
- Dent C. M. (2020), «Brexit, Trump and trade: Back to a late 19th century future?», Competition & Change, vol. 24, n° 3?4, p. 338?357, <https://doi.org/10.1177/1024529420921481>.
- Dezenski E.K., Austin J. (2020), «Re-forge strategic alliances and check China abroad, rebuild economy at home», Newsweek, FDD, July 13, <https://bit.ly/3dZiqRK>.
- Dun & Bradstreet (2020), Business Impact of the Coronavirus. Business and Supply Chain Analysis Due to the Coronavirus Outbreak, February, <https://bit.ly/3rumlZN>.
- Eichengreen B.J. (2022), «Sanctions, SWIFT, and China’s Cross-Border Interbank Payments System», CSIS Briefs, May 20, <https://bit.ly/3MkdtQd>.
- European Parliament (2022), «Multilateralism and democracy. A European Parliament perspective», In-Depth Analysis, PE 639.319, June, <https://bit.ly/3CbsNdf>.
- Gourinchas P.-O. (2022), «Shifting geopolitical tectonic plates», Finance & Development, IMF, June 2, p. 10?11, <https://bit.ly/3M33IWh>.
- Hamilton D.S., Quinlan J. (2022), The Transatlantic Economy 2022. Annual Survey of Jobs, Trade and Investment between the United States and Europe, <https://bit.ly/3RzuAOP>.
- Keynes J.M. (1919), Les conséquences économiques de la paix, Paris, Éditions de la Nouvelle Revue.
- Novokmet F., Piketty T., Zucman G. (2018), «From Soviets to oligarchs: Inequality and property in Russia 1905–2016», The Journal of Economic Inequality, vol. 16, n° 2, p. 189?223, <https://doi.org/10.1007/s10888-018-9383-0>.
- Pearkes G. (2022), «Ukraine and Dollar Weaponization», At-

lantic Council, January 31, <https://bit.ly/3EdcrDh>.

Rozman G. (2022), «20 ways China is losing the Ukraine war», The Asan Forum, May 23, <https://bit.ly/3rrKVKX>.

Ruta M. (2022), «How the war in Ukraine may reshape globalisation», VoxEU, CEPR, May 5, <https://bit.ly/3Efr017>.

Segal A., Goldstein G.M. (2022), «Confronting reality in Cyberspace?: Foreign policy for a fragmented Internet», Independent Task Force Report, n° 80, Council of Foreign Relations, July, <https://www.cfr.org/report/confronting-reality-in-cyberspace>.

Serfati C. (2015), «International: le traité transatlantique: un accord controversé et dangereux pour les salariés», Chronique internationale de l'IREES, n° 149, mars, p. 61–77, <https://bit.ly/34OLsKN9>.

Serfati C. (2020), «International: la sécurité nationale s'invite dans les échanges économiques internationaux», Chronique internationale de l'IREES, n° 169–170, mars-juin, p. 79–97, <http://bit.ly/3tdyvoQ>.

Serfati C. (2022), «L'ère des impérialismes continue: la preuve par Poutine», À l'encontre, 19 avril, <https://bit.ly/3yfk0pb>.

Un Global Crisis Response Group on Food, Energy and Finance (2022), «Global impact of the war in Ukraine: Billions of people face the greatest cost-of-living crisis in a generation», Brief, n° 2, June 8, <https://bit.ly/3ElF0xb>.

Williamson J. (1990), «What Washington means by policy reform», in Williamson J. (ed.), Latin American Adjustment: How Much Has Happened?, Institute for International Economics, <https://ucl.rl.talis.com/items/37FBEA63-82C5-622C-05FD-0637C0CC763D.html>.

Wilson J. (2021), «“NATO for trade”?: A bad answer to a good question?», Hinrich Foundation, July 13, <https://bit.ly/3SR42dv>.

Winkler D., Wuester L. (2022), «Implications of Russia's invasion of Ukraine for its value chains», VoxEU, CEPR, May 11, <https://bit.ly/3C4UOTD>.

World Trade Organization (2022), The Crisis in Ukraine. Implications of the War for Global Trade and Development, <https://bit.ly/3CwVWkj>.

## Endnoten

**1** Dieses Diskriminierungsverbot sieht vor, dass Handelspartner gleich behandelt werden müssen.

**2** G. Merritt, The case for an “economic NATO” to clip provocative China's wings, Friends of Europe, 20. April 2021

**3** Das Land hat sogar kurz nach dem Einmarsch Russlands in ein Dreijahresprogramm über 4 Mrd. Dollar zur Förderung von Energiequellen in Russland investiert.

**4** Das 1944 in Bretton Woods eingeführte internationale Währungssystem verankerte die Hegemonie des Dollars und die jederzeitige Möglichkeit, die von den Zentralbanken gehaltenen Dollarreserven in Gold umzutauschen. Die Nichtkonvertibilität in Gold wurde von Präsident Nixon am 15. August 1971 verkündet (als Bretton Woods 2 bezeichnetes System).

**5** Crédit Suisse, Zoltan Pozsar: “We are witnessing the birth of a new world monetary order”, 21. März 2022

**6** Schätzungen zufolge sind im Irak infolge der Sanktionen zweihundert- bis fünfhunderttausend Kinder zwischen 1990 und 2000 gestorben.

# EINHEITSFRONT GEGEN FASCHISMUS?

Der Kampf der Linken Opposition in der KPD gegen die Katastrophe von 1933

■ W. A.

Das Drama der deutschen Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert ist von zwei Eckdaten bestimmt – der Unterdrückung der sozialistischen Weiterentwicklung der Novemberrevolution 1918 und der Machtübergabe an die Faschisten Ende Januar 1933. Zwischen Ende 1918 und Anfang 1933 lagen nicht einmal 15 Jahre!

Die blutige Bekämpfung des politischen und sozialen Aufstands der radikalen Teile der arbeitenden Klasse 1918/1919 war das gemeinsame Werk von Mehrheits-SPD um Ebert-Noske, Kapitalverbänden, Reichswehr und Freikorps. Dieses konterrevolutionäre Bündnis bereitete, wie Sebastian Haffner in *Der Verrat zu Recht* geschrieben hat, das faschistische Deutschland vor.

Nach dem erfolgreichen Generalstreik gegen den rechten Kapp-Putsch 1920 war der verpasste „Oktoberaufstand“ 1923 eine zentrale Zwischenetappe auf dem Weg in den braunen Abgrund. Er beendete nicht nur die 1917 in Europa begonnene Phase antikapitalistischer Erhebungen, sondern öffnete gleichzeitig der reaktionären Bürokratisierung der Sowjetunion das Tor. Dort hatte im Herbst 1923 der Kampf der Linken Opposition für einen „neuen Kurs“ begonnen – insbesondere für die Demokratisierung der Kommunistischen Partei und die planmäßige Industrialisierung der sowjetischen Wirtschaft. Obwohl ihre Reformvorschläge von der Parteibasis mehrheitlich unterstützt wurden, konnte sie vom Parteiapparat unter Stalin bereits im Januar 1924 bürokratisch ausgeschaltet werden.

Nach seiner Ausweisung aus der UdSSR im Februar 1929 begann Trotzki damit, die zersplitterten Kräfte der linksoppositionellen Gruppen international zu bündeln. Ziel dieser Bestrebungen war die Reform und die politische Wiederbelebung der Dritten Internationale als für die Überwindung des Kapitalismus wirksame Vereinigung.

Der sowjetische Geheimdienst GPU hatte seit Mitte der 1920er Jahre seine Zersetzungsarbeit gegenüber links-oppositionellen Kommunistinnen und Kommunisten begonnen. Die deutsche Geheimpolizei konnte deren Aktivitäten übrigens detailliert überwachen. (Vgl. hierzu Günter Wernicke, Operativer Vorgang [OV] „Abschaum“; in: Andreas G. Graf [Hg.], *Anarchisten gegen Hitler*, Berlin 2001, S. 284 f.) Die verdeckte Spitzel- und Spaltungstätigkeit von GPU-Agenten verzögerte zunächst die Sammlung der Linken Opposition in Deutschland.

## Startprobleme

Deshalb konnte die Vereinigte Linke Opposition der K.P.D. (Bolschewiki-Leninisten) (VLO) erst am 30. März 1930 in Berlin unter großen Schwierigkeiten gegründet werden. Bereits im Juni 1930 verschärfte sich in der VLO eine Diskussion über das aktuelle Ausmaß der Bedrohung durch den Faschismus.

Ein von der GPU befeuertes Knäuel von Meinungsverschiedenheiten, Intrigen und Provokationen beanspruchte mehrere Monate lang die Kräfte der Organisation. In der Folge zerfiel die VLO am 31. Mai 1931 – nur vierzehn Monate nach ihrer Gründung – in zwei Flügel. Die GPU konnte also einen weiteren Erfolg verbuchen.

Mit der Trennung von der Minderheitsgruppe um Landau fand die Anfangsphase der Linken Opposition der KPD ihren Abschluss. Erst danach konnte sich die eigentliche Stärke der Linken Opposition der KPD (LO), die scharfsinnige Analyse der Endphase der Weimarer Republik, besser entfalten.

Die massiven Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise 1929 hatten das Gefüge Deutschlands fundamental erschüttert. Extreme soziale Verwerfungen ergaben sich

aus der verheerenden Massenarbeitslosigkeit, politische durch die beschleunigte Auflösung der parlamentarischen Demokratie und die zunehmenden Erfolge der Nazibewegung insbesondere seit den Reichstagswahlen vom 14. September 1930.

Werfen wir an dieser Stelle einen Blick auf das katastrophale Versagen der Führungen der Arbeiterorganisationen.

Die SPD- und die ADGB-Führung auf der einen Seite akzeptierten faktisch die kapitalistischen Rahmenbedingungen für ihr Agieren. Ihre Politik des „kleineren Übels“ erlaubte der deutschen Bourgeoisie trotz deren offenkundiger Schwäche, ihre reaktionären Ziele und insbesondere den Abbau demokratischer Rechte weitgehend kampflos durchzusetzen.

Sowohl SPD- als auch ADGB-Führung verhinderten in der Regel die Mobilisierung der Massen und beschränkten ihre Politik weitestgehend auf die parlamentarischen Räume bzw. die Verhandlungsebene mit den Kapitalverbänden. Damit öffneten sie gleichzeitig der weiter anwachsenden faschistischen Massenbewegung die Tore.

Die Polemik der SPD gegen die KPD sprach Bände. So war etwa in der Abendausgabe des *Vorwärts* am 30. Juli 1931 zu lesen: „Der **schlimmste Feind** der Arbeiterschaft ist der Feind im Innern der Arbeiterbewegung, die **Kommunistische Partei**. Sie hat sich noch immer in entscheidenden Situationen auf die Seite des Klassengegners geschlagen und die Geschäfte der Reaktion besorgt!“ (Hervorhebungen im Original.)

Exemplarisch für den zumindest von maßgeblichen Teilen des SPD-Parteivorstandes gehuldigten Antikommunismus waren auch die Formulierungen im *Vorwärts* vom 13. September 1931: „Die KPD ist heute objektiv genauso eine Schutztruppe des Finanzkapitals und des Scharfmachertums, wie es die SA Adolf Hitlers ist.“

Die stalinisierte KPD ihrerseits bekämpfte die SPD als Hauptfeind, spaltete die Gewerkschaften mit der RGO-Politik und propagierte eine „rote Einheitsfront von unten“.

Ein bezeichnendes Beispiel für die verheerende Sozialfaschismus-Ideologie der KPD lieferte der KPD-Propagandist Willi Münzenberg. Er diffamierte im Februar 1932 Trotzki's Warnung, dass entweder die KPD zusammen mit der SPD eine Einheitsfront gegen den Faschismus bilde oder aber die Arbeiterbewegung für 10 bis 20 Jahre verloren sein werde.

Dies sei, so Münzenberg die „**Theorie eines völlig verlorenen und konterrevolutionären Faschis-**

**ten. Diese Theorie ist die schlimmste, gefährlichste und verbrecherischste Theorie, die Trotzki in den letzten Jahren seiner konterrevolutionären Propaganda, aufgestellt hat.**“ (Hervorhebungen im Original.)

Denn Hitler, so Münzenberg weiter, werde weder die Wirtschaftskrise lösen noch die erfahrene deutsche Arbeiterklasse längere Zeit unterdrücken können. Außerdem bedeute eine Einheitsfront mit der SPD „nicht mehr und nicht weniger als die Zumutung, dass die revolutionäre Arbeiterklasse und die Kommunistische Partei mit einem Teil des Faschismus, der faschisierten Sozialdemokratie, die wie alle anderen bürgerlichen Fraktionen, ein Teil der Bourgeoisie ist, dazu der gefährlichste, weil ihre Organisationen weit in das Lager der Arbeiterklasse reichen, zusammengeht.“

Hetzartikel wie diese bereiteten übrigens die nur wenige Jahr später begonnene stalinistische Vernichtungskampagne gegen den sogenannten Trotzkiismus vor.

### Faschismusanalyse

Die auch heute noch beeindruckende Klarheit der Kommentare, Einschätzungen und Aktionsvorschläge der LO erklärt sich vor allem aus der Faschismusanalyse Trotzki's.

Unermüdlich argumentierte er in einer Vielzahl von Artikeln und Broschüren für die Schaffung einer kämpfenden Einheitsfront der Arbeiterbewegung gegen die faschistische Gefahr.

Das Anwachsen der NSDAP war Trotzki zufolge durch zwei Faktoren bedingt: einerseits der scharfen gesellschaftlichen Krise und andererseits der „revolutionären Schwäche des deutschen Proletariats“.

Wo sich die „fortschrittliche Klasse“, also das Proletariat, unfähig zeige, die Macht zu ergreifen und Wirtschaft und Gesellschaft auf sozialistischer Grundlage neu zu gestalten, könne der niedergehende, sterbende Kapitalismus nur mittels der barbarischen Methoden des Faschismus aufrechterhalten werden.

Es sei verhängnisvoll für die Arbeiterklasse, den Unterschied zwischen bürgerlicher Demokratie und Faschismus zu leugnen oder zu verwischen. Zwar bezeichnete Trotzki beide als lediglich unterschiedliche Arten kapitalistischer Herrschaft. Aber in der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie sei die Existenz unabhängiger proletarischer Organisationen wie politischer Arbeiterparteien und Gewerkschaften möglich.

Sie bildeten aus Sicht der Linken Opposition Keime der proletarischen Demokratie im Rahmen der bürgerli-



chen Demokratie. Sie waren also für die LO Stützpunkte, von denen aus die arbeitende Klasse den Kampf für ihre eigenen Interessen und gegen die Herrschaft des Kapitals führen könnte.

Die Aufgabe eines faschistischen Systems sah die LO nicht allein in der Zerschlagung und physischen Vernichtung der „proletarischen Vorhut“, sondern auch darin, die ganze Arbeiterklasse in einem Zustand erzwungener Zersplitterung zu halten. Der Faschismus bedeute die Vernichtung aller proletarischen Organisationen und Stützpunkte.

Der Nationalsozialismus werde sich zudem nicht auf sein drohendes Vernichtungswerk in Deutschland beschränken, warnte Trotzki bereits 1931. Auch die Sowjetunion müsse mit einer direkten Bedrohung durch ein faschistisches Deutschland rechnen. Denn: „Hitlers Sieg bedeutet Krieg gegen [die] USSR“.

### Was tun?

Die politische Schwäche des Proletariats als zweite Ursache für das Anwachsen des Nationalsozialismus setzte sich Trotzki's Ansicht nach „aus zwei Elementen zusammen: aus der besonderen historischen Rolle der Sozialdemokratie, dieser allmächtigen kapitalistischen Agentur in den Reihen des Proletariats, und aus der Unfähigkeit der zentristischen Leitung der Kommunistischen Partei, die Arbeiter unter dem Banner der Revolution zu vereinigen“.

Die KPD stelle den „subjektiven Faktor“ dar. Hingegen sei die SPD „ein objektives Hindernis, das man hinwegräumen“ müsse, zumal sie mit ihrer faktischen Verteidigung der Kapitalinteressen „alle Bedingungen für den Sieg des Faschismus vorbereitet“ habe.

Grundtenor seiner Schriften war die leidenschaftliche Aufforderung an KPD und Komintern, ihren verhängnisvollen Kurs – die Einschätzung der Sozialdemokratie als Hauptfeind und die Unterschätzung der faschistischen Gefahr – aufzugeben. Denn diese Politik erlaube es der SPD – trotz des auch in den Augen breiter Massen immer offensichtlicher werdenden Bankrotts ihrer reformistischen Politik – weiterhin den Großteil ihrer Anhängerinnen und Anhänger unter Kontrolle zu halten. Stattdessen sollte die KPD zur Einheitsfronttaktik „von oben und von unten“ zurückkehren.

Er war davon überzeugt, dass diese das einzige Mittel sei, um die Arbeiterklasse vereint in den Abwehrkampf gegen den Nationalsozialismus zu führen und um breite Teile der Arbeiterschaft dem Einfluss der SPD-Führung zu entziehen. Zudem schaffe sie auch die Voraussetzung, um später in die Offensive überzugehen.

Mehr als zuvor sah Trotzki die Stärke der revolutionären Partei während der Krise des bürgerlichen Regimes im außerparlamentarischen Massenkampf. Nur auf diesem Gebiet könnten entscheidende Erfolge errungen und die soziale und politische Bedeutung des Proletariats voll zur Entfaltung gebracht werden.

### Aufschwung der LO

Auf die Grundzüge der Faschismusanalyse Trotzki's konnte sich die (V)LO von Anfang an stützen. Als massenwirksames Propagandamittel in Form von Broschüren und Artikeln stand sie ihr im Wesentlichen jedoch erst ab Herbst 1931 zur Verfügung.

Seitdem konzentrierte sich die Führung der LO auf die Herausgabe und Verbreitung preiswerter Trotzki-Broschüren. Ab Ende 1931 fanden die in kurzen Abständen verfasste Analysen der deutschen Entwicklung einen wachsenden Widerhall bei Mitgliedern von KPD, SPD und Sozialistischer Arbeiterpartei (SAP), ja sogar bei „linksbürgerlichen Kreisen“.

Zudem erschien ab Ende Juli 1932 die LO-Zeitung *Permanente Revolution* wöchentlich und mit einer auf 5000 Exemplare pro Nummer stark gestiegenen Auflage.

Die propagandistischen Anstrengungen der Linken Opposition erhöhten den Einfluss ihrer Ideen in einem Ausmaß, das im Verhältnis zur Größe der Organisation bedeutend war.

Der Linken Opposition gehörten sowohl winzige Propaganda-Stützpunkte als auch einige wenige, aber örtlich relativ einflussreiche Gruppen in kleineren Städten wie Bruchsal, Oranienburg oder Dinslaken an.

### Einheitsfront in Bruchsal ...

Richten wir an dieser Stelle unser Augenmerk auf die nordbadische Kleinstadt Bruchsal. Denn dort befand sich die mit 100 Mitgliedern stärkste lokale Organisation der LO.

Sehr zum Ärger der führenden badischen KPD-Funktionäre stellten die „Trotzkisten“ dort die einzige kommunistische Kraft dar. Alle Versuche der KPD-Bürokratie, die Bruchsaler LO um Paul Speck zu „liquidieren“, scheiterten an deren starker Verankerung in der Bruchsaler Arbeiterschaft. Die Linke Opposition spielte eine führende Rolle in den örtlichen Gewerkschaften und der Arbeitersportbewegung.

Bei den badischen Kommunalwahlen erhielten die Bruchsaler Linksoppositionellen 889 Stimmen und damit neun Gemeinderatssitze. Im Gemeindeparlament setzten

sich die Vertreter der LO vor allem für die Interessen der Erwerbslosen ein.

Auf Initiative der Bruchsaler LO gelang es gegen den anfänglichen Widerstand der örtlichen SPD-Führung, im Oktober 1931 einen paritätischen Aktionsausschuss aus LO, SPD, Gewerkschaften und anderen proletarischen Organisationen zu bilden.

Zu Versammlungen gegen Lohnabbau und Faschismus konnte der Aktionsausschuss jeweils weit über 1000 Menschen mobilisieren. Das starke Wachstum der Bruchsaler LO-Gruppe und ihr Einfluss in den umliegenden Ortschaften Forst, Bretten und Heidelberg verdankte sie nicht zuletzt diesen Bemühungen.

Offensichtlich auf Anweisung einer höheren Parteiinstanz verließ die SPD 1932 das Einheitskomitee. Die „bewusste Sprengungspolitik“ des örtlichen SPD-Führers, so meinte die Bruchsaler Linke Opposition, sei dadurch erleichtert worden, dass ihre Einheitsfrontpolitik nicht über Bruchsal hinaus verwirklicht worden war.

Trotz dieses Rückschlags konnte die Bruchsaler LO ihren politischen Einfluss ausweiten. Bei den Reichstagswahlen am 31. Juli 1932 erhielt die LO für die KPD 1000 Stimmen, die SPD lediglich 500 Stimmen. In seiner Broschüre *Was nun?* nannte Trotzki Bruchsal „trotz der bescheidenen Ausmaße ein Vorbild für das ganze Land“.

### ... und in Oranienburg

Eine andere relativ einflussreiche Ortsgruppe der Linken Opposition befand sich in Oranienburg.

Die KPD schloss dort am 8. Januar 1932 Helmut Schneeweiß, den örtlichen Leiter des Kampfbundes gegen den Faschismus wegen angeblicher Zugehörigkeit zur LO aus. Die KPD zog damit einen Schlusstrich unter die schon längere Zeit schwelenden Differenzen in der Einheitsfrontfrage. 56 weitere Mitglieder des Kampfbundes, die sich mit Schneeweiß solidarisiert hatten, wurden ebenfalls ausgeschlossen.

Mit entscheidend für den Übertritt der Oranienburger Dissidenten zur Linken Opposition war die politische Anziehungskraft der Schriften Trotzki. Die neue LO-Gruppe und der Proletarische Selbstschutz Oranienburg, einer Nachfolgeorganisation des Kampfbundes, waren personell weitgehend deckungsgleich.

Dank dieser fast 100 Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Erwerbslose umfassenden Organisation stellte die Oranienburger LO einen für die örtlichen Verhältnisse beachtlichen politischen Faktor dar. Sie wurde sofort im Sinne der Einheitsfrontbestrebungen der LO aktiv.

Das Arbeiter-Mai-Komitee, ein Bündnis aus LO bzw. Proletarischem Selbstschutz und SPD organisierte 1932 eine erfolgreiche 1. Mai-Demonstration. Es zeigte deutlich die isolierenden Folgen der ultralinken KPD-Politik auf, dass die KPD sich kurze Zeit später gezwungen sah, dem in Arbeiter-Kampfkomitee umbenannten Einheitsfrontorgan beizutreten.

Das aus je fünf VertreterInnen von LO, SPD und KPD zusammengesetzte Komitee entfaltete eine intensive Aktivität. Außer der Veranstaltung mehrerer antifaschistischer Kundgebungen und der Schaffung von Arbeiterschutzstaffeln widmete es der koordinierten Betriebs- und Erwerbslosenarbeit besondere Aufmerksamkeit.

Ähnlich wie in Bruchsal übte die Oranienburger Einheitsfrontbewegung einen starken Einfluss auf die umliegenden Ortschaften aus. Auch dort entstanden Einheitsfrontkomitees und Selbstschutz-Organisationen der Arbeiterschaft.

In verschiedenen anderen Städten des Deutschen Reichs ergriff die LO die Initiative zur Bildung lokaler Einheitsfrontausschüsse. Meist scheiterten diese Bestrebungen jedoch schon im Anfangsstadium, weil die LO dort zu schwach war, um den Widerstand sozialdemokratischer und stalinistischer Funktionäre zu brechen.

### Letzte Warnung

Anfang Januar 1933 schlug die *Permanente Revolution* erneut Alarm: „1933 [wird] das Jahr der Entscheidung sein“. Die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler stellte für die Linke Opposition das Ende der Epoche der „bonapartistischen“ Übergangsregime dar, der mit diktatorischen Vollmachten ausgestatteten Regierungen Papen und Schleicher.

Einige Tage nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 lieferte Leo Sedow von Berlin aus seinem Vater und Genossen Leo Trotzki eine ernüchternde Beschreibung der Lage: „Was wir durchleben, ähnelt einer Auslieferung der Arbeiterklasse an den Faschismus [...] An der Spitze Unentschlossenheit, niemand weiß, was er tun soll; an der Basis kein Vertrauen in unsere eigenen Kräfte. [...] Wenn jetzt nicht eine entschlossene Aktion geschieht [...], ist eine schreckliche Niederlage unvermeidlich. Diese Aktion [...] ist [...] meiner Meinung nach nicht mehr sehr wahrscheinlich.“ (Leo Sedow, 05.02.1933, zit. nach Pierre Broué, Trotzki, Köln o. J. [2003], S. 880.)

Noch ein letztes Mal warnte die *Permanente Revolution* Anfang Februar 1933: „**Hitlers Programm ist die völlige Zerschlagung aller politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft.**“

**terschaft**, um den Weg für eine noch ungeheuerlichere Verelendung der Arbeiterschaft zu öffnen. Sein außenpolitisches Ziel ist der **Krieg mit Sowjetrußland**.“ (Hervorhebungen im Original.)

### **Kurs auf eine neue Partei**

Die Machtübergabe an Hitler und die Errichtung der Nazi-Diktatur markierte für Trotzki und seine Genossinnen und Genossen die „bedeutendste Niederlage in der Geschichte der Arbeiterklasse“.

Die kampflose Niederlage der KPD im Frühjahr 1933, verglich die Internationale Linke Opposition (ILO) mit der politischen Kapitulation der SPD zu Beginn des Ersten Weltkriegs. Sie bedeute das Ende der KPD als revolutionäre Partei.

Für die Internationale Linke Opposition stand nun nicht mehr die bisher angestrebte „Reform“ der Komintern, sondern der Aufbau einer neuen Internationale auf der Tagesordnung.

### **Versuch einer Bilanz**

Welches Resümee können wir ziehen?

Als im Frühjahr 1930 die Gründung der Linken Opposition der KPD – trotz der Bekämpfung durch den stalinistischen Geheimdienst GPU – gelang, verstärkten die Führungen von SPD, KPD und Gewerkschaften die politische Spaltung und Lähmung der deutschen Arbeiterbewegung.

Nur eine entschlossene und einheitlich handelnde deutsche Arbeiterbewegung hätte vor 1933 die Kraft gehabt, den Faschismus in Deutschland zu verhindern.

Die Spitzen der deutschen Arbeiterbewegung, der bedeutendsten sozialdemokratischen und der größten westlichen kommunistischen Partei, wollten keine Einheitsfront gegen den Faschismus bilden. Sie verhinderten aktiv die Einheit der Aktion, zu der große Teile ihrer eigenen Basis bereit waren.

Die deutschen Gewerkschaften ihrerseits kapitulierten nicht nur kampflos, sondern suchten sogar noch am 1. Mai 1933 die Kooperation mit der braunen Diktatur.

Die entscheidende Niederlage der am besten organisierten und teilweise sogar am besten bewaffneten Arbeiterbewegung der damaligen kapitalistischen Welt war kein Zufall. Sie hatte ihre Ursache in dem durch ideologische Verblendung, politische Kurzsichtigkeit sowie materielle Privilegien und Eigeninteressen begründeten Versagen der Führungsapparate von SPD, KPD sowie der Gewerkschaften.

Mittlerweile ist übrigens wissenschaftlich belegt, dass die Politik der stalinistischen Führung der Sowjetunion bereits zu Beginn der 1930er Jahre in erster Linie auf die Verbesserung der Beziehungen zu den konservativen und nationalen Kreisen Deutschlands abzielte.

Anfang 1933 fanden sich Stalin und Konsorten mit der Etablierung des faschistischen Regimes ab und waren offensichtlich am Schicksal der deutschen Arbeiterbewegung nicht interessiert. (Vgl. zum Verhältnis der Moskauer Führung zum deutschen Faschismus etwa Bernhard H. Bayerlein, „Das geheime Winogradow-Treffen“, im Netz unter [www.indes-online.de/1-2017-das-geheimewinogradow-treffen-im-februar-1933](http://www.indes-online.de/1-2017-das-geheimewinogradow-treffen-im-februar-1933) (abgerufen am 11.11.2022).

Die katastrophale Politik der Führungen der Arbeiterbewegung führte also direkt in die verheerende Kapitulation von 1933 und damit zum Triumph ihres Todfeindes, des Faschismus. Sie ermöglichte nicht nur die brutale Vernichtung aller Arbeiterorganisationen durch die blutige faschistische Diktatur in Deutschland, sondern auch den Triumph des stalinistischen Terrorregimes in der UdSSR. Der Weg zum Zweiten Weltkrieg und zur Massenvernichtung von Jüdinnen und Juden, von Roma und Sinti war damit frei.

Diese und andere Verbrechen der Nazi-Diktatur, denen rund 53 Millionen Menschen zum Opfer fielen, waren nicht zwangsläufig. Sie waren ebenso verhinderbar wie die des Stalinismus, durch die wahrscheinlich mehr als zwanzig Millionen Menschen umgebracht wurden. Bis heute wirken diese historischen Niederlagen nach.

Die Linke Opposition konnte sie alleine nicht abwenden, aber sie entwickelte in Wort und in Tat eine realistische Alternative der Gegenwehr.

Auch deshalb ist die Geschichte der LO ein konkreter Beleg für die oft unterschätzte oder gar missachtete Funktion kleiner, aktiver Organisationen. Zum einen als sensible Seismographen sich ankündigender gesellschaftlicher und politischer Veränderungen. Zum anderen als Zentren praktischen politischen Widerstands, der keinen Vergleich zur Wirksamkeit von parlamentarisch orientierten und bürokratisierten Massenparteien zu scheuen braucht.

Wir sollten den mutigen und selbstlosen Kampf gegen die Barbarei vor dem Vergessen bewahren, den hunderte Genossinnen und Genossen der LO sowie ihrer Nachfolgorganisationen – und natürlich auch andere im Widerstand aktive Menschen – geführt haben. Ihr Engagement sollte uns Ansporn sein, uns selbst konsequent allen faschistischen Umtrieben entgegenzustellen.

Natürlich gibt es Unterschiede zu 1933. Die ökonomische, politische und mediale Macht der Konzerne hat im Spätkapitalismus eine bisher nicht bekannte Dimension erreicht. Das riesige Arsenal an Massenvernichtungswaffen ist ebenso wie der Ökozid eine unmittelbare Bedrohung für unser Überleben. Und nicht zuletzt ist das damals existierende politische Bewusstsein der arbeitenden Klasse hierzulande auch durch den Neoliberalismus stark getrübt.

Aber dennoch – oder gerade deswegen – sind die Grundgedanken der von der LO weiter entwickelten Taktik der Einheitsfront sehr aktuell. Nicht nur für den heutigen Kampf gegen das Entstehen einer neuerlichen faschistischen Massenbewegung, sondern auch gegen dessen nach wie vor fruchtbaren kapitalistischen Nährboden.

■ Dieser Text ist eine überarbeitete und stark gekürzte Version des Referats, das Wolfgang Alles am 11. November 2022 in Mannheim zur Vorstellung seines Buches *Für Einheitsfront gegen Faschismus, Zur Politik und Geschichte der Linken Opposition ab 1930*, Köln 2022 gehalten hat. Alle Zitate ohne Quellenangabe sind dieser Untersuchung entnommen.]

Aus: *Theoriebeilage Avanti*<sup>2</sup> Rhein-Neckar Februar 2023

■

## NEU bei ISP



Wolfgang Alles  
**Für Einheitsfront gegen Faschismus**

Zur Politik und Geschichte der Linken Opposition ab 1930

Wissenschaft&Forschung 1  
Aktualisierte Neuausgabe  
305 Seiten, 29,80 €  
ISBN 978-3-89 900-001-6

Mit einem Vorwort von Prof. Dr. Hermann Weber und einem Nachwort des Autors zum aktuellen Forschungsstand. Gegenüber der Erstausgabe wurden weiterhin Kurzbiographien von Mitgliedern der LO und der IKD sowie Abbildungen der Publikationen der LO und der IKD hinzugefügt.

1930 gründete sich die Linke Opposition der KPD (LO). *Wolfgang Alles* zeichnet mit seiner »Pionierleistung« (Prof. Dr. Hermann Weber) fundiert Politik und Geschichte der Linken Opposition der KPD ab 1930 nach. Die LO entwickelte eine realistische Alternative zu dem Versagen der Führungen von SPD, KPD und Gewerkschaften im Kampf gegen den Faschismus. Eine Alternative, deren Grundgedanken für den heutigen Kampf gegen die neuerliche faschistische Bedrohung sehr aktuell sind.

**Neuer ISP Verlag GmbH**

Tel.: (0721) 3 11 83

e-mail: [neuer.isp.verlag@t-online.de](mailto:neuer.isp.verlag@t-online.de)

Internet: [www.neuerispverlag.de](http://www.neuerispverlag.de)

# UNTERSTÜTZEN WIR DEN VOLKSAUFSTAND IN PERU!

Nach mehr als 20 Jahren hat das peruanische Volk wieder den Kampf gegen eine Regierung begonnen, die sich mit diktatorischen Mitteln durchsetzen will.

## ■ Israel Dutra

Während wir dies schreiben, finden in Peru sehr harte Kämpfe statt. Auf der einen Seite ein Volksaufstand, dessen Höhepunkt der Generalstreik am 19. Januar war; auf der anderen Seite eine zunehmend isolierte Putschregierung, die sich an Repressionen klammert, um an ihrem Programm und ihren Projekten festzuhalten. Dieser Kampf ist entscheidend für die Zukunft Perus und des Kontinents.

Wir von *Revista Movimiento* berichten täglich darüber, sprechen mit den Protagonist\*innen des Prozesses, mobilisieren die internationale Solidarität und verfolgen den heldenhaften Kampf des peruanischen Volkes „aus nächster Nähe“. Ich war als Korrespondent von *Movimiento* einige Wochen in Lima, um den Kämpfer\*innen der Erhebung die Solidarität von MES und PSOL zu überbringen.

Hier stellen wir zusammengefasst die Dynamik der jüngsten Ereignisse und die Notwendigkeit dar, dass die brasilianische Linke und die Regierung Lula sich in Bezug auf die institutionelle Krise positionieren müssen, die von den Putschisten der Regierung Dina Boluarte ausgelöst wurde.

### **Der Marsch der 4 Suyos, 20 Jahre später**

Wie wir wissen, wurde Präsident Castillo am 7. Dezember letzten Jahres durch einen parlamentarischen Staatsstreich gestürzt, nach einem ungeschickten Versuch, die rechte Mehrheit im Nationalkongress zu verdrängen. Als Ergebnis dieser Palastrevolte wurde seine Vizepräsidentin Dina Boluarte Präsidentin. Castillo wurde verhaftet und eingesperrt.

Um ihre Macht zu festigen, wählte Boluarte rechtsgerichtete Personen für die Ministerien und ihr Umfeld –

insbesondere Williams und Otarola. Seit den ersten Tagen der Putschregierung gab es im Süden von Peru verschiedene Proteste und Demonstrationen, auf die Boluarte mit noch mehr Repression reagierte. Das Jahr endete mit einer langen Liste toter Aktivist\*innen und der Hoffnung der Regierung, dass ein Waffenstillstand über die Weihnachtstage die Situation stabilisieren würde.

Allerdings führte das machtvolle Eingreifen der Bauern und Arbeiter des südlichen Peru (die überwiegende Mehrheit davon gehört zu den indigenen Aymará und Quechua) Anfang Januar 2023 zu einem echten Volksaufstand in der Provinz Puno. In diesem Zusammenhang steht die Regierung zu dem Massaker von Juliaca mit 18 Toten – einem der tragischsten Kapitel der peruanischen Geschichte.

Die Empörung wuchs und verbreitete sich vom Süden auf das ganze Land. Am 19. Januar wurde ein erneuter „Marsch der 4 Suyos“ ausgerufen. Dieser Name bezieht sich auf die Demonstration, die im Juli 2000 stattfand und der Auslöser für den Sturz der Diktatur von Alberto Fujimori war. Die „vier Suyos“ waren die vier wohlhabenden politischen Zentren der verschiedenen Regionen des Landes während der Inka-Zeit.

Mehr als 20 Jahre später hat das peruanische Volk einen Massenkampf gegen eine Regierung in Gang gesetzt, die sich mit diktatorischen Elementen durchsetzen will.

Der Generalstreik war ein großer Erfolg. Der Marsch der vier Suyos wurde von der Presse wegen der Hunderte von Delegationen, die von überall herkamen, „Die Eroberung von Lima“ genannt. Die Straßen der peruanischen Hauptstadt waren leer, fast wie an einem Sonn- oder Feiertag. Zusätzlich zu den Demonstranten aus dem ländlichen Raum marschierten Delegationen aus den umliegenden Vierteln und Bezirken von den Hügeln ins Zentrum von Lima, um die Regierung abzulehnen und Dinas Rücktritt zu fordern, ebenso wie die Schließung des Kongresses, Neuwahlen und eine verfassunggebende Versammlung.

Der Streik am 19. Januar weitete den peruanischen Volksaufstand definitiv auf die ganze Nation aus. Radikalisierte Proteste fanden in den nördlichen Provinzen

mit fast 100 Straßensperren und breiter Unterstützung der Bevölkerung statt.

### **Regierung hält an Repression fest**

Der Marsch am 19. Januar endete in großen Straßenschlachten in der Innenstadt von Lima. Es gab ein Feuer in einem historischen Gebäude, das von der Presse und der Regierung benutzt wurde, um die Demonstrationen zu zerstreuen und zu kriminalisieren.

In den folgenden Tagen sprach Dina im Fernsehen, um sich zu verteidigen, und bekräftigte, dass sie im Amt bleiben und die „Ordnung“ aufrechterhalten werde. Die San-Marcos-Universität wurde am 20. Januar von den Repressionskräften mit Panzern und Bomben überfallen, was mit der Verhaftung von 200 Aktivisten endete. Insgesamt wurden fast 60 Menschen getötet, 600 verhaftet und die Anführer der Front zur Verteidigung von Arequipa unter dem Vorwurf des Terrorismus verhaftet.

Bei einem ständigen Verlust an Unterstützung hält die Regierung sich nur durch verschärfte Repression. Neben ostentativen Polizeieinsätzen verbindet sie ein immer gleiches Propagandamuster mit der Verfolgung und Kriminalisierung von Aktivist\*innen. Die Propaganda der Rechten hat zwei Säulen: das traditionelle „Terror-que“, das heißt, den politischen Gegnern eine Beziehung zu terroristischen Gruppen zuzuschreiben und damit an die Handlungen von Gruppen zu erinnern, die in den 80er und 90er Jahren aktiv waren; und Angriffe auf Evo Morales, in denen behauptet wird, dass der Führer der bolivianischen MAS hinter den Protesten im Süden stehen und die Abspaltung des Landesteils anstreben würde. Diese absurden Geschichten haben zum Ziel, ein Voranschreiten der Rebellion zu verhindern.

Die gegenwärtige Situation ist die einer zunehmend schwächeren Regierung, die von den Repressionskräften und den reaktionärsten Sektoren des verhassten Kongresses politisch unterstützt wird. Umfragen zeigen, dass 70 % eine neue Verfassung wollen; 88 % lehnen die Regierung ab und 75 % haben kein Vertrauen in die derzeitige Zusammensetzung des Kongresses.

Die Regierung isoliert sich sogar von den Mittelschichten in Großstädten wie Lima.

### **Die Linke muss den demokratischen Kampf in Peru unterstützen**

Wir haben in der durch die peruanische Rebellion geprägten nationalen Krise einen entscheidenden Moment erreicht.

Auf den Straßen Perus wird die Zukunft der Kämpfe des Kontinents ausgetragen. Heute verschanzt sich die extreme Rechte in Bolivien gegen die MAS-Regierung, in Brasilien mit den Bolsonaristen gegen Lula und in Peru, um die Dina-Regierung zu unterstützen und den Weg für die Rückkehr des Fujimori-Clans an die Macht zu ebnen.

Auf der CELAC-Konferenz<sup>1</sup> sollten sich die südamerikanischen Regierungen zur Unterstützung der peruanischen Rebellion verpflichten. Die Regierung Kolumbiens wies einen Weg und verurteilte die Besetzung der Universität San Marcos. Die Untätigkeit von Teilen der Linken trägt nur dazu bei, Dinas Schwenk zur Repression zu verfestigen. Der argentinische Präsident Alberto Fernandez drückte in einem Interview für die Zeitung *Folha de São Paulo* am 23. Januar seine Besorgnis über die „Instabilität“ in Peru aus, ohne Namen zu nennen oder auf die klare Verantwortung der Regierung hinzuweisen. Lula seinerseits und die brasilianische Diplomatie haben nicht über die Massaker und Verletzungen der Grundrechte gesprochen, die in den letzten Wochen stattgefunden haben. Es ist notwendig, diesen Kurs zu ändern und in diesem Kampf Partei zu ergreifen.

Die PSOL, die im Dezember in ihrer nationalen Leitung eine Erklärung zur Unterstützung des peruanischen Volkes angenommen hat, bemüht sich, die anhaltende Rebellion solidarisch zu unterstützen. Wir nahmen an Gesprächen in den Botschaften teil; die Abgeordnete Fernanda Melchionna befragte zusammen mit der Fraktion die peruanische Regierung wegen der Gewalt und informierte die zuständigen Stellen in Brasilien über die Verträge und den Verkauf von Waffen an die Repressionskräfte der peruanischen Regierung.

Der heldenhafte Kampf des peruanischen Volkes verdient unsere Unterstützung.

24. Januar 2023

■ **Israel Dutra** ist Generalsekretär der PSOL, Soziologe und Mitglied der Bewegung der Sozialistischen Linken (MES).

■ *Übersetzung aus dem Englischen: B. Mertens*

**1** „ELAC ist die „Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten“. Sie hält in der Regel jährliche Gipfeltreffen ab. Dieser Artikel erschien zu Beginn der Konferenz am 24. Januar in Buenos Aires, die sich dann wegen unüberbrückbarer Differenzen zu Peru nicht äußerte. – Anm. d. Üb.

# DER AUFSTAND HAT EINE REVOLUTIONÄRE DYNAMIK ENTWICKELT

Am 7. Dezember 2022 sprach der Historiker Peyman Jafari, der zur iranischen Arbeiterbewegung forscht, auf einer Online-Veranstaltung in Solidarität mit der Protestbewegung „Women, Life, Freedom“ im Iran. Organisiert wurde sie von den Gewerkschaften Cambridge University and College Union (UCU), Cambridgeshire NEU (National Education Union), Cambridge University Student Union, Cambridge and District TUC und dem Netzwerk MENA Solidarity.

## ■ Peyman Jafari

Heute ist der dritte der drei angekündigten Protest- und Streiktage im Iran [5., 6. und 7. Dezember]. Dass der letzte Tag auf das heutige Datum fiel, ist kein Zufall. Dieser Tag gilt im Iran als Tag der Studierenden und erinnert an die Ereignisse von 1953, als am 7. Dezember Studierende der Universität Teheran gegen den Besuch von Vizepräsident Nixon und die Wiederaufnahme der Beziehungen zu Großbritannien protestierten. Vier Monate zuvor hatten die USA und Großbritannien im Iran einen Staatsstreich gegen Premierminister Mossadegh inszeniert, der die Ölindustrie verstaatlichen wollte.

Ab jenem Jahr galt der 7. Dezember als Tag der Studierenden. Sie protestierten auf den Straßen des Irans gegen die Diktatur im Innern und gegen die Fremdherrschaft. Meiner Ansicht nach unterstreicht die Symbolik dieses Datums, dass die Proteste der letzten zweieinhalb Monate in der langen Tradition der Iraner\*innen stehen, kollektiv für ihre Freiheit zu kämpfen. Als Historiker bin ich immer

an dem interessiert, was in der Vergangenheit geschehen ist. Wir können hier nicht weiter auf die Geschichte dieser Kämpfe eingehen. Es ist jedoch wichtig zu sehen, dass eigentlich das gesamte 20. Jahrhundert betroffen ist. Der Iran erlebte seine erste Revolution, die erste Revolution im Nahen Osten, im Jahr 1906. Sie wird als Konstitutionelle Revolution bezeichnet und richtete sich ebenfalls gegen die Unterdrückung im eigenen Land und die Fremdherrschaft. Das Besondere an den Demonstrationen und Protesten der letzten zweieinhalb Monate – schon bald gehen wir in den dritten Monat – ist, dass sie wirklich ein Umdenken bei Millionen von Iraner\*innen und einen Bruch in der Geschichte der Islamischen Republik bedeuten.

Warum ist das so? Es hat ja auch schon vorher Proteste gegeben. 2009 zum Beispiel kam es im Iran zu Massenprotesten, bei denen drei Millionen Menschen in den Straßen Teherans [anlässlich der manipulierten Wahl Ahmadinehads] demonstrierten. Allerdings ging es dabei vor allem um politische Rechte. Der Hauptlogan stand im Zusammenhang mit der Wahlfälschung und lautete: „Wo ist meine Stimme?“ Die Idee war, das System zu reformieren, indem durch Demonstrationen und Proteste Druck von unten ausgeübt wird [die Protestierenden unterstützten den als reformistisch geltenden Kandidaten Mir Hossein Mussawi].

Wie bei jeder sozialen Bewegung versammelten sich auch bei diesen Protesten Menschen aus allen Schichten: Arbeiter\*innen sowie Angehörige der Mittelschicht. Die dominierende Kraft in diesen Kundgebungen war jedoch die Mittelschicht. In den Jahren 2017 und 2018 kam es immer wieder zu Demonstrationen gegen Preiserhöhungen. So auch im November 2019, als die Regierung die Treibstoffsubventionen kürzte. Die Proteste fanden im ganzen Land statt, sie wurden aber vor allem von Erwerbslosen und verarmten Arbeiter\*innen in äußerst prekären Beschäftigungsverhältnissen getragen. Folglich waren

die Forderungen eher sozioökonomischer als politischer Natur.

### **Revolutionäre Dynamik und Repression**

Ich glaube, die Bedeutung der heutigen Proteste liegt darin, dass eine Verknüpfung der Forderungen nach politischer Freiheit, nach sozialer Gerechtigkeit und nach kulturellen Freiheiten erkennbar ist. Die Zusammenführung dieser Forderungen verläuft nicht einheitlich. Ich komme später noch einmal auf diesen Punkt zurück. Dennoch ist aus meiner Sicht ein fragiles Bündnis zwischen jungen Menschen aus der Mittelschicht und Arbeiter\*innen aus städtischen Gebieten am Entstehen. Sie schließen sich zusammen und fordern eine grundlegende Umgestaltung des gesamten politischen Systems. Deshalb spreche ich von einem Aufstand mit revolutionärer Perspektive.

Diese Formulierung verwende ich nicht etwa, weil ich nicht will, dass es eine Revolution ist. Ich wünsche sie mir sehr. Doch obwohl der Aufstand eine revolutionäre Dynamik entwickelt hat, stehen wir meines Erachtens noch nicht mitten in einer Revolution. Damit es dazu kommt, müssen wir in den Straßen des Iran noch viel größere Demonstrationen sehen. Zurzeit versammeln sich bei den Protesten Zehntausende von Menschen. Ich denke aber, es müssten Hunderttausende oder vielleicht sogar Millionen teilnehmen. Und die Beschäftigten im Iran müssten über Massenstreiks wirklich miteinbezogen sein. Eine weitere Voraussetzung wäre, dass es an der Spitze des Regimes zu diversen Spaltungen kommt, sodass die Führung zerbricht und sich ein Raum für die revolutionäre Bewegung öffnet.

Diese Dynamiken lassen sich zwar beobachten, aber wir befinden uns noch in einem frühen Stadium. Auf jeden Fall geht die Entwicklung in diese Richtung. Klar ist auch, dass die Kluft zwischen der Gesellschaft und dem Regime ein nicht mehr zu bewältigendes Ausmaß angenommen hat. Ich glaube, es ist nicht mehr möglich, in die Zeit vor dem Beginn der Proteste zurückzufallen, denn die Mauer der Angst ist zusammengebrochen. Die Menschen bleiben trotz der massiven Repression auf der Straße. Über 18 000 Personen [aktuell 19 000] wurden bereits verhaftet und inhaftiert und mehr als 470 auf der Straße getötet. Heute habe ich gehört, dass 9 Personen, vielleicht sogar 11, zum Tode verurteilt worden sind [laut Amnesty International droht 28 weiteren Menschen, darunter drei Minderjährigen, das gleiche Schicksal].

Das Regime versucht also, die Menschen einzuschüchtern. Das funktioniert aber nicht wirklich. Ich vermute, dass die Machthabenden in den kommenden Monaten

zu einer Strategie übergehen werden, die Repression und ein gewisses Maß an Zugeständnissen kombiniert, um die Lage zu beruhigen. Wie weit die Zugeständnisse gehen werden, weiß ich nicht. Denn die Schlüsselfiguren des Regimes versuchen, ein Gleichgewicht zwischen der Straße und den Hardlinern, insbesondere dem Obersten Führer des Iran, Ajatollah Chamenei, herzustellen.

### **Bisherige Erfolge**

Die Proteste haben bereits einige Erfolge erzielt. So hat zum Beispiel ein Umdenken in Bezug auf das Bild und die Rolle der Frau stattgefunden. Die Frauen stehen nicht nur an vorderster Front der Proteste, sondern sie stellen die Frauenrechte auch in den Mittelpunkt ihrer Forderungen. Bei den Kundgebungen vermitteln sie nicht das Bild von Opfern des herrschenden Systems. Im Gegenteil, die Frauen zeigen sich stolz darauf, in der ersten Reihe der Demonstrationen zu stehen. Deshalb ist es wichtig, dass der Protest weitergeht.

Entscheidend ist auch, welche Entwicklung die Proteste durchlaufen. Wie bereits erwähnt, ist es für den Erfolg der Bewegung unerlässlich, dass sich größere Teile der Bevölkerung beteiligen, als dies bisher der Fall war. In den letzten zweieinhalb Monaten gab es Höhen und Tiefen in Bezug auf die Anzahl der Proteste. Doch zwei Elemente haben sozusagen das Feuer am Brennen gehalten: Das eine sind die Universitäten, wo wir auch heute noch Proteste erleben. Heute [7. Dezember] zum Beispiel demonstrierten die Studierenden der Allameh-Tabataba'i-Universität mit den Slogans: „Wir sind die Kinder der Arbeiter, wir werden an der Seite der Arbeiter stehen“ und „Studenten-Arbeiter-Einheit, Einheit!“. Das ist sehr wichtig. Die Universitäten sind Schlüsselorte für die Organisation, weil es dort aktive Netzwerke gibt, in denen sich die Studierenden treffen, sich zusammenschließen und die Mobilisierung fortsetzen.

Der andere wichtige Ort, an dem die Kundgebungen und Proteste trotz aller Höhen und Tiefen weitergeführt werden konnten, ist die kurdische Region, in der auch die Repression am härtesten war. Auch in diesem Fall ist die Kraft der Bewegung darauf zurückzuführen, dass es in den kurdischen Gebieten eine Tradition der politischen und gewerkschaftlichen Organisation gibt. Deshalb waren die Streiks dort auch größer. Und es sind genau diese Faktoren, die es ermöglichen, dass die Bewegung weitergeht. Die Herausforderung besteht nun darin, die Massenstreiks im Iran auszuweiten. Ich glaube, dass wir in den letzten Tagen sehr positive Anzeichen dafür gesehen haben. So



kam es zum Beispiel in 40 iranischen Städten zu Streiks von Ladenbesitzer\*innen. Das bedeutet natürlich nicht, dass sämtliche Läden in diesen Städten streikten, aber doch ein großer Teil davon. Im Iran gibt es 340 Städte mit mehr als 20 000 Einwohner\*innen. In rund 10 Prozent dieser Städte fanden Streiks von Ladenbesitzer\*innen statt.

Zu Beginn der Proteste gab es einige Streiks im Industriesektor, die hauptsächlich von Beschäftigten der Ölindustrie mit Zeitverträgen und weniger von Beschäftigten mit unbefristeten Verträgen ausgingen. Würden auch die unbefristet Angestellten streiken, könnte dies viel verändern. Protestiert wurde auch im Stahlwerk von Isfahan und bei einigen Beschäftigten in der Automobilindustrie. Zu einem Massenstreik ist es im Industriesektor aber noch nicht gekommen. Im Dienstleistungssektor haben Lehrpersonen Anfänge von Streiks durchgeführt. Das ist sehr wichtig, da die meisten weiblichen Angestellten im Iran im Dienstleistungssektor, im Gesundheitswesen und im Bildungsbereich tätig sind. Der Iran hat mit nur 18 Prozent eine der niedrigsten Erwerbsquoten von Frauen. Somit gründen die Proteste nicht nur auf dem Wunsch, die gesellschaftlichen Einschränkungen bei der Kleiderordnung loszuwerden, sondern es geht auch um die spezifischen Erfahrungen, die Frauen im öffentlichen Raum und am Arbeitsplatz machen. Fast 60 Prozent der iranischen Studierenden sind Frauen. Wenn sie versuchen, in den Arbeitsmarkt einzutreten, sind sie mit allerlei diskriminierenden Gesetzen und mit Sexismus am Arbeitsplatz konfrontiert. Auch dagegen kämpfen die Frauen also an.

### **Hindernisse für einen Generalstreik**

Abschließend möchte ich noch auf die Faktoren eingehen, die zurzeit verhindern, dass die Streiks in einen Generalstreik münden. Eines der Probleme ist die fehlende Organisation. Die Regierung hat sich bemüht, die Entstehung einer nationalen Organisation zu verhindern. Ich glaube aber, dass es in verschiedenen Sektoren wichtige Initiativen in den informellen Netzwerken der Beschäftigten gibt, so zum Beispiel bei den Lehrkräften und den Angestellten in der Ölindustrie. Sie könnten sich in den kommenden Monaten koordinieren, zusammenarbeiten und die Streiks weiter ausbauen, während die Proteste weitergehen.

Ein weiteres Hindernis ist die desolante Wirtschaftslage im Iran. Ich hatte Kontakt mit einer Reihe von Beschäftigten, die nicht streiken und die mir alle erklärten: „Wir streiken nicht. Wir können nicht richtig streiken, weil wir kein Streikgeld haben.“ Wegen ihrer extremen Armut fehlen ihnen die Ressourcen für Streiks. Die Misswirtschaft

und die neoliberale Politik des Staates haben die Armut noch weiter verschärft. Auch die Wirtschaftssanktionen, die gegen den Iran verhängt wurden, fördern die Armut und schwächen dadurch die Protestkraft der Beschäftigten, die sonst viel eher in der Lage wären, Massenstreiks zu organisieren.

Das dritte Problem ist, dass es in der aktuellen Bewegung an Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit mangelt. Viele Forderungen drehen sich um die politischen und zu Recht auch um die sozialen und kulturellen Freiheiten. Meiner Meinung nach sollte aber auch die soziale Gerechtigkeit im Zentrum der Forderungen stehen. Denn die Beschäftigten müssen darauf vertrauen können, dass die islamische Elite im Falle einer Revolution nicht durch eine säkulare Elite ersetzt wird, die dann eine neoliberale Politik betreibt, wie wir sie in den europäischen Ländern, den USA, aber auch im Nahen Osten, in Ägypten und in anderen Ländern beobachten. Ich glaube, dass es möglich ist, soziale Forderungen stärker in den Vordergrund zu rücken, denn an der Basis, in den Stadtvierteln, rufen die Menschen, insbesondere die Arbeiter\*innen, nach sozialer Gerechtigkeit. Deshalb ist der studentische Slogan der Einheit von Studierenden und Arbeiter\*innen so wichtig.

Doch außerhalb des Iran pflegen die politischen Führungen des Westens leider einen anderen Diskurs. Der Westen schenkt vor allem jenen Vertreter\*innen der iranischen Bewegung Gehör, die der neoliberalen Politik nahestehen. Aus diesem Grund hören wir so wenig von der Opposition im Iran, die sich für die oben erwähnten Forderungen einsetzt und mit Repressionen zu kämpfen hat. Am Schluss meines Beitrags möchte ich deshalb an Leila Hosseinzadeh erinnern, die im Gefängnis sitzt. Sie ist linke Aktivistin, Studentin, Mitglied der Studentengewerkschaft und engagiert sich in der Solidarität mit den Arbeiter\*innen. Während wir hier sprechen, befindet sie sich in einem sehr schlechten gesundheitlichen Zustand. Sie muss sofort freigelassen werden [sie wurde am 20. August 2022 zum dritten Mal verhaftet; jedes Mal wurde sie von den Sicherheitskräften geschlagen und misshandelt]. Ich rufe daher alle auf, ihren Namen in Publikationen und in der Öffentlichkeit zu erwähnen. Wir müssen sicherstellen, dass die Menschen, die derzeit im Iran inhaftiert sind, die nötige Aufmerksamkeit erhalten.

Aus: *A l'Encontre*.

■ *Übersetzung aus dem Französischen: AWe*

# FRAU, LEBEN, FREIHEIT

Unterstützung des Aufstands „Frau, Leben, Freiheit“ – Nein zu Todesurteilen!

## ■ Internationaler Aufruf

Seit dem Mord an Jina (Mahsa) Amini am 16. September durch die Sittenpolizei erschüttert ein Volksaufstand, der in seiner Breite, Tiefe und Dauer beispiellos ist, die Islamische Republik Iran. In weniger als 48 Stunden verbreitete sich die Parole „Frau, Leben, Freiheit“ im ganzen Land und dann auf der ganzen Welt..

Der Kampf für den Sturz der Islamischen Republik hat begonnen.

Schnell verbreiteten sich auch andere Losungen: „Tod dem Diktator“, „Tod dem Unterdrücker, ganz gleich ob Schah oder Oberster Führer“, „Brot, Arbeit, Freiheit“, „Armut, Korruption, teures Leben – wir machen weiter bis zum Umsturz“.

Diese radikale Protestbewegung vereint Frauen, Jugendliche, nationale Minderheiten, Arbeiterinnen und Arbeiter mit und ohne Beschäftigung in der völligen Ablehnung dieses theokratischen, frauenfeindlichen und gänzlich korrupten Regimes. Der Aufstand ist keine vorübergehende Erscheinung und erfasst mehr als 160 kleine und große Städte. Da mehr als 50 % der Bevölkerung unter der Armutsgrenze leben und es an demokratischen und sozialen Grundrechten mangelt, wollen die Völker des Irans das gesamte System stürzen.

Die Streikaufrufe nehmen zu, insbesondere unter den Lehrkräften an den Universitäten, den Beschäftigten in der Petrochemie, den Stahlwerken in Isfahan, den öffentlichen Verkehrsmitteln in Teheran und seinen Vororten, den LKW-Fahrern usw. Die Streikenden sind Entlassungen, Verhaftungen und Folterungen ausgesetzt.

## Eine brutale und grenzenlose Repression

Bis heute (Anfang Januar 2023) hat die Repression mehr als 500 Todesopfer gefordert, darunter 69 Minderjährige, Tausende von Verletzten, mehr als 19 000 Gefangene und Verschwundene sowie Entführungen. In Iranisch-Kurdistan und Sistan-Belutschistan führen die Revolutionsgar-

den einen blutigen Krieg gegen die aufständische Bevölkerung. In kurdischen Städten herrscht ein nicht erklärter Belagerungszustand.

Die Gewalt dieses kriminellen Regimes kennt keine Grenzen. Zahlreiche Zeugenaussagen belegen die unerhört brutalen Haftbedingungen, die darauf abzielen, die Entschlossenheit der Häftlinge zu brechen. Gefangene werden gefoltert, vergewaltigt und zu Tode geprügelt.

Um ein Klima des Terrors zu schaffen und die Proteste zu ersticken, verhängt die Justiz immer härtere Urteile gegen die Demonstrant\*innen. Trotzdem lässt die Mobilisierung nicht nach. Weiterhin wird das Regime von Studierenden, Jugendlichen, Frauen, Arbeiter\*innen, Künstler\*innen und Journalist\*innen mit Mut und Entschlossenheit herausgefordert. Das Regime hat beschlossen, noch einen Schritt weiter zu gehen.

## Die Zunahme von Todesurteilen

Einzig und allein, weil sie demonstriert hatten, wurden mindestens 65 Personen (darunter elf Frauen und fünf Kinder) der „Feindschaft zu Gott“, der „Korruption“, des Aufruhrs oder des Mordes angeklagt. Die Justiz führt einen Scheinprozesse nach dem anderen durch – ohne jegliches Recht auf Verteidigung – und verhängt immer mehr Todesurteile.

Nach den Hinrichtungen von Mohsen Shekari und Majidreza Rahnavard am 8. und 12. Dezember hängten die iranischen Behörden am 7. Januar Seyed Mohammad Hosseini und Mohammad Mehdi Karami. Ihre Verbrechen: Sie hatten es gewagt, ihre Empörung über den Tod von Jina (Mahsa) Amini in Teheran oder von Hadis Nadjafi in Karadsch zum Ausdruck zu bringen. Für diejenigen, die im Iran in den Todeszellen der besonders berüchtigten Gefängnisse warten, sowie für alle sonstigen Gefangenen ist das Schlimmste zu befürchten.

## Die Völker des Irans müssen ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen.

Vor diesem Hintergrund und angesichts des Gespenstes einer politischen und sozialen Revolution im Iran arbeiten die Führer der Großmächte – mehr oder weniger diskret – an der Bildung eines Übergangsrates, der alle Strömun-



# ISLAMISCHE REPUBLIK IRAN: KAPITALISTISCH- THEOKRATISCH- PATRIARCHALISCH

Seit der Ermordung von Mahsa Jina Amini durch die „Sittenpolizei“ wegen einer nicht korrekt unter dem Schleier verborgenen Haarlocke kommt die Islamische Republik nicht mehr zur Ruhe.

## ■ Babak Kia

Dieser Mord war der „Blutstropfen“, der das Fass zum Überlaufen brachte. Seit [nunmehr sechs] Monaten stehen Frauen, Jugendliche und nationale Minderheiten (Kurden, Belutschen, Araber, Aseris etc.) an vorderster Front der Proteste. Der Mord an Mahsa Jina Amini hat erneut den frauenfeindlichen Charakter der Grundlagen und Gesetze der theokratischen Diktatur deutlich gemacht.

### Der Beginn der Mullah-Herrschaft

Auf der Grundlage einer patriarchalischen, ungleichen Gesellschaft und der Religiosität eines Großteils der Bevölkerung haben die regierenden Mullahs nach 1979 eine Reihe von Gesetzen eingeführt, die auf der Scharia und dem Schismus basieren. Für Khomeini „muss alles islamisch sein“. Die Frauen sind seither Zielscheibe einer ganzen Reihe von diskriminierenden Maßnahmen, die die totale Kontrolle der Männer über ihren Körper und ihr Leben begründen. Der Schleierzwang wird damit „gerechtfertigt“, dass die Haare der Frauen sexuelle Provokationen bewirken.

Während Frauen und Männer noch gleichermaßen an der Revolution von 1979 gegen das Schahregime beteiligt waren, mobilisierte das neue Regime sofort seine Anhänger, um die Frauen wieder zuhause einzusperren. Unter dem Slogan „ya roussari, ya toussari“, den man mit „Schlei-

er oder Prügel“ übersetzen kann, wurde ein ganzes Arsenal an Gesetzen und Institutionen geschaffen und es wurden Brigaden eingerichtet, die diese neue Politik gewaltsam durchsetzen sollten. Natürlich ging dies nicht ohne Widerstand ab, und zwar schon seit Beginn des islamischen Regimes. Die Massendemonstration iranischer Frauen (trotz Verbots) am 8. März 1979 gegen diese phallokratische Orientierung und gegen den Schleierzwang markiert den Beginn eines individuellen und kollektiven Widerstands der Frauen, der bis heute anhält.

Die Einführung des Kopftuchzwangs wurde von anderen Maßnahmen begleitet, wie der Entlassung von Frauen aus Arbeitsplätzen, die als Männerdomäne gelten, der Segregation im Gesundheitssystem oder im Bildungswesen und in der gesamten Öffentlichkeit. All diese und viele weitere Maßnahmen zielen darauf ab, Frauen aus der Öffentlichkeit zu vertreiben und sie mit Macht sozial und politisch kontrollieren zu wollen.

Die jüngsten Statistiken der Islamischen Republik aus dem Jahr 2017 zeigen, dass alle rechtlichen Bestimmungen des Regimes den gleichberechtigten Zugang von Frauen zum Arbeitsmarkt behindern. Obwohl die Hälfte der Hochschulabsolvent\*innen Frauen sind, haben nur 14,9 % von ihnen einen Arbeitsplatz, verglichen mit 64,1 % der Männer. Offiziell lag die Arbeitslosenquote von Frauen 2017 bei 20,7 % und war damit doppelt so hoch wie die der Männer.

### Das Zivilgesetzbuch als Instrument der Unterdrückung

Das vom theokratischen Regime eingeführte Zivilgesetzbuch bestimmt den Ehemann zum Familienoberhaupt. Als solcher kann er seiner Frau verbieten zu arbeiten. Auch die

Beantragung eines Reisepasses bedarf der Genehmigung des Ehemannes. Außer in einigen Ausnahmefällen können sich Frauen nicht ohne die Zustimmung ihres Mannes scheiden lassen. Schwangerschaftsabbrüche sind verboten.

Nach den geltenden Gesetzen wird ein Mann oder eine Frau, der oder die eine sexuelle Beziehung außerhalb der Ehe eingeht, zum Tode durch Steinigung verurteilt. Gleichzeitig erlaubt das Regime Polygamie. Ein Mann kann eine zeitlich begrenzte Ehe mit so vielen Frauen eingehen, wie er möchte. Er kann auch mit vier Frauen auf unbestimmte Zeit verheiratet sein. Wenn er diese Zahl überschreitet, kann er in der Praxis immer geltend machen, dass es sich um eine vorübergehende Ehe handelte. Bei einer identischen Straftat hat ein Mann also die Möglichkeit, der Todesstrafe zu entgehen, indem er sich auf die geltenden Gesetze beruft, während bei Frauen die Hinrichtung durch Steinigung vollzogen wird.

Das Bürgerliche Gesetzbuch betrachtet die Heirat von Mädchen im Alter von achteinhalb Jahren als legal. Für einen Jungen liegt das gesetzliche Alter bei 15 Jahren. Es erlaubt auch „den Akt der Eheschließung vor der Pubertät“ mit der Zustimmung des „gesetzlichen Vertreters“ des Mädchens. Der Vater oder Großvater kann z. B. seine zweijährige Tochter oder Enkelin mit einem 60-jährigen Mann zwangsverheiraten und dafür eine „Mitgift“, das sogenannte „Milchrecht“, erhalten. Die Mutter hat kein Recht, sich einzumischen.

Es würde zu weit führen, alle diskriminierenden Bestimmungen oder all die physische, seelische und soziale Gewalt, die die Frauen erleiden, im Detail zu beschreiben.

Die aktuelle Protestwelle ist Teil des sozialen, politischen, demokratischen und feministischen Widerstands der letzten 43 Jahre. Die jetzige Bewegung hat dem feministischen Bewusstsein der iranischen Gesellschaft einen großen Sprung nach vorn beschert, und unabhängig vom Ausgang der Revolte wird es kein Zurück mehr geben. Die Islamische Republik ist eine kapitalistische, patriarchalische und obskurantistische Theokratie. Mehr denn je brauchen die Völker des Irans und in erster Linie die Frauen, die Arbeiter\*innen und die unterdrückten nationalen, religiösen und sexuellen Minderheiten die Solidarität der radikalen Linken, der fortschrittlichen Kräfte und der Gewerkschaften.

Aus: *l'Anticapitaliste* 637 vom 17.11.2022

■ Übersetzung: MiWe



## Wer wir sind und was wir wollen

Die Vierte Internationale tritt für die Selbstorganisation der Ausgebeuteten und Unterdrückten zur Abschaffung des Kapitalismus und zum Aufbau eines ökosozialistischen Systems ein. Ihre Mitgliedsorganisationen eint die Überzeugung, dass dies ohne eine tiefgreifende und revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft nicht möglich ist.

Unsere Gründungsprinzipien stehen in der klassischen marxistischen Tradition: Demokratie, „die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiterklasse selbst sein“; und Internationalismus, „der Sozialismus wird international sein oder er wird nicht sein“. In unserer Resolution von 1985 haben wir diese Prinzipien den neuen Herausforderungen angepasst.

Die Vierte Internationale ist auf allen fünf Kontinenten mit Organisationen in über 40 Ländern vertreten. Ihre Genoss\*innen beteiligen sich am Klassenkampf und bauen soziale Bewegungen und Parteien auf, um die Schaffung einer revolutionären und emanzipatorischen Organisation für das 21. Jahrhundert voranzutreiben.

Als demokratische politische Strömung kommt sie alle sieben bis acht Jahre zu einem Weltkongress zusammen, auf dem ihre regelmäßig rechenschaftspflichtigen Führungsgremien gewählt werden: das Internationale Komitee als politische Führung und das Exekutivbüro.

Die Vierte Internationale unterhält ein internationales Forschungs- und Schulungsinstitut in Amsterdam (IIRE), das auch Kongresse in Asien unterstützt und politische Schulungen mit jährlichen Intensivkursen für Aktivist\*innen aller Altersgruppen anbietet. Das IIRE organisiert auch Seminare zu Ökologie, Frauenbewegung, Wirtschaft, Rassismusbekämpfung, LGTBIQ und anderen Themen, in denen Aktivist\*innen aus der ganzen Welt aus ihrer Praxis berichten, um unsere Analyse dieser Themen zu vertiefen und unsere kollektive Praxis zu stärken.

Die Vierte Internationale führt jedes Jahr ein internationales Jugendlager durch, das von den Jugendorganisationen ihrer europäischen Sektionen selbstorganisiert wird und jedes Jahr in einem anderen europäischen Land stattfindet.

<https://fourth.international/>

# Zur Erinnerung an Livio Maitan

■ **Diego Giachetti**

**I**m Gedenken an Livio Maitan wird am 1. April 2023, genau 100 Jahre nach seiner Geburt, in Rom ein Kolloquium stattfinden, das an seinen politischen Werdegang als revolutionärer Marxist und Theoretiker in der italienischen und internationalen Arbeiterbewegung über mehr als ein halbes Jahrhundert hinweg erinnern soll. Dabei geht es um seine Rolle als Theoretiker und politischer Aktivist vor dem Hintergrund der Ereignisse, die mehrere Generationen politischer Aktivist\*innen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts geformt haben. Außerdem wollen wir darüber debattieren, inwieweit seine Beiträge weiter aktuell sind und uns dabei helfen, die Gegenwart und die Perspektiven für diejenigen zu verstehen, die an einem antikapitalistischen und internationalistischen Ziel festhalten wollen.

Livio Maitan trat 1948 im Alter von 25 Jahren der Vierten Internationale bei. Zunächst war er in der nach dem Faschismus wieder aufgebauten sozialistischen Bewegung aktiv und engagierte sich dann mit anderen bei der Gründung der Gruppi Comunisti Rivoluzionari, einer Organisation, die 1979 in Lega Comunista Rivoluzionaria umbenannt wurde und sich 1989 in Democrazia Proletaria auflöste, wobei sie ihre Mitgliedschaft in der Vierten Internationale beibehielt. 1991 trat Democrazia Proletaria dem neuen Partito della Rifondazione Comunista bei, einer Formation, der Livio Maitan bis zu seinem Tod am 16. September 2004 angehörte.

Er war maßgeblich an der Veröffentlichung von Trotzki's Werken in Italien beteiligt und setzte sich in vielen Artikeln und Büchern mit dem Marxismus auseinander, wobei ihm seine konstruktiv-polemische Ader dabei half, nicht einfach marxistische Dogmen nachzubeten, sondern sie für das Verständnis der Gegenwart nutzbar zu machen, ohne ihre Grundlagen zu verfälschen.

Bertolt Brecht betrachtete die Funktionäre der Komintern als „Handelsreisende“ der Revolution. Livio Maitan spielte diese Rolle für die Vierte Internationale jahrzehntelang. Diese Geschichte ist zwar bekannt, wird aber nach wie vor nur oberflächlich analysiert und wenig vertieft. Das Kolloquium, das wir vorbereiten, soll über das „Bekannt“ hinaus eine Analyse seiner Persönlichkeit und der kollektiven Geschichte leisten, im Vergleich mit anderen Strömungen der Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts, wie er es mit seinen beiden letzten Büchern getan hat: *La strada percorsa* und *Per una storia della IV Internazionale*. Die Geschichte wird dort nüchtern und ausgewogen

erzählt, ohne jemals den Gegner oder diejenigen, die mit seinen Positionen nicht übereinstimmen, zu verunglimpfen. Mit skrupulöser Sorgfalt werden Zusammenhänge, Situationen und politische Analysen der jeweiligen Zeit rekonstruiert und in Form einer Erinnerung neu dargelegt.

Livio Maitan war lange Zeit mit seinen politischen Aktivitäten befasst und nur sehr viel kürzer mit seinen Erinnerungen daran. Das Bedürfnis, sich zu erinnern, gewann erst in seinen letzten Lebensjahren die Oberhand, wahrscheinlich unter dem Einfluss mehrerer Faktoren: biologische Faktoren (das Bewusstsein, dass das Leben zu Ende geht); eine biografische Bilanz nach vielen Jahren des Aktivismus; historisch-politische Elemente, die von der Situation in den 1990er Jahren diktiert wurden, als sich die Welt im Vergleich zu der, die er fast 50 Jahre lang gekannt hatte, radikal veränderte.

Kann man bei dieser letzten Phase von Enttäuschung sprechen, die oft die Erinnerungen prägt, wenn die Welt, in der man lebt, eher desillusioniert? Wenn damit gemeint ist, dass ein Mensch keine Ansprüche mehr an sich selbst stellt und von Reue und Klagen lebt, dann kann die Antwort nur negativ ausfallen.

Über das Verhältnis zwischen dem Pessimismus der Vernunft und dem Optimismus des Willens schrieb er gegen Ende seines Lebens: „Unser Vertrauen ist ‚historisch‘. Wenn wir also immer diese allgemeine Perspektive im Auge behalten, können wir bedauern, dass wir heute nicht das tun können, was uns in der Zukunft erhebliche Anstrengungen ersparen würde, wenn es sofort getan würde. Allgemein geht es in erster Linie um die Forderung nach einer organisierten Partei, die in der Lage ist, auf nationaler Ebene politischen Einfluss auszuüben. [Angesichts] der Umstände sind wir gezwungen, im kleineren Maßstab tätig zu werden (...). Es könnte jedoch sein, dass selbst diese kleineren Ziele zum jetzigen Zeitpunkt nicht erreichbar sind: Und in diesem Fall würde dies in der nahen und fernen Zukunft nicht ohne Folgen bleiben, aber es würde keinesfalls eine Kapitulation oder eine einfache Demoralisierung rechtfertigen: Es gäbe immer noch etwas Wichtiges zu tun.“

■ gekürzte Übersetzung MiWe